

**ABSTIMMUNG OHNE VERSAMMLUNG / AUFFORDERUNG ZUR STIMMABGABE
VOM 1. DEZEMBER 2022**

**DIESES DOKUMENT ENTHÄLT WICHTIGE INFORMATIONEN UND ERFORDERT SOFORTIGE
AUFMERKSAMKEIT.**

**NICHT ZUR VERBREITUNG IN IRGEND EINER JURISDIKTION, IN DER ES
GESETZESWIDRIG IST, DIESES DOKUMENT ZU VERÖFFENTLICHEN ODER ZU
VERBREITEN.**



Aufforderung zur Stimmabgabe

der

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

(eine nach deutschem Recht gegründete Aktiengesellschaft mit Satzungssitz in Frankfurt am Main, Deutschland, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter der Handelsregisternummer HRB 30 000, geschäftsmäßig in der Taunusanlage 12, 60325 Frankfurt am Main, Deutschland)

(als „**Emittentin**“)

an die Anleihegläubiger (die „**Gläubiger**“) der

von der Emittentin, handelnd durch ihre Niederlassung in Singapur, begebenen

**USD 528.400.000 variabel verzinsliche Inhaberschuldverschreibungen von 2018/2025
(von denen derzeit USD 232.200.000 ausstehen)**

(ISIN XS1788992870 und Common Code 178899287)

(die „**Schuldverschreibungen**“)

in einer Abstimmung ohne Versammlung über die vorgeschlagene Änderung der Anleihebedingungen der Schuldverschreibungen (die „**Anleihebedingungen**“), und zwar den Austausch von Bezugnahmen auf den USD LIBOR in den Zinsbestimmungen (die „**Änderung**“)

im Abstimmungszeitraum

von 00:00 Uhr (Frankfurter Zeit) am 20. Dezember 2022

bis 24:00 Uhr (Frankfurter Zeit) am 22. Dezember 2022

(der „**Abstimmungszeitraum**“)

unter den Bedingungen dieser Aufforderung zur Stimmabgabe in einer Abstimmung ohne Versammlung abzustimmen.

Die Abstimmung ohne Versammlung wird von der Notarin Karin Arnold durchgeführt, die von der Emittentin zu diesem Zweck bestellt wurde (die „**Abstimmungsleiterin**“ oder die „**Notarin**“).

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt	Seite
DEFINITIONEN	1
AUFFORDERUNG ZUR STIMMABGABE	5
1 Vorbemerkung: Gründe für die Aufforderung zur Stimmabgabe.....	5
2 Beschlussgegenstand der Abstimmung ohne Versammlung und Vorschlag zur Beschlussfassung	8
3 Abstimmungsverfahren sowie weitere Angaben und Erläuterungen	25
4 Beschlussmehrheit und Wirksamkeit der Änderung der Anleihebedingungen	32
5 Beendigung oder Änderungen der Abstimmung	33
6 Ergänzungen der Gegenstände zur Beschlussfassung und Gegenanträge	33
7 Anfechtungsrecht der Gläubiger	34
8 Anfragen zur Unterstützung	34
9 Verbindlichkeit der deutschen Fassung	35
10 Disclaimer.....	35
ERWARTETER ZEITPLAN	36
– ANLAGE 1: FORMULAR STIMMABGABE (GERMAN LANGUAGE) –	39
– ANLAGE 2: FORMULAR STIMMRECHTSVOLLMACHT DEUTSCH/ENGLISCH –	41

DEFINITIONEN

Die in dieser Aufforderung zur Stimmabgabe in einer Abstimmung ohne Versammlung groß geschriebenen Begriffe haben die folgende Bedeutung:

"Anpassungssatz"	Von der Emittentin vorgeschlagener Anpassungssatz um die Differenz zwischen dem 3-Monats-USD-LIBOR und dem Compounded Daily SOFR auszugleichen.
"ARRC"	Alternative Reference Rates Committee.
"FCA"	Britische Finanzaufsichtsbehörde (<i>UK Financial Conduct Authority</i>).
"IBA"	ICE Benchmark Administration.
"IOSCO"	International Organization of Securities Commissions.
"ISDA"	International Swaps and Derivatives Association.
"LIBOR"	London Interbank Offered Rate.
"SOFR"	Secured Overnight Financing Rate.
„Ablauf der Anmeldefrist“	19. Dezember 2022, 23:59 Uhr (Frankfurter Zeit).
„Abstimmung ohne Versammlung“	Die Abstimmung ohne Versammlung im Sinne des § 18 SchVG über die Änderung.
„Abstimmungsanweisung“	Die elektronische Anweisung eines Gläubigers an den Stimmrechtsvertreter, für oder gegen die Änderung zu stimmen oder sich der Stimme zu enthalten, die vor Ablauf der Anmeldefrist auf der Abstimmungsplattform erteilt wird.
„Abstimmungsleiterin“	Karin Arnold, Notarin.
„Abstimmungsplattform“	https://deals.is.kroll.com/db
„Abstimmungszeitraum“	Der Zeitraum zwischen dem 20. Dezember 2022, 00:00 Uhr (Frankfurter Zeit) und dem 22. Dezember 2022, 24:00 Uhr (Frankfurter Zeit) (Ende des Tages).
„Änderung“	Die vorgeschlagene Änderung der Anleihebedingungen.
„Anleihebedingungen“	Die Bedingungen der Schuldverschreibungen.
„Aufforderung zur Stimmabgabe“	Diese Aufforderung zur Stimmabgabe, die eine Aufforderung zur Stimmabgabe gemäß § 18 SchVG in Bezug auf die Abstimmung ohne Versammlung enthält.

„Beschluss-Wirksamkeitstag“	Der Tag, an dem die Änderung der Anleihebedingungen gemäß § 21 SchVG wirksam wird.
„Besonderer Nachweis“	Der von der Depotbank des Gläubigers ausgestellte besondere Nachweis (§ 18 Absatz 4 Satz 1, Absatz 1, § 10 Absatz 3 Satz 2 SchVG), der (i) den vollständigen Namen und die vollständige Adresse des Gläubigers nennt und (ii) den Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen angibt, der dem Depot des Gläubigers am Tag des besonderen Nachweises gutgeschrieben ist.
„BGB“	Bürgerliches Gesetzbuch.
„CBL“	Clearstream Banking S.A., Luxemburg.
„Clearingsysteme“	Euroclear und CBL.
„Direkter Teilnehmer“	Jede Person, die in den Wertpapierbuchungssystemen der Clearingsysteme als Gläubiger geführt wird.
„Emittentin“ oder „Deutsche Bank“	Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, eingetragen nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland und mit Satzungssitz in Frankfurt am Main, Deutschland, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt unter der Handelsregisternummer HRB 30 000.
„Erforderliche Stimmen“	Mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen.
„Erforderliches Quorum“	Teilnehmende Gläubiger, die mindestens 50 % des ausstehenden Gesamtnennbetrags der Schuldverschreibungen repräsentieren.
„Euroclear“	Euroclear Bank SA/NV.
„Formular zur Stimmabgabe“	Das Formular in Textform, das in dieser Aufforderung zur Stimmabgabe als <u>Anlage 1</u> beigefügt ist.
„Gläubiger“	Jeder Inhaber eines Miteigentumsanteils oder anderen Rechts an den Schuldverschreibungen.
„Gläubigerinformationen“	Name des Gläubigers, Anschrift und der Gesamtnennbetrag von Schuldverschreibungen, der an diesem Tag in dem Depot des Gläubigers gutgeschrieben ist.

„Implementierungsbedingungen“	<ul style="list-style-type: none"> (i) Erreichen des Erforderlichen Quorums; (ii) Erhalt der Erforderlichen Stimmen; und (iii) Ablauf der gesetzlichen Anfechtungsfrist nach dem SchVG, ohne dass innerhalb der gesetzlichen Anfechtungsfrist eine Anfechtungsklage erhoben wurde und falls eine Anfechtungsklage von einem Gläubiger eingereicht wurde, nach der Beendigung bzw. Einstellung des Verfahrens.
„Kroll“	Kroll Issuer Services Limited.
„Notarin“	Karin Arnold, Notarin.
„Schuldverschreibungen“	Die USD 528.400.000 variabel verzinsliche Inhaberschuldverschreibungen von 2018/2025 (von denen derzeit USD 232.200.000 ausstehen) (ISIN XS1788992870 und Common Code 178899287) begeben von der Emittentin, handelnd durch ihre Niederlassung in Singapur.
„SchVG“	Schuldverschreibungsgesetz von 2009.
„Solicitation Agent“	Deutsche Bank Aktiengesellschaft.
„Sperrvermerk“	Eine von der Depotbank des betreffenden Gläubigers ausgestellte Bestätigung, dass die betreffenden Schuldverschreibungen während des Zeitraums vom Datum des Besonderen Nachweises bis zum letzten Tag (einschließlich) des Abstimmungszeitraums nicht übertragbar sind.
„Stimme“	Die Stimme eines Gläubigers bei der Abstimmung (Ja, Nein oder Enthaltung). Jede Schuldverschreibung mit dem Nennwert von USD 200.000 gewährt eine Stimme.
„Stimmformular“	Ein deutsch- oder englischsprachiges Dokument in Textform, in dem Name, Adresse des Gläubigers und die Gesamtsumme des Nennwerts der vom Gläubiger gehaltenen Schuldverschreibungen genannt sind und mit dem der Gläubiger für oder gegen die Änderung stimmt oder sich enthält. Es wird angeregt, dass die Gläubiger das als Anlage 1 beigefügte Formular zur Stimmabgabe verwenden.

„Stimmrechtsvertreter“

Kroll Issuer Services Limited.

„Teilnahmeanweisung“

Die elektronische Anweisung zur Ausübung der Stimme und zur Sperrung der betreffenden Schuldverschreibungen in den Clearingsystemen (in der jeweils erforderlichen Form), die von einem Direkten Teilnehmer über das jeweilige Clearingsystem gemäß dessen jeweiligen Bestimmungen übermittelt werden muss und den Stimmrechtsvertreter anweist, die Stimme, die auf die Schuldverschreibungen entfällt, die der elektronischen Abstimmungsanweisung zu Grunde liegen, im Hinblick auf die Änderung in einer bestimmten Weise auszuüben. Die Teilnahmeanweisung muss neben der eindeutigen Kennungsreferenz (*Unique Identifier Reference*) auch den Namen und die Adresse des Gläubigers enthalten.

„Teilnehmende Gläubiger“

Gläubiger, die während des Abstimmungszeitraums in gültiger Weise eine Stimme (Ja, Nein oder Enthaltung) abgeben.

„Textform“

Die Form des § 126b BGB.

„Werktag“

Ein Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte Zahlungen in London abwickeln.

AUFFORDERUNG ZUR STIMMABGABE

Die Gläubiger sollten diese Aufforderung zur Stimmabgabe sorgfältig und vollständig lesen.

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft (die „**Emittentin**“ oder „**Deutsche Bank**“) fordert hiermit die Gläubiger der USD 528.400.000 variabel verzinsliche Inhaberschuldverschreibungen von 2018/2025 (von denen derzeit USD 232.200.000 ausstehen) (ISIN XS1788992870 und Common Code 178899287) (die „**Schuldverschreibungen**“) gemäß den in dieser Aufforderung zur Stimmabgabe dargelegten Bedingungen zur Stimmabgabe in einer Abstimmung ohne Versammlung im Sinne von § 18 des Schuldverschreibungsgesetzes („**SchVG**“) während des Abstimmungszeitraums (wie nachstehend definiert) über die vorgeschlagene Änderung der Anleihebedingungen auf und ersucht sie um ihre Zustimmung zu dieser Änderung der Anleihebedingungen.

1 Vorbemerkung: Gründe für die Aufforderung zur Stimmabgabe

1.1 Allgemeiner Hintergrund

Im Juli 2017 kündigte die Britische Finanzaufsichtsbehörde (UK Financial Conduct Authority - "**FCA**"), welche die London Interbank Offered Rate ("**LIBOR**") reguliert, an¹, dass sie die Banken nicht mehr dazu verpflichtet wird, nach Jahresende 2021 Sätze für die Berechnung der LIBOR-Benchmark zu übermitteln. Im März 2021 bestätigte die FCA, dass, im Einklang mit ihren früheren Ankündigungen, alle CHF-, EUR-, GBP- und JPY-LIBOR-Sätze sowie die 1-Woche und 2-Monats USD-LIBOR-Sätze nach dem 31. Dezember 2021 von keinem Administrator mehr bereitgestellt oder nicht mehr repräsentativ sein werden. Darüber hinaus bestätigte sie, dass die verbleibenden USD-LIBOR-Sätze unmittelbar nach dem 30. Juni 2023 von keinem Administrator mehr bereitgestellt oder nicht mehr repräsentativ sein werden.

Am 5. März 2021 teilte die ICE Benchmark Administration ("**IBA**"), der Administrator des LIBOR, mit², dass sie, aufgrund mangelnder Verfügbarkeit der für die Berechnung der LIBOR-Sätze auf repräsentativer Basis erforderlichen Daten, nach den vorgesehenen Einstellungsterminen die Veröffentlichung aller 35 LIBOR-Sätze unmittelbar nach den folgenden Terminen einstellen muss:

- 31. Dezember 2021: Alle LIBOR-Sätze für Pfund Sterling, Euro, Schweizer Franken und Japanische Yen; 1-Woche- und 2-Monats-USD-LIBOR;
- 30. Juni 2023: Overnight und 1-, 3-, 6- und 12-Monats-USD-LIBOR

Seit der ersten Ankündigung der Abschaffung des USD-LIBOR hat der Ausschuss für alternative Referenzzinssätze (Alternative Reference Rates Committee - "**ARRC**"), eine Gruppe privater Marktteilnehmer, die vom Federal Reserve Board der Vereinigten Staaten und der Federal Reserve Bank of New York einberufen wurde, um einen erfolgreichen Übergang vom USD-LIBOR zu einem solideren Referenzzinssatz zu gewährleisten, eine Reihe von Berichten und Leitprinzipien zu seinen Empfehlungen für *Spread-adjusted Fallbacks* für Verträge, die auf den USD-LIBOR verweisen, veröffentlicht. Diese Empfehlungen spiegeln die Ergebnisse mehrerer Arbeitsgruppen wider, die von dem ARRC eingesetzt wurden, um das Spektrum der Fallback-Bestimmungen in bestehenden Verträgen zu verstehen, mit den Marktteilnehmern zusammenzuarbeiten, um robustere Fallback-Bestimmungen zu entwickeln, und schließlich die Konsensempfehlungen zu solchen

¹ <https://www.fca.org.uk/news/speeches/the-future-of-libor>

² <https://www.fca.org.uk/publication/documents/future-cessation-loss-representativeness-libor-benchmarks.pdf>

Formulierungen zu veröffentlichen. Die letzte Zusammenfassung der Empfehlungen des ARRC wurde am 6. Oktober 2021 veröffentlicht³.

Nach Einschätzung des ARRC stellt die oben erwähnte Ankündigung der FCA und der IBA über die zukünftige Einstellung und den Verlust der Repräsentativität der LIBOR-Benchmarks ein "Benchmark-Übergangereignis" in Bezug auf alle USD-LIBOR-Sätze dar.

Im Einklang mit den Empfehlungen des Financial Stability Board und des Financial Stability Oversight Council wurde das ARRC vom United States Federal Reserve Board und der Federal Reserve Bank of New York mit Unterstützung des US-Finanzministeriums und der Commodity Futures Trading Commission einberufen, um eine solide, mit der International Organization of Securities Commissions ("**IOSCO**") konforme Alternative zum USD-LIBOR zu finden. Nach ausführlichen Konsultationen und Diskussionen über potenzielle Kandidaten gab das ARRC seine endgültige Empfehlung ab, dass die Ersatzsätze für den USD-LIBOR auf der Secured Overnight Financing Rate ("**SOFR**") basieren sollten.

Im zweiten Bericht des ARRC, der 2018 veröffentlicht wurde, wurde festgestellt, dass unabhängig davon, welcher Satz als Alternative zum USD-LIBOR gewählt wird, eine Anpassung für die Differenz zwischen dem USD-LIBOR und dem Ausweichsatz erforderlich sein wird. In Anerkennung der Notwendigkeit einer transparenten Spread-Methode, die von allen Gegenparteien als fair angesehen wird und den vom US-Justizministerium (*United States Department of Justice*) genannten wettbewerbsfördernden Zielen dient, bat die ARRC die Marktteilnehmer Anfang 2020 um Stellungnahmen zu einer Reihe potenzieller Spread-Anpassungsmethoden für Kassaprodukte.

Das ARRC schloss seine erste Konsultation zu den Kassamarkt-Spreads mit einer Erklärung vom 8. April 2020 ab, wonach die von ihr empfohlene Methode zur Anpassung des Fallback-Spreads auf einem historischen Median über einen Rückblickszeitraum von fünf Jahren basieren würde, der als Differenz zwischen dem USD-LIBOR und dem SOFR berechnet wird. Diese Methode stimmt mit der Fallback-Methode in der Dokumentation der International Swaps and Derivatives Association ("**ISDA**") für Derivate überein.

Um Klarheit zu schaffen, veröffentlichte das ARRC am 6. Mai 2020 eine ergänzende Konsultation, in der sie die Marktteilnehmer aufforderte, die Option zu erwägen, dieselben Spread-Anpassungswerte zu verwenden, die in der ISDA-Dokumentation für Fallbacks in allen verschiedenen Formen von SOFR-Fallback-Sätzen verwendet werden, anstatt dieselbe Anpassungsmethode zu verwenden, um eine unterschiedliche Spread-Anpassung für jeden potenziellen Fallback-Satz zu berechnen. Aufgrund der eindeutigen Präferenz der Befragten schloss das ARRC seine ergänzende Konsultation mit der Aussage ab, dass ihre empfohlenen Spread-Anpassungen für kommerzielle (Nicht-Verbraucher-) Kassaprodukte den Spread-Anpassungswerten für Fallbacks in der ISDA-Dokumentation entsprechen würden.

Im März 2021 gab das ARRC seine Entscheidung bekannt, Refinitiv, einen amerikanisch-britischen Anbieter von Finanzmarktdaten und -infrastruktur, als empfohlenen Administrator für die Veröffentlichung der empfohlenen spread-adjusted Rates auszuwählen.

1.2 Hintergrund für die vorgeschlagene Anpassung

Die derzeitigen Anleihebedingungen sehen vor, dass der Zinssatz für jede Zinsperiode unter Bezugnahme auf einen Referenzzinssatz, definiert als der 3-Monats-USD-LIBOR, zuzüglich einer Marge von 1,30% per annum berechnet wird.

³ <https://www.newyorkfed.org/medialibrary/Microsites/arrc/files/2021/spread-adjustments-narrative-oct-6-2021>

Wie oben beschrieben, wird der 3-Monats-USD-LIBOR unmittelbar nach dem 30. Juni 2023 von keinem Administrator mehr bereitgestellt werden oder nicht mehr repräsentativ sein.

Für den Fall, dass der maßgebliche 3-Monats-LIBOR-Satz an einem Zinsfestsetzungstag nicht veröffentlicht wird, wäre die Emittentin gemäß den "Fallback-Bestimmungen" in den derzeitigen Anleihebedingungen verpflichtet, zunächst Angebotssätze für Einlagen in US-Dollar auf dem Londoner Interbankenmarkt einzuholen, um auf dieser Grundlage einen Referenzsatz zu ermitteln. Können solche Angebotssätze auf dem Interbankenmarkt nicht eingeholt werden, würde die letzte Stufe der derzeitigen Fallback-Bestimmungen greifen: Der relevante variable Zinssatz, der bei der Berechnung des relevanten Referenzzinssatzes verwendet wird, wäre der variable Zinssatz, der für den letzten vorangegangenen Zinsfestsetzungstag ermittelt wurde. Die Schuldverschreibungen würden somit für den Rest ihrer Laufzeit effektiv zu festverzinslichen Instrumenten.

In Übereinstimmung mit den Marktstandards zum Zeitpunkt der Emission sehen die derzeitigen Anleihebedingungen keinen vertraglichen Mechanismus vor, um den anwendbaren Referenzzinssatz für die Zwecke der Berechnung des anwendbaren Zinssatzes vollständig zu ersetzen oder auszutauschen.

Im März 2022 verabschiedete der Kongress der Vereinigten Staaten das Gesetz über variable Zinssätze (LIBOR) (*Adjustable Interest Rate (LIBOR) Act* – "**LIBOR Act**"), das am 15. März 2022 in Kraft trat. Der LIBOR-Act bietet eine klare und einheitliche nationale Lösung für die Umstellung von Altverträgen, die entweder keine oder nur unzureichende vertragliche Bestimmungen zur dauerhaften Einstellung des LIBOR enthalten, indem es den Übergang vom LIBOR zu einem Ersatzreferenzzinssatz vorsieht und damit verbundene Rechtsstreitigkeiten vermeidet. Da die Schuldverschreibungen jedoch deutschem Recht unterliegen und in Deutschland kein vergleichbares Gesetz verabschiedet wurde, ist für die Umsetzung entsprechender Änderungen der Anleihebedingungen die Zustimmung der Gläubiger erforderlich.

Vor diesem Hintergrund bittet die Emittentin die Gläubiger um ihre Zustimmung zur Änderung der Anleihebedingungen, um den USD-LIBOR als Referenzsatz für die Berechnung des anwendbaren Zinssatzes durch den Compounded Daily SOFR zu ersetzen, in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des ARRC und in Übereinstimmung mit dem Ansatz, den die Emittentin bei den jüngsten Emissionen von variabel verzinslichen USD-Anleihen verfolgt hat.

Diese Änderung umfasst eine Reihe von Änderungen der Bestimmungen über die endgültige Festlegung des anwendbaren Referenzzinssatzes. Zur Klarstellung: die Marge von 1,30% per annum soll unverändert bleiben.

Um die Differenz zwischen dem 3-Monats-USD-LIBOR und dem Compounded Daily SOFR auszugleichen und in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des ARRC schlägt die Emittentin außerdem vor, eine Spread-Anpassung (der "**Anpassungssatz**") zu dem entsprechenden Compounded Daily SOFR hinzuzufügen. Dieser Anpassungssatz wurde auf 0,26161% festgelegt, wobei es sich um den von Refinitiv berechneten und veröffentlichten Satz in Bezug auf den 3-Monats-USD-LIBOR zum Zeitpunkt des Eintretens des Benchmark-Ereignisses (in diesem Fall der 5. März 2021) handelt, wie auf der Bloomberg-Bildschirmseite "YUS0003M Index" angegeben. Der Anpassungssatz in Bezug auf diesen Zeitpunkt festgelegt und wird sich danach nicht mehr ändern.

Für den Fall, dass die Änderung in Bezug auf die Schuldverschreibungen umgesetzt wird, würde der Zinssatz für jede relevante Zinsperiode in Bezug auf die Schuldverschreibungen daher der Gesamtsumme aus nachfolgendem entsprechen:

- (i) dem anwendbaren Referenzsatz, d.h. dem Compounded Daily SOFR, am betreffenden Zinsfestsetzungstag;

- (ii) der Marge von 1,30% per annum (die unverändert bleibt); und
- (iii) dem Anpassungssatz von 0,26161%.

Diese geänderte Zinsbestimmung würde ab dem ersten Zinsfestsetzungstag nach dem Datum des Inkrafttretens des vorgeschlagenen Beschlusses der Gläubiger gelten.

Schließlich schlägt die Emittentin vor, zusätzliche Bestimmungen in die Anleihebedingungen aufzunehmen, um einen Fallback-Mechanismus sowie einen Referenzsatz-Ersetzungsmechanismus für den Fall vorzusehen, dass der neue Referenzzinssatz (d.h. Compounded Daily SOFR) für die Zwecke der Berechnung des anwendbaren Zinssatzes der Schuldverschreibungen für eine beliebige Zinsperiode kurzzeitig bzw. dauerhaft nicht mehr verfügbar sein sollte.

2 Beschlussgegenstand der Abstimmung ohne Versammlung und Vorschlag zur Beschlussfassung

Die § 3 der Anleihebedingungen der Schuldverschreibungen lauten derzeit wie folgt:

Rechtsverbindlicher deutscher Text der Anleihebedingungen
<p>§ 3 ZINSEN</p>
<p>(1) <i>Zinsen.</i> Jede Schuldverschreibung wird ab dem 19. März 2018 (einschließlich) (der "Verzinsungsbeginn") wie nachstehend beschrieben verzinst. Die Verzinsung erfolgt in Bezug auf jede Zinsperiode.</p> <p>"Zinsperiode" bezeichnet den Zeitraum vom Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Zinszahltag (ausschließlich) und danach jeweils von einem Zinszahltag (einschließlich) bis zum darauffolgenden Zinszahltag (ausschließlich):.</p>
<p>(2) <i>Zinszahltag.</i> Zinszahlungen erfolgen nachträglich am 19. März, 19. Juni, 19. September und 19. Dezember eines jeden Jahres, beginnend mit dem 19. Juni 2018, bis zum Fälligkeitstag (wie in § 5(1) definiert) (jeweils ein "Zinszahltag") (einschließlich).</p>
<p>(3) <i>Zinsbetrag.</i> Der für eine Zinsperiode in Bezug auf die Festgelegte Stückelung zu zahlende Zinsbetrag (jeweils ein "Zinsbetrag") entspricht dem Produkt aus (a) der Festgelegten Stückelung, (b) dem Zinssatz und (c) dem Zinstagequotienten, wie jeweils für die betreffende Zinsperiode anwendbar, unter Rundung des Ergebnisses auf die nächste Untereinheit der Festgelegten Währung berechnet, wobei 0,5 einer Untereinheit aufgerundet wird.</p>
<p>(4) <i>Zinssatz.</i> Der Zinssatz (der "Zinssatz") für jede Zinsperiode entspricht dem Referenzsatz zuzüglich 1,30 % <i>per annum</i> (die "Marge").</p>
<p>(5) <i>Berechnungen und Feststellungen.</i> Soweit in diesem § 3 nicht etwas anderes bestimmt ist, werden sämtliche Berechnungen und Feststellungen, die nach diesem § 3 vorzunehmen sind, durch die Berechnungsstelle vorgenommen. Die Berechnungsstelle legt den Zinssatz an den für die Festlegung des Zinssatzes jeweils vorgesehenen Terminen oder so bald wie möglich danach fest.</p>
<p>(6) <i>Mitteilungen von Zinssatz und Zinsbetrag.</i> Die Berechnungsstelle wird veranlassen, dass der Zinssatz und jeder Zinsbetrag für eine jede Zinsperiode der Emittentin und den Gläubigern der Schuldverschreibungen gemäß § 12 und, sofern die Vorschriften einer Börse, an der die Schuldverschreibungen zu dem betreffenden Zeitpunkt zum Handel zugelassen sind, dies verlangen, der betreffenden Börse so bald wie möglich nach der Feststellung, keinesfalls aber später als am vierten Geschäftstag nach der Feststellung mitgeteilt werden. Im Fall einer Verlängerung oder Verkürzung der Zinsperiode können der mitgeteilte Zinsbetrag ohne Vorankündigung nachträglich abgeändert (oder andere geeignete Anpassungsregelungen getroffen) werden. Jede solche Änderung wird jeder</p>

Börse, an der die Schuldverschreibungen zu dem betreffenden Zeitpunkt zum Handel zugelassen sind, und den Gläubigern der Schuldverschreibungen gemäß § 12 mitgeteilt.

- (7) *Verbindlichkeit der Feststellungen.* Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Feststellungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Berechnungsstelle für die Zwecke dieses § 3 vorgenommen, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Emittentin, den Fiscal Agent, die Zahlstellen und die Gläubiger der Schuldverschreibungen bindend.
- (8) *Auflaufende Zinsen.* Der Zinslauf der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Tag vorangeht, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden, es sei denn, die Rückzahlung wird unberechtigterweise vorenthalten oder verweigert. Zahlt die Emittentin die Schuldverschreibungen nicht bei Fälligkeit zurück, wird der ausstehende Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen weiter verzinst, und zwar ab dem Tag, an dem die Schuldverschreibungen zur Rückzahlung fällig werden, (einschließlich) bis zum Ablauf des Tages, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen vorangeht (ausschließlich), wobei der gesetzliche Verzugszinssatz Anwendung findet (der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt fünf Prozentpunkte über dem von der Deutschen Bundesbank jeweils veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Abs. 1, 247 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB); der gesetzliche Verzugszinssatz schließt darüber hinausgehende Schadensersatzansprüche nicht aus).
- (10) *Zinstagequotient.* "**Zinstagequotient**" bezeichnet in Bezug auf die Berechnung eines Zinsbetrags für einen beliebigen Zeitraum (der "**Zinsberechnungszeitraum**"): die tatsächliche Anzahl der Tage in dem Zinsberechnungszeitraum geteilt durch 360.
- (11) *Begriffsbestimmungen.* Für die Zwecke dieser Bedingungen gelten folgende Begriffsbestimmungen:

"Geschäftstag" bezeichnet einen Tag (außer Samstag oder Sonntag), an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte Zahlungen in Frankfurt, Singapur, London and New York abwickeln und für den allgemeinen Geschäftsverkehr geöffnet sind (einschließlich des Handels mit Devisen und Fremdwährungseinlagen).

"Festgelegte Endfälligkeit" bezeichnet 3 Monate, Uhrzeit: 11:00 Uhr London Ortszeit.

"Zinsfestlegungstag" bezeichnet den zweiten Geschäftstag vor Beginn der jeweiligen Zinsperiode.

Der "**Referenzsatz**" entspricht dem Angebotssatz (ausgedrückt als Prozentsatz *per annum*) für Einlagen in der Festgelegten Währung mit einer Laufzeit bis zur Festgelegten Endfälligkeit (ein "**Variabler Zinssatz**"), der um 11.00 Uhr (Londoner Ortszeit) am Zinsfestlegungstag auf der Bildschirmseite angezeigt wird (3-Monats-LIBOR).

"Bildschirmseite" bezeichnet Reuters Bildschirmseite LIBOR01 oder die jeweilige Nachfolgesite des betreffenden Dienstes oder eines anderen Dienstes, der zum Zweck der Anzeige des maßgeblichen Satzes bzw. Kurses als Informationsanbieter benannt wird.

Sollte die betreffende Bildschirmseite nicht zur Verfügung stehen oder wird zu dem betreffenden Zeitpunkt kein Angebotssatz angezeigt, wird die Berechnungsstelle nach Rücksprache mit der Emittentin von den Referenzbanken (wie nachstehend definiert) deren jeweilige Angebotssätze (jeweils als Prozentsatz *per annum* ausgedrückt) für Einlagen in der Festgelegten Währung mit einer Laufzeit bis zur Festgelegten Endfälligkeit und über einen repräsentativen Betrag gegenüber führenden Banken im Londoner Interbankenmarkt um ca. 11.00 Uhr (Londoner Ortszeit) an dem betreffenden Zinsfestlegungstag einholen. Falls zwei oder mehr Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennen, ist der betreffende Variable Zinssatz für die betreffende Zinsperiode das arithmetische Mittel (falls erforderlich, auf- oder abgerundet auf das nächste Hunderttausendstel Prozent, wobei 0,000005 aufgerundet wird) dieser Angebotssätze, wobei alle Feststellungen durch die Berechnungsstelle erfolgen.

Falls an dem betreffenden Zinsfestlegungstag nur eine oder keine der ausgewählten Referenzbanken der Berechnungsstelle die im vorstehenden Absatz beschriebenen Angebotssätze nennt, ist der betreffende Variable Zinssatz für die betreffende Zinsperiode

der Satz *per annum*, den die Berechnungsstelle als das arithmetische Mittel (falls erforderlich, auf- oder abgerundet auf das nächste Hunderttausendstel Prozent, wobei 0,000005 aufgerundet wird) der Sätze ermittelt, die von der Berechnungsstelle nach Rücksprache mit der Emittentin nach Treu und Glauben ausgewählte Großbanken im Londoner Interbankenmarkt um ca. 11.00 Uhr (Londoner Ortszeit) der Berechnungsstelle auf ihre Anfrage, nach Rücksprache mit der Emittentin, als den jeweiligen Satz nennen, zu dem sie um 11.00 Uhr (Londoner Ortszeit) am betreffenden Zinsfestlegungstag Darlehen in der Festgelegten Währung mit einer Laufzeit bis zur Festgelegten Endfälligkeit und über einen repräsentativen Betrag gegenüber führenden europäischen Banken anbieten, wobei in dem Fall, dass der Variable Zinssatz nicht nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen in diesem Absatz ermittelt werden kann, der in Bezug auf den unmittelbar vorausgehenden Zinsfestlegungstag ermittelte Variable Zinssatz als maßgeblicher Variabler Zinssatz zur Berechnung des betreffenden Referenzsatzes verwendet wird.

"Referenzbanken" sind vier Großbanken im Londoner Interbankenmarkt, die von der Berechnungsstelle nach Rücksprache mit der Emittentin ausgewählt werden.

"Londoner Geschäftstag" bezeichnet einen Tag, an dem die Geschäftsbanken in London Zahlungen abwickeln und für den allgemeinen Geschäftsverkehr (einschließlich des Handels mit Devisen und Fremdwährungseinlagen) geöffnet sind.

English text of the Terms and Conditions (convenience translation)

§ 3 INTEREST

- (1) *Interest.* Each Security bears interest from (and including) 19 March 2018 (the "**Interest Commencement Date**") calculated as provided below. Interest will accrue in respect of each Interest Period.

"**Interest Period**" means the period from (and including) the Interest Commencement Date to (but excluding) the first Interest Payment Date and thereafter from (and including) each Interest Payment Date to (but excluding) the next following Interest Payment Date.
- (2) *Interest Payment Dates.* Interest will be payable in arrear on 19 March, 19 June, 19 September and 19 December in each year, commencing on 19 June 2018, up to (and including) the Maturity Date (as defined in § 5(1)) (each such date, an "**Interest Payment Date**").
- (3) *Interest Amount.* The amount of interest (each an "**Interest Amount**") payable in respect of the Specified Denomination for an Interest Period shall be an amount equal to the product of (a) the Specified Denomination, (b) the Rate of Interest and (c) the Day Count Fraction, in each case for such Interest Period, such amount to be rounded to the nearest sub-unit of the Specified Currency, with 0.5 of a sub-unit being rounded upwards.
- (4) *Rate of Interest.* The rate of interest (the "**Rate of Interest**") for each Interest Period shall be the Reference Rate plus 1.30 per cent. *per annum* (the "**Margin**").
- (5) *Calculations and Determinations.* Unless otherwise specified in this § 3, all calculations and determinations made pursuant to this § 3 shall be made by the Calculation Agent. The Calculation Agent will, on or as soon as practicable after each time at which the Rate of Interest is to be determined, determine the Rate of Interest.
- (6) *Notification of Rate of Interest and Interest Amount.* The Calculation Agent will cause the Rate of Interest and each Interest Amount for each Interest Period to be notified to the Issuer, the Paying Agent and to the Securityholders in accordance with § 12 and if required by the rules of any stock exchange on which the Securities are from time to time admitted to trading, to such stock exchange, as soon as possible after their determination, but in no event later than the fourth Business Day thereafter. Each Interest Amount so notified may subsequently be amended (or appropriate alternative arrangements made by way of adjustment) without notice in the event of an extension or shortening of the Interest Period. Any such amendment

will be promptly notified to any stock exchange on which the Securities are then admitted to trading and to the Securityholders in accordance with § 12.

- (7) *Determinations Binding.* All certificates, communications, opinions, determinations, calculations, quotations and decisions given, expressed, made or obtained for the purposes of the provisions of this § 3 by the Calculation Agent shall (in the absence of manifest error) be binding on the Issuer, the Fiscal Agent, the Paying Agents and the Securityholders.
- (8) *Accrual of Interest.* The Securities shall cease to bear interest from the expiry of the day preceding the day on which they are due for redemption, unless redemption is improperly withheld or refused. If the Issuer shall fail to redeem the Securities when due, interest shall continue to accrue on the outstanding aggregate principal amount of the Securities from (and including) the due date for redemption to (but excluding) the expiry of the day preceding the day of the actual redemption of the Securities at the default rate of interest established by law (the default rate of interest established by law is five percentage points above the basic rate of interest published by Deutsche Bundesbank from time to time, §§ 288(1), 247 German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch*) and does not preclude claims for damages if these are higher).
- (10) *Day Count Fraction.* "**Day Count Fraction**" means, in respect of the calculation of an amount of interest for any period of time (the "**Accrual Period**"): the actual number of days in the Accrual Period divided by 360.
- (11) *Definitions.* For the purposes of these Conditions the following definitions apply:

"**Business Day**" means a day (other than Saturday or Sunday) on which commercial banks and foreign exchange markets settle payments in Frankfurt, Singapore, London and New York and are open for general business (including dealings in foreign exchange and foreign currency deposits).

"**Designated Maturity**" means 3 months, time: 11:00 a.m. London time.

"**Interest Determination Day**" means the second Business Day prior to the commencement of the relevant Interest Period.

The "**Reference Rate**" is the offered quotation (expressed as a percentage rate *per annum*) for deposits in the Specified Currency for the Designated Maturity (a "**Floating Rate**") which appears on the Screen Page as of 11:00 a.m. (London time) on the Interest Determination Day (3-months USD-LIBOR).

"**Screen Page**" means Reuters screen page LIBOR01 or the relevant successor page on that service or on any other service as may be nominated as the information vendor for the purposes of displaying the relevant quotation or rate.

If the relevant Screen Page is not available or if no such quotation appears as at such time, the Calculation Agent shall, after consultation with the Issuer, request each of the Reference Banks (as defined below) to provide the Calculation Agent with its offered quotation (expressed as a percentage rate *per annum*) for deposits in the Specified Currency for the Designated Maturity and in a representative amount to prime banks in the London interbank market at approximately 11:00 a.m. (London time) on the relevant Interest Determination Day. If two or more of the Reference Banks provide the Calculation Agent with such offered quotations, the relevant Floating Rate for the relevant Interest Period shall be the arithmetic mean (rounded if necessary to the nearest one hundred-thousandth of a percentage point, with 0.000005 being rounded upwards) of such offered quotations, all as determined by the Calculation Agent.

If on the relevant Interest Determination Day only one or none of the selected Reference Banks provides the Calculation Agent with such offered quotations as provided in the preceding paragraph, the relevant Floating Rate for the relevant Interest Period shall be the rate *per annum* which the Calculation Agent determines as being the arithmetic mean (rounded if necessary to the nearest one hundred-thousandth of a percentage point, with 0.000005 being rounded upwards) of the rates, as communicated to (and at the request of, after consultation with the Issuer) the Calculation Agent by major banks in the London interbank market, selected by the Calculation Agent, after consultation with the Issuer, acting

in good faith, at which such banks offer, as at 11:00 a.m. (London time) on the relevant Interest Determination Day, loans in the Specified Currency for the Designated Maturity and in a representative amount to leading European banks, provided that, if a Floating Rate cannot be determined in accordance with the foregoing provisions of this paragraph, the relevant Floating Rate used in the calculation of the relevant Reference Rate shall be the Floating Rate determined in respect of the last preceding Interest Determination Day.

"Reference Banks" means four major banks in the London interbank market, as selected by the Calculation Agent after consultation with the Issuer.

"London Business Day" means any day on which commercial banks are open for general business (including dealings in foreign exchange and foreign currency) in London.

Die Emittentin unterbreitet den Gläubigern den folgenden Beschlussvorschlag und stellt ihn zur Abstimmung:

Die Gläubiger beschließen wie folgt:

Die Anleihebedingungen werden wie folgt geändert:

§ 3 der Anleihebedingungen wird wie folgt geändert:
Rechtsverbindlicher deutscher Text der Anleihebedingungen
<p style="text-align: center;">§ 3 ZINSEN</p> <p>(1) <i>Zinsen.</i> Jede Schuldverschreibung wird ab dem 19. März 2018 (einschließlich) (der "Verzinsungsbeginn") wie nachstehend beschrieben verzinst. Die Verzinsung erfolgt in Bezug auf jede Zinsperiode.</p> <p>"Zinsperiode" bezeichnet den Zeitraum vom Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) und danach jeweils von einem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum darauffolgenden Zinszahlungstag (ausschließlich):.</p> <p>(2) <i>Zinszahlungstage.</i> Zinszahlungen erfolgen nachträglich am 19. März, 19. Juni, 19. September und 19. Dezember eines jeden Jahres, beginnend mit dem 19. Juni 2018, bis zum Fälligkeitstag (wie in § 5(1) definiert) (jeweils ein "Zinszahlungstag") (einschließlich).</p> <p>(3) <i>Zinsbetrag.</i> Der für eine Zinsperiode in Bezug auf die Festgelegte Stückelung zu zahlende Zinsbetrag (jeweils ein "Zinsbetrag") entspricht dem Produkt aus (a) der Festgelegten Stückelung, (b) dem Zinssatz und (c) dem Zinstagequotienten, wie jeweils für die betreffende Zinsperiode anwendbar, unter Rundung des Ergebnisses auf die nächste Untereinheit der Festgelegten Währung berechnet, wobei 0,5 einer Untereinheit aufgerundet wird.</p> <p>(4) <i>Zinssatz.</i> Der Zinssatz (der "Zinssatz") für jede Zinsperiode entspricht der Summe aus dem Referenzsatz (ausgedrückt als Prozentsatz <i>per annum</i>) und 1,30 % <i>per annum</i> (die "Marge") und einem Anpassungssatz in Höhe von 0,26161 % <i>per annum</i> (der "Anpassungssatz").</p> <p>(5) <i>Berechnungen und Feststellungen.</i> Soweit in diesem § 3 nicht etwas anderes bestimmt ist, werden sämtliche Berechnungen und Feststellungen, die nach diesem § 3 vorzunehmen sind, durch die Berechnungsstelle vorgenommen. Die Berechnungsstelle legt den Zinssatz an den für die Festlegung des Zinssatzes jeweils vorgesehenen Terminen oder so bald wie möglich danach fest.</p> <p>(6) <i>Mitteilungen von Zinssatz und Zinsbetrag.</i> Die Berechnungsstelle wird veranlassen, dass der Zinssatz und jeder Zinsbetrag für eine jede Zinsperiode der Emittentin und den Gläubigern der Schuldverschreibungen gemäß § 12 (<i>Mitteilungen</i>) und, sofern die Vorschriften einer Börse, an der die Schuldverschreibungen zu dem betreffenden Zeitpunkt</p>

zum Handel zugelassen sind, dies verlangen, der betreffenden Börse so bald wie möglich nach der Feststellung, keinesfalls aber später als am vierten Geschäftstag nach der Feststellung mitgeteilt werden. Im Fall einer Verlängerung oder Verkürzung der Zinsperiode können der mitgeteilte Zinsbetrag oder der Zinssatz ohne Vorankündigung nachträglich abgeändert (oder andere geeignete Anpassungsregelungen getroffen) werden. Jede solche Änderung wird jeder Börse, an der die Schuldverschreibungen zu dem betreffenden Zeitpunkt zum Handel zugelassen sind, und den Gläubigern der Schuldverschreibungen gemäß § 12 (*Mitteilungen*) mitgeteilt.

- (7) *Verbindlichkeit der Feststellungen.* Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Feststellungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Berechnungsstelle für die Zwecke dieses § 3 vorgenommen, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Emittentin, den Fiscal Agent, die Zahlstellen und die Gläubiger der Schuldverschreibungen bindend.
- (8) *Auflaufende Zinsen.* Der Zinslauf der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Tag vorangeht, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden, es sei denn, die Rückzahlung wird unberechtigterweise vorenthalten oder verweigert. Zahlt die Emittentin die Schuldverschreibungen nicht bei Fälligkeit zurück, wird der ausstehende Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen weiter verzinst, und zwar ab dem Tag, an dem die Schuldverschreibungen zur Rückzahlung fällig werden, (einschließlich) bis zum Ablauf des Tages, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen vorangeht (ausschließlich), wobei der gesetzliche Verzugszinssatz Anwendung findet (der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt fünf Prozentpunkte über dem von der Deutschen Bundesbank jeweils veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Abs. 1, 247 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB); der gesetzliche Verzugszinssatz schließt darüber hinausgehende Schadensersatzansprüche nicht aus).
- (10) *Zinstagequotient.* "**Zinstagequotient**" bezeichnet in Bezug auf die Berechnung eines Zinsbetrags für einen beliebigen Zeitraum (der "**Zinsberechnungszeitraum**"): die tatsächliche Anzahl der Tage in dem Zinsberechnungszeitraum geteilt durch 360.
- (11) *Begriffsbestimmungen.* Für die Zwecke dieser Bedingungen gelten folgende Begriffsbestimmungen:

Der "**Referenzsatz**" entspricht dem Compounded Daily SOFR.

"**Beobachtungszeitraum**" bezeichnet in Bezug auf eine Zinsberechnungsperiode den Zeitraum ab dem Tag (einschließlich), der fünf Geschäftstage für US-Staatsanleihen vor dem ersten Tag der betreffenden Zinsberechnungsperiode liegt, bis zu dem Tag (ausschließlich), der fünf Geschäftstage für US-Staatsanleihen vor (i) (im Falle einer Zinsperiode) dem Zinszahltag für diese Zinsperiode oder (ii) (im Falle jeder anderen Zinsberechnungsperiode) dem Tag, an dem die betreffende Zinszahlung fällig wird, liegt (ein jeder solcher Tag ein "**Beobachtungszeitraumendtag**").

"**Compounded Daily SOFR**" bezeichnet in Bezug auf eine Zinsberechnungsperiode den nach der Zinseszinsformel berechneten Renditesatz einer Tagesgeldanlage (*rate of return of a daily compound interest investment*) (mit dem Tageszinssatz "Secured Overnight Financing Rate" als Referenzsatz für die Zinsberechnung) während des der betreffenden Zinsberechnungsperiode zugehörigen Beobachtungszeitraums, wie von der Berechnungsstelle am maßgeblichen Zinsfestlegungstag gemäß der folgenden Formel berechnet (hierbei wird der ermittelte Prozentsatz erforderlichenfalls auf das nächste Hunderttausendstel eines Prozentpunkts gerundet, wobei 0,000005 auf 0,00001 aufgerundet wird):

$$\left[\prod_{i=1}^{d_0} \left(1 + \frac{SOFR_i \times n_i}{360} \right) - 1 \right] \times \frac{360}{d}$$

Hierbei gilt:

"d" bezeichnet die Anzahl der Kalendertage in dem betreffenden Beobachtungszeitraum.

"d₀" bezeichnet in Bezug auf eine Zinsberechnungsperiode die Anzahl der Geschäftstage für US-Staatsanleihen in dem betreffenden Beobachtungszeitraum.

"i" bezeichnet eine Reihe ganzer Zahlen von eins bis d₀, wobei jede Zahl für den betreffenden Geschäftstag für US-Staatsanleihen in chronologischer Reihenfolge ab dem ersten Geschäftstag für US-Staatsanleihen (einschließlich) in dem betreffenden Beobachtungszeitraum steht.

"n_i" bezeichnet die Anzahl der Kalendertage während des betreffenden Beobachtungszeitraums ab dem Geschäftstag für US-Staatsanleihen "i" (einschließlich) bis zum folgenden Geschäftstag für US-Staatsanleihen "i + 1" (ausschließlich).

"SOFR_i" bezeichnet in Bezug auf einen Geschäftstag für US-Staatsanleihen "i" innerhalb des maßgeblichen Beobachtungszeitraums einen Referenzsatz der SOFR für diesen Tag entspricht.

"**Geschäftstag für US-Staatsanleihen**" bezeichnet jeden Kalendertag außer Samstag, Sonntag oder einem Kalendertag, an dem die SIFMA (oder deren Nachfolger) empfiehlt, die Rentenhandelsabteilungen ihrer Mitglieder für den ganzen Kalendertag für den Handel mit US-Staatsanleihen zu schließen.

"**SIFMA**" bezeichnet die US-amerikanische Securities Industry and Financial Markets Association oder einen ihrer Nachfolger.

"**SOFR**" oder "**Secured Overnight Financing Rate**" bezeichnet, in Bezug auf einen Geschäftstag für US-Staatsanleihen,

- (i) den Tageszinssatz für besicherte Über-Nacht-Finanzierungen (*Secured Overnight Financing Rate*) wie von der Federal Reserve Bank of New York als Administrator dieses Satzes (oder einem SOFR-Nachfolgesatz-Administrator) um oder gegen 17.00 Uhr (New Yorker Ortszeit) am nächstfolgenden Geschäftstag für US-Staatsanleihen auf der SOFR-Bildschirmseite veröffentlicht; oder
- (ii) falls SOFR in Bezug auf den maßgeblichen Geschäftstag für US-Staatsanleihen nicht auf der SOFR-Bildschirmseite veröffentlicht wird (und auch nicht auf andere Weise veröffentlicht worden ist), sofern nicht sowohl ein Referenzwert-Übergangsereignis als auch der damit verbundene Referenzwert-Ersetzungsstichtag eingetreten sind, den Tageszinssatz für besicherte Über-Nacht-Finanzierungen (*Secured Overnight Financing Rate*) in Bezug auf den letzten Geschäftstag für US-Staatsanleihen, für den ein solcher Satz auf der SOFR-Bildschirmseite veröffentlicht wurde.

"**SOFR-Administrator**" bezeichnet die Federal Reserve Bank of New York.

"**SOFR-Bildschirmseite**" bezeichnet (i) die Internetseite der Federal Reserve Bank of New York (derzeit unter <http://www.newyorkfed.org>) oder eine Nachfolge-Internetseite bzw. eine andere Quelle, wo der SOFR vom SOFR-Administrator oder in dessen Namen veröffentlicht wird, oder (ii) eine andere zum Zwecke der Anzeige des SOFR vom SOFR-Administrator bzw. dem betreffenden Nachfolge-Administrator benannte Bildschirmseite. Eine solche Nachfolge-Internetseite oder andere Bildschirmseite wird den Gläubigern von der Emittentin gemäß § 12 (*Mitteilungen*) mitgeteilt.

"**Zinsberechnungsperiode**" bezeichnet (i) jede Zinsperiode und (ii) (gegebenenfalls) jeden anderen Zeitraum, in Bezug auf den Zinsen zu berechnen sind, d.h. den Zeitraum ab dem ersten Tag (einschließlich) des betreffenden Zeitraums bis zu dem Tag (ausschließlich), an dem die betreffende Zinszahlung fällig wird (wobei es sich hierbei, falls ein Gläubiger seine Schuldverschreibungen gemäß § 12 (*Mitteilungen*) kündigt und deren sofortige Tilgung verlangt, um den Tag der Rückzahlung (ausschließlich) handelt).

"Zinsfestlegungstag" bezeichnet den Geschäftstag für US-Staatsanleihen nach dem Beobachtungszeitraumendtag.

(12) (A) *Festlegung des SOFR-Ersatzzinssatzes.* Falls SOFR in Bezug auf den maßgeblichen Geschäftstag für US-Staatsanleihen nicht auf der SOFR-Bildschirmseite veröffentlicht wird (und auch nicht auf andere Weise veröffentlicht worden ist), dann entspricht, falls sowohl ein Referenzwert-Übergangereignis als auch der damit verbundene Referenzwert-Ersetzungsstichtag eingetreten sind, SOFR der ersten in der nachstehenden Reihenfolge genannten Alternative, die die Emittentin nach Treu und Glauben und in wirtschaftlich vernünftiger Weise festzulegen imstande ist:

- (i) der Summe aus: (a) dem alternativen Zinssatz, der von der Maßgeblichen Staatlichen Stelle als Ersatz für den dann aktuellen Referenzwert für die maßgebliche Entsprechende Laufzeit ausgewählt oder empfohlen wurde und (b) den Referenzwert-Anpassungen; oder
- (ii) der Summe aus: (a) dem SOFR ISDA Ersatzzinssatz und (b) den Referenzwert-Anpassungen.

Für die Zwecke dieses § 3 (12)(A) gelten folgende Begriffsbestimmungen:

"Entsprechende Laufzeit" bezeichnet in Bezug auf einen Referenzwert-Ersatz eine Laufzeit (einschließlich Über-Nacht), die (ohne Berücksichtigung einer Geschäftstaganpassung) ungefähr dieselbe Länge wie die anwendbare Laufzeit für den dann aktuellen Referenzwert hat.

"Maßgebliche Staatliche Stelle" bezeichnet das Federal Reserve Board oder anderenfalls die New York Federal Reserve oder anderenfalls einen vom Federal Reserve Board offiziell bestätigten oder einberufenen Ausschuss oder anderenfalls die Federal Reserve Bank of New York oder deren Nachfolger.

"Referenzwert" bezeichnet den Tageszinssatz für besicherte Über-Nacht-Finanzierungen (*Secured Overnight Financing Rate*); wobei, falls ein Referenzwert-Übergangereignis und der damit verbundene Referenzwert-Ersetzungsstichtag in Bezug auf SOFR oder den dann aktuellen Referenzwert eingetreten sind, "Referenzwert" den anwendbaren Referenzwert-Ersatz bezeichnet.

"Referenzwert-Ersatz" bezeichnet die in der in vorstehender Ziffer (y) aufgeführten Reihenfolge erstgenannte Alternative, die die Emittentin nach Treu und Glauben und in wirtschaftlich vernünftiger Weise zum Referenzwert-Ersetzungsstichtag festzulegen imstande ist. Im Rahmen der Durchführung eines Referenzwert-Ersatzes ist die Emittentin berechtigt, von Zeit zu Zeit Referenzwert-Ersatz-Folgeanpassungen vorzunehmen.

"Referenzwert-Ersatz-Anpassungen" bezeichnet die in der nachstehend aufgeführten Reihenfolge erstgenannte Alternative, die die Emittentin nach Treu und Glauben und in wirtschaftlich vernünftiger Weise zum Referenzwert-Ersetzungsstichtag festzulegen imstande ist:

- (1) die Spread-Anpassung (die einen positiven oder negativen Wert haben oder null sein kann) oder das Verfahren zur Berechnung oder Festsetzung einer solchen Spread-Anpassung, die von der Maßgeblichen Staatlichen Stelle für den anwendbaren Unangepassten Referenzwert-Ersatz ausgewählt oder empfohlen wurde; oder
- (2) falls der anwendbare Unangepasste Referenzwert-Ersatz dem SOFR ISDA Ersatzzinssatz entspricht, die ISDA-Ersatzanpassung.

"Referenzwert-Ersatz-Folgeanpassungen" bezeichnet in Bezug auf einen Referenzwert-Ersatz jedwede technischen, administrativen oder operativen Anpassungen (einschließlich Änderungen der Definitionen von "Zinsperiode", "Zinsfestlegungstag" und "Beobachtungszeitraum" sowie Änderungen in Bezug auf den Zeitpunkt und die Häufigkeit der Feststellung von Sätzen und der Leistung von Zinszahlungen und andere administrative

Angelegenheiten), die nach billigem Ermessen der Emittentin angemessen sind, um der Übernahme eines solchen Referenzwert-Ersatzes in einer Weise Rechnung zu tragen, die im Wesentlichen den Marktgepflogenheiten entspricht (oder, falls die Emittentin nach ihrem billigen Ermessen entscheidet, dass (i) die Übernahme eines Teils solcher Marktgepflogenheiten verwaltungstechnisch nicht durchführbar ist oder (ii) für die Anwendung eines Referenzwert-Ersatzes keine Marktgepflogenheiten existieren, auf eine andere Weise, die die Emittentin billigerweise für erforderlich erachtet).

"Referenzwert-Ersetzungsstichtag" bezeichnet das am frühesten eintretende der folgenden Ereignisse in Bezug auf den dann aktuellen Referenzwert:

- (1) im Falle von Ziffer (1) oder (2) der Definition von "Referenzwert-Übergangereignis" (a) das Datum der öffentlichen Erklärung oder Veröffentlichung von Informationen, auf die in der öffentlichen Erklärung Bezug genommen wird, und (b) das Datum, an dem der Administrator des Referenzwerts die Bereitstellung des Referenzwerts dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit einstellt, wobei das später eintretende Datum maßgeblich ist; oder
- (2) im Falle von Ziffer (3) der Definition von "Referenzwert-Übergangereignis" das Datum der öffentlichen Erklärung oder Veröffentlichung von Informationen, auf die in der öffentlichen Erklärung Bezug genommen wird.

Zur Klarstellung: falls das Ereignis, das den Referenzwert-Ersetzungsstichtag auslöst, am selben Tag wie – jedoch zu einem früheren Zeitpunkt als – der Referenzzeitpunkt in Bezug auf eine Feststellung eintritt, gilt der Referenzwert-Ersetzungsstichtag als vor dem Referenzzeitpunkt für eine solche Feststellung eingetreten.

"Referenzwert-Übergangereignis" bezeichnet den Eintritt eines oder mehrerer der folgenden Ereignisse in Bezug auf den dann aktuellen Referenzwert:

- (1) eine öffentliche Erklärung oder Veröffentlichung von Informationen durch den oder im Auftrag des Administrators des Referenzwerts dahingehend, dass dieser Administrator die Bereitstellung des Referenzwerts dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit eingestellt hat oder einstellen wird, sofern es zum Zeitpunkt der Erklärung oder Veröffentlichung keinen Nachfolge-Administrator gibt, der die Bereitstellung des Referenzwerts fortsetzen wird;
- (2) eine öffentliche Erklärung oder Veröffentlichung von Informationen durch die für den Administrator des Referenzwerts zuständige Aufsichtsbehörde oder anderenfalls die Zentralbank für die dem Referenzwert zugrunde liegende Währung oder anderenfalls einen für den Administrator des Referenzwerts zuständigen Insolvenzverwalter oder anderenfalls eine für den Administrator des Referenzwerts zuständige Abwicklungsbehörde oder anderenfalls ein Gericht oder eine Stelle mit ähnlicher Zuständigkeit im Falle der Insolvenz oder Abwicklung des Administrators des Referenzwerts dahingehend, dass der Administrator des Referenzwerts die Bereitstellung des Referenzwerts dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit eingestellt hat oder einstellen wird, sofern es zum Zeitpunkt der Erklärung oder Veröffentlichung keinen Nachfolge-Administrator gibt, der die Bereitstellung des Referenzwerts fortsetzen wird; oder
- (3) eine öffentliche Erklärung oder Veröffentlichung von Informationen durch die für den Administrator des Referenzwerts zuständige Aufsichtsbehörde dahingehend, dass der Referenzwert nicht länger repräsentativ ist.

"Referenzzeitpunkt" in Bezug auf eine Festlegung des Referenzwerts bezeichnet den von der Emittentin nach Treu und Glauben und in wirtschaftlich vernünftiger Weise gemäß den Referenzwert-Ersatz-Folgeanpassungen festgelegten Zeitpunkt.

"SOFR ISDA-Ersatzzinssatz" bezeichnet den im Folgenden gemäß Unterabschnitt (B) Festlegung des SOFR ISDA-Ersatzzinssatzes festgelegten Zinssatz.

"**Unangepasster Referenzwert-Ersatz**" bezeichnet den Referenzwert-Ersatz ohne Referenzwert-Ersatz-Anpassungen.

- (B) *Festlegung des SOFR ISDA-Ersatzzinssatzes.* Falls SOFR wie in diesem Unterabschnitt (B) dargelegt festgelegt wird, so berechnet die Berechnungsstelle den SOFR ab dem ersten Geschäftstag für US-Staatsanleihen (einschließlich) innerhalb des maßgeblichen Beobachtungszeitraums, ab dem der SOFR nicht mehr verfügbar ist, als wären Bezugnahmen auf den SOFR Bezugnahmen auf den Satz (der "**SOFR-Nachfolgesatz**"), der der Berechnungsstelle und den Gläubigern (im Fall einer Mitteilung gegenüber den Gläubigern durch Veröffentlichung gemäß § 12 (*Mitteilungen*)) von der Emittentin als derjenige Satz mitgeteilt wurde, der vom Federal Reserve Board oder anderenfalls von der Federal Reserve Bank of New York oder anderenfalls von einem vom Federal Reserve Board oder anderenfalls von der Federal Reserve Bank of New York für den Zweck der Empfehlung eines Ersatzes für den Tageszinssatz für besicherte Über-Nacht-Finanzierungen (*Secured Overnight Financing Rate*) offiziell bestätigten oder einberufenen Ausschuss als Ersatz für den Tageszinssatz für besicherte Über-Nacht-Finanzierungen (*Secured Overnight Financing Rate*) empfohlen wurde (wobei dieser Satz von der Federal Reserve Bank of New York oder anderenfalls von einem anderen ernannten Administrator (zusammen der "**SOFR-Nachfolgesatz-Administrator**") erstellt werden kann und ferner Anpassungen oder Auf- bzw. Abschläge enthalten kann, die gemäß der Feststellung des SOFR-Nachfolgesatz-Administrators auf den SOFR-Nachfolgesatz angewendet werden müssen, um einen etwaigen wirtschaftlichen Nachteil bzw. Vorteil für Gläubiger infolge der Ersetzung des Tageszinssatzes für besicherte Über-Nacht-Finanzierungen (*Secured Overnight Financing Rate*) durch den SOFR-Nachfolgesatz zu verringern oder zu beseitigen (wie der Berechnungsstelle und den Gläubigern (im Fall einer Mitteilung gegenüber den Gläubigern durch Veröffentlichung gemäß § 12 (*Mitteilungen*)) jeweils von der Emittentin mitgeteilt)).

Wenn:

- (x) bis zum Referenzwert-Ersetzungsstichtag (einschließlich) kein solcher SOFR-Nachfolgesatz empfohlen wurde (wie der Berechnungsstelle von der Emittentin mitgeteilt), so berechnet die Berechnungsstelle die *Secured Overnight Financing Rate* ab dem ersten Geschäftstag für US-Staatsanleihen (einschließlich) innerhalb des maßgeblichen Beobachtungszeitraums, ab dem der SOFR nicht mehr verfügbar ist, als wären (i) Bezugnahmen auf die *Secured Overnight Financing Rate* oder SOFR Bezugnahmen auf den OBFR, (ii) Bezugnahmen auf Geschäftstage für US-Staatsanleihen Bezugnahmen auf New Yorker Bankarbeitstage, (iii) Bezugnahmen auf ein Referenzwert-Übergangsereignis Bezugnahmen auf ein OBFR-Index-Einstellungsereignis, (iv) Bezugnahmen auf den SOFR-Nachfolgesatz-Administrator Bezugnahmen auf den OBFR-Nachfolge-Administrator, (v) Bezugnahmen auf den SOFR-Nachfolgesatz Bezugnahmen auf einen OBFR-Nachfolgesatz und (vi) Bezugnahmen auf den Referenzwert-Ersetzungsstichtag Bezugnahmen auf den OBFR-Index-Einstellungsstichtag (wobei die Emittentin den Gläubigern die Anwendung des OBFR durch Veröffentlichung gemäß § 12 (*Mitteilungen*) mitteilt); oder
- (y) bis zum Referenzwert-Ersetzungsstichtag (einschließlich) kein solcher SOFR-Nachfolgesatz empfohlen wurde und ein OBFR-Index-Einstellungsereignis eingetreten ist (wie der Berechnungsstelle und den Gläubigern (im Fall einer Mitteilung gegenüber den Gläubigern durch Veröffentlichung gemäß § 12 (*Mitteilungen*)) jeweils von der Emittentin mitgeteilt), so berechnet die Berechnungsstelle die *Secured Overnight Financing Rate* ab dem ersten Geschäftstag für US-Staatsanleihen (einschließlich) innerhalb des maßgeblichen Beobachtungszeitraums, ab dem der SOFR nicht mehr verfügbar ist, als wären (i) Bezugnahmen auf die *Secured Overnight Financing Rate* oder SOFR Bezugnahmen auf den FOMC-Zielsatz, (ii) Bezugnahmen auf Geschäftstage für US-Staatsanleihen Bezugnahmen auf New Yorker Bankarbeitstage und (iii) Bezugnahmen auf die SOFR-Bildschirmseite Bezugnahmen auf die Internetseite der Federal Reserve (wobei die Emittentin den Gläubigern die

Anwendung des FOMC-Zielsatzes durch Veröffentlichung gemäß § 12 (*Mitteilungen*) mitteilt).

Kann der Zinssatz nicht anderweitig gemäß den Bestimmungen dieser Bedingungen in Bezug auf eine Zinsberechnungsperiode ermittelt werden, entspricht der Zinssatz für die betreffende Zinsberechnungsperiode (i) dem von der Berechnungsstelle berechneten Zinssatz für die Zinsberechnungsperiode, in der der Referenzwert-Ersetzungsstichtag sowie das OBFR-Index-Einstellungsereignis eingetreten sind und kein FOMC-Zielsatz verfügbar ist, (die "**Einstellungs-Zinsberechnungsperiode**") durch Anwendung des Tageszinssatzes für besicherte Über-Nacht-Finanzierungen (*Secured Overnight Financing Rate*) des letzten Geschäftstags für US-Staatsanleihen in der betreffenden Einstellungs-Zinsperiode, an dem dieser Satz auf der SOFR-Bildschirmseite veröffentlicht wurde (wie der Berechnungsstelle und den Gläubigern (im Fall einer Mitteilung gegenüber den Gläubigern durch Veröffentlichung gemäß § 12 (*Mitteilungen*)) jeweils von der Emittentin mitgeteilt) auf jeden folgenden Geschäftstag für US-Staatsanleihen, für den weder SOFR noch OBFR oder der FOMC-Zielsatz verfügbar sind, (ii) für jede auf die Einstellungs-Zinsberechnungsperiode folgende Zinsberechnungsperiode dem an dem Zinsfestlegungstag für die Einstellungs-Zinsberechnungsperiode festgelegten Zinssatz.

Für die Zwecke dieses § 3 (12)(B) gelten folgende Begriffsbestimmungen:

"FOMC-Zielsatz" (FOMC Target Rate) bezeichnet den vom US-Federal Open Market Committee (dem Offenmarktausschuss des US-amerikanischen Federal Reserve System) festgesetzten und auf der Internetseite der Federal Reserve veröffentlichten Ziel-Zinssatz für kurzfristige Zinsen oder, wenn das US-Federal Open Market Committee keinen Einzel-Satz vorsieht, den Mittelwert des vom US-Federal Open Market Committee festgesetzten und auf der Internetseite der Federal Reserve veröffentlichten Ziel-Zinskorsors für kurzfristige Zinsen (berechnet als arithmetisches Mittel der Ober- und Untergrenze des Ziel-Zinskorsors, erforderlichenfalls auf zwei Dezimalstellen gerundet, wobei 0,005 aufgerundet wird).

"New Yorker Bankarbeitstag" bezeichnet jeden Tag, an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte Zahlungen abwickeln und für den allgemeinen Geschäftsverkehr (einschließlich des Handels in Devisen und Fremdwährungseinlagen) in New York City geöffnet sind.

"OBFR" bezeichnet den Tageszinssatz "Overnight Bank Funding Rate", der von der Federal Reserve Bank of New York als Administrator dieses Satzes (oder einem Nachfolge-Administrator dieses Satzes (der "**OBFR-Nachfolge-Administrator**") um oder gegen 9.00 Uhr (New Yorker Ortszeit) an jedem New Yorker Bankarbeitstag auf der SOFR-Bildschirmseite in Bezug auf den New Yorker Bankarbeitstag unmittelbar vor diesem betreffenden Tag veröffentlicht wird.

"OBFR-Index-Einstellungsereignis" bezeichnet den Eintritt eines oder mehrerer der folgenden Ereignisse:

- (x) eine öffentliche Erklärung der Federal Reserve Bank of New York (oder eines Nachfolge-Administrators der OBFR), mit der diese bekannt gibt, dass sie die Veröffentlichung oder Bereitstellung der OBFR dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit eingestellt hat oder einstellen wird, sofern es zum betreffenden Zeitpunkt keinen Nachfolge-Administrator gibt, der die Veröffentlichung oder Bereitstellung der OBFR fortsetzen wird;
- (y) die Veröffentlichung von Informationen, durch die mit hinreichender Sicherheit bestätigt wird, dass die Federal Reserve Bank of New York (oder ein Nachfolge-Administrator der OBFR) die Bereitstellung der OBFR dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit eingestellt hat oder einstellen wird, sofern es zum betreffenden Zeitpunkt keinen Nachfolge-Administrator gibt, der die Veröffentlichung oder Bereitstellung der OBFR fortsetzen wird;

- (z) eine öffentliche Erklärung einer US-Aufsichtsbehörde oder einer anderen öffentlichen US-Stelle, durch die die Verwendung der OBFR untersagt wird und die (nicht notwendigerweise ausschließlich) auf die Schuldverschreibungen Anwendung findet.

"OBFR-Index-Einstellungstichtag" bezeichnet in Bezug auf ein OBFR-Index-Einstellungsereignis den Tag, an dem die Federal Reserve Bank of New York (oder ein Nachfolge-Administrator der OBFR) die Veröffentlichung der OBFR einstellt, oder den Tag, ab dem die OBFR nicht mehr verwendet werden darf.

English text of the Terms and Conditions of the Notes (convenience translation)

§ 3 INTEREST

- (1) *Interest.* Each Security bears interest from (and including) 19 March 2018 (the "**Interest Commencement Date**") calculated as provided below. Interest will accrue in respect of each Interest Period.
- "Interest Period"** means the period from (and including) the Interest Commencement Date to (but excluding) the first Interest Payment Date and thereafter from (and including) each Interest Payment Date to (but excluding) the next following Interest Payment Date.
- (2) *Interest Payment Dates.* Interest will be payable in arrear on 19 March, 19 June, 19 September and 19 December in each year, commencing on 19 June 2018, up to (and including) the Maturity Date (as defined in § 5(1)) (each such date, an "**Interest Payment Date**").
- (3) *Interest Amount.* The amount of interest (each an "**Interest Amount**") payable in respect of the Specified Denomination for an Interest Period shall be an amount equal to the product of (a) the Specified Denomination, (b) the Rate of Interest and (c) the Day Count Fraction, in each case for such Interest Period, such amount to be rounded to the nearest sub-unit of the Specified Currency, with 0.5 of a sub-unit being rounded upwards.
- (4) *Rate of Interest.* The rate of interest (the "**Rate of Interest**") for each Interest Period shall be sum of the Reference Rate (expressed as a percentage rate *per annum*) and 1.30 per cent. *per annum* (the "**Margin**") and an adjustment rate equal to 0.26161 per cent. *per annum* (the "**Adjustment Rate**").
- (5) *Calculations and Determinations.* Unless otherwise specified in this § 3, all calculations and determinations made pursuant to this § 3 shall be made by the Calculation Agent. The Calculation Agent will, on or as soon as practicable after each time at which the Rate of Interest is to be determined, determine the Rate of Interest.
- (6) *Notification of Rate of Interest and Interest Amount.* The Calculation Agent will cause the Rate of Interest and each Interest Amount for each Interest Period to be notified to the Issuer, the Paying Agent and to the Securityholders in accordance with § 12 (*Notices*) and if required by the rules of any stock exchange on which the Securities are from time to time admitted to trading, to such stock exchange, as soon as possible after their determination, but in no event later than the fourth Business Day thereafter. Each Interest Amount and Rate of Interest so notified may subsequently be amended (or appropriate alternative arrangements made by way of adjustment) without notice in the event of an extension or shortening of the Interest Period. Any such amendment will be promptly notified to any stock exchange on which the Securities are then admitted to trading and to the Securityholders in accordance with § 12 (*Notices*).
- (7) *Determinations Binding.* All certificates, communications, opinions, determinations, calculations, quotations and decisions given, expressed, made or obtained for the purposes of the provisions of this § 3 by the Calculation Agent shall (in the absence of manifest error) be binding on the Issuer, the Fiscal Agent, the Paying Agents and the Securityholders.

(8) *Accrual of Interest.* The Securities shall cease to bear interest from the expiry of the day preceding the day on which they are due for redemption, unless redemption is improperly withheld or refused. If the Issuer shall fail to redeem the Securities when due, interest shall continue to accrue on the outstanding aggregate principal amount of the Securities from (and including) the due date for redemption to (but excluding) the expiry of the day preceding the day of the actual redemption of the Securities at the default rate of interest established by law (the default rate of interest established by law is five percentage points above the basic rate of interest published by Deutsche Bundesbank from time to time, §§ 288(1), 247 German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch*) and does not preclude claims for damages if these are higher).

(10) *Day Count Fraction.* "**Day Count Fraction**" means, in respect of the calculation of an amount of interest for any period of time (the "**Accrual Period**"): the actual number of days in the Accrual Period divided by 360.

(11) *Definitions.* For the purposes of these Conditions the following definitions apply:

"**Reference Rate**" means Compounded Daily SOFR.

"**Compounded Daily SOFR**" means, in relation to any Interest Accrual Period, the rate of return of a daily compounded interest investment (with the Secured Overnight Financing Rate as the reference rate for the calculation of interest) over the Observation Period corresponding to that Interest Accrual Period as calculated by the Calculation Agent on the relevant Interest Determination Date in accordance with the following formula (and the resulting percentage will be rounded, if necessary, to the nearest one hundred-thousandth of a percentage point, with 0.000005 being rounded upwards to 0.00001):

$$\left[\prod_{i=1}^{d_0} \left(1 + \frac{SOFR_i \times n_i}{360} \right) - 1 \right] \times \frac{360}{d}$$

Where:

"**d**" means the number of calendar days in the relevant Observation Period.

"**d₀**" means, for any Interest Accrual Period, the number of U.S. Government Securities Business Days in the relevant Observation Period.

"**i**" means a series of whole numbers from one to **d₀**, each representing the relevant U.S. Government Securities Business Day in chronological order from (and including) the first U.S. Government Securities Business Day in the relevant Observation Period.

"**n_i**" means the number of calendar days in the relevant Observation Period from (and including) U.S. Government Securities Business Day "**i**" up to (but excluding) the following U.S. Government Securities Business Day "**i + 1**".

"**SOFR_i**" means, in respect of any U.S. Government Securities Business Day "**i**" in the relevant Observation Period, a reference rate equal to SOFR in respect of such day.

"**Interest Accrual Period**" means (i) each Interest Period and (ii) any other period (if any) in respect of which interest is to be calculated, being the period from (and including) the first day of such period to (but excluding) the day on which the relevant payment of interest falls due (which, if a Securityholder declares its Securities due and demands immediate redemption thereof in accordance with § 12 (*Notices*), shall be the date of redemption (exclusive)).

"**Interest Determination Date**" means the U.S. Government Securities Business Day following the Observation Period End Date.

"**Observation Period**" means, in respect of any Interest Accrual Period, the period from (and including) the day that is five U.S. Government Securities Business Days preceding the first day of such Interest Accrual Period to (but excluding) the day falling five U.S. Government Securities Business Days prior to (i) (in the case of an Interest Period) the Interest Payment Date for such Interest Period or (ii) (in the case of any other Interest Accrual Period) the day

on which the relevant payment of interest falls due (each such day, an "**Observation Period End Date**").

"**SIFMA**" means the Securities Industry and Financial Markets Association or any successor thereto.

"**SOFR**" or "**Secured Overnight Financing Rate**" means, in relation to any U.S. Government Securities Business Day,

- (i) the daily secured overnight financing rate as published by the Federal Reserve Bank of New York, as the administrator of such rate (or any SOFR Successor Administrator) at or around 5:00 p.m. (New York City time) on the SOFR Screen Page on the immediately following U.S. Government Securities Business Day; or
- (ii) if SOFR in respect of any relevant U.S. Government Securities Business Day is not published on the SOFR Screen Page (and has not otherwise been published), unless both a Benchmark Transition Event and its related Benchmark Replacement Date have occurred, the Secured Overnight Financing Rate in respect of the last U.S. Government Securities Business Day for which such rate was published on the SOFR Screen Page.

"**SOFR Administrator**" means the Federal Reserve Bank of New York.

"**SOFR Screen Page**" means (i) the website of the Federal Reserve Bank of New York (currently at <http://www.newyorkfed.org>), or any successor website or other source on which the SOFR is published by or on behalf of the SOFR Administrator, or (ii) any other screen page as may be nominated by the SOFR Administrator or the relevant successor administrator, as the case may be, for the purposes of displaying SOFR. Any such successor website or any such other screen page will be notified by the Issuer to the Securityholders in accordance with § 12 (*Notices*).

"**U.S. Government Securities Business Day**" means any calendar day except for a Saturday, Sunday or a calendar day on which SIFMA (or any successor thereto) recommends that the fixed income departments of its members be closed for the entire calendar day for purposes of trading in U.S. government securities.

(12) (A) *SOFR Fallback Rate Determination*. If SOFR in respect of any relevant U.S. Government Securities Business Day is not published on the SOFR Screen Page (and has not otherwise been published), and if a Benchmark Transition Event and its related Benchmark Replacement Date have occurred, then SOFR shall be the first alternative set forth in the order below that can be determined by the Issuer, acting in good faith and in a commercially reasonable manner:

- (i) the sum of: (a) the alternate rate of interest that has been selected or recommended by the Relevant Governmental Body as the replacement for the then-current Benchmark for the applicable Corresponding Tenor and (b) the Benchmark Replacement Adjustment; or
- (ii) the sum of: (a) the SOFR ISDA Fallback Rate and (b) the Benchmark Replacement Adjustment.

For the purposes of this § 3 (12)(A) the following definitions shall apply:

"**Benchmark**" means the Secured Overnight Financing Rate; provided that if a Benchmark Transition Event and its related Benchmark Replacement Date have occurred with respect to SOFR or the then-current Benchmark, then "Benchmark" means the applicable Benchmark Replacement.

"**Benchmark Replacement**" means the first alternative set forth in the order presented in the first sentence of this § 3 (12)(A) above that can be determined by the Issuer, acting in good faith and in a commercially reasonable manner, as of the Benchmark Replacement Date. In connection with the implementation of a Benchmark Replacement, the Issuer will have the right to make Benchmark Replacement Conforming Changes from time to time.

"Benchmark Replacement Adjustment" means the first alternative set forth in the order below that can be determined by the Issuer, acting in good faith and in a commercially reasonable manner, as of the Benchmark Replacement Date:

- (1) the spread adjustment (which may be a positive or negative value or zero), or method for calculating or determining such spread adjustment, that has been selected or recommended by the Relevant Governmental Body for the applicable Unadjusted Benchmark Replacement; or
- (2) if the applicable Unadjusted Benchmark Replacement is equivalent to the SOFR ISDA Fallback Rate, then the ISDA Fallback Adjustment.

"Benchmark Replacement Conforming Changes" means, with respect to any Benchmark Replacement, any technical, administrative or operational changes (including changes to the definitions of "Interest Period", "Interest Determination Date" and "Observation Period", timing and frequency of determining rates and making payments of interest and other administrative matters) that the Issuer determines in its reasonable discretion may be appropriate to reflect the adoption of such Benchmark Replacement in a manner substantially consistent with market practice (or, if the Issuer determines in its reasonable discretion that (i) adoption of any portion of such market practice is not administratively feasible or (ii) no market practice for use of the Benchmark Replacement exists, in such other manner as the Issuer determines is reasonably necessary).

"Benchmark Replacement Date" means the earliest to occur of the following events with respect to the then-current Benchmark:

- (1) in the case of clause (1) or (2) of the definition of "Benchmark Transition Event", the later of (a) the date of the public statement or publication of information referenced therein and (b) the date on which the administrator of the Benchmark permanently or indefinitely ceases to provide the Benchmark; or
- (2) in the case of clause (3) of the definition of "Benchmark Transition Event", the date of the public statement or publication of information referenced therein.

For the avoidance of doubt, if the event giving rise to the Benchmark Replacement Date occurs on the same day as, but earlier than, the Reference Time in respect of any determination, the Benchmark Replacement Date will be deemed to have occurred prior to the Reference Time for such determination.

"Benchmark Transition Event" means the occurrence of one or more of the following events with respect to the then-current Benchmark:

- (1) a public statement or publication of information by or on behalf of the administrator of the Benchmark announcing that such administrator has ceased or will cease to provide the Benchmark, permanently or indefinitely, provided that, at the time of such statement or publication, there is no successor administrator that will continue to provide the Benchmark;
- (2) a public statement or publication of information by the regulatory supervisor for the administrator of the Benchmark or, failing which, the central bank for the currency of the Benchmark or, failing which, an insolvency official with jurisdiction over the administrator for the Benchmark or, failing which, a resolution authority with jurisdiction over the administrator for the Benchmark or, failing which, a court or an entity with similar insolvency or resolution authority over the administrator for the Benchmark, which states that the administrator of the Benchmark has ceased or will cease to provide the Benchmark permanently or indefinitely, provided that, at the time of such statement or publication, there is no successor administrator that will continue to provide the Benchmark; or
- (3) a public statement or publication of information by the regulatory supervisor for the administrator of the Benchmark announcing that the Benchmark is no longer representative.

"Corresponding Tenor" with respect to a Benchmark Replacement means a tenor (including overnight) having approximately the same length (disregarding any business day adjustment) as the applicable tenor for the then-current Benchmark.

"ISDA Fallback Adjustment" means the spread adjustment (which may be a positive or negative value or zero) that would apply for derivatives transactions referencing the ISDA Definitions to be determined upon the occurrence of an index cessation event with respect to the Benchmark for the applicable tenor.

"Reference Time" with respect to any determination of the Benchmark means the time determined by the Issuer, acting in good faith and in a commercially reasonable manner, in accordance with the Benchmark Replacement Conforming Changes.

"Relevant Governmental Body" means the Federal Reserve Board or, failing which, the Federal Reserve Bank of New York, or, failing which, a committee officially endorsed or convened by the Federal Reserve Board or, failing which, the Federal Reserve Bank of New York or any successor thereto.

"SOFR ISDA Fallback Rate" means the rate determined pursuant to sub-paragraph (B) *SOFR ISDA Fallback Rate Determination* below.

"Unadjusted Benchmark Replacement" means the Benchmark Replacement excluding the Benchmark Replacement Adjustment.

- (B) *SOFR ISDA Fallback Rate Determination*. If SOFR shall be determined pursuant to this sub-paragraph (B), then the Calculation Agent shall calculate SOFR from (and including) the first U.S. Government Securities Business Day within the relevant Observation Period on which SOFR is no longer available as if references to SOFR were references to the rate (the **"SOFR Successor Rate"**) that was notified to the Calculation Agent and to the Securityholders (in case of a notification to the Securityholders in accordance with § 12 (*Notices*)) by the Issuer as being the rate that was recommended as the replacement for the daily Secured Overnight Financing Rate by the Federal Reserve Board or, failing which, the Federal Reserve Bank of New York or, failing which, a committee officially endorsed or convened by the Federal Reserve Board or, failing which, the Federal Reserve Bank of New York for the purpose of recommending a replacement for the daily Secured Overnight Financing Rate (which rate may be produced by the Federal Reserve Bank of New York or, failing which, any other designated administrator (together, the **"SOFR Successor Administrator"**)), and which rate may include any adjustments or spreads, which the SOFR Successor Administrator determines are required to be applied to the SOFR Successor Rate to reduce or eliminate any economic prejudice or benefit (as the case may be) to Securityholders as a result of the replacement of the Secured Overnight Financing Rate with the SOFR Successor Rate (all as notified to the Calculation Agent and to the Securityholders (in case of a notification to the Securityholders in accordance with § 12 (*Notices*)) by the Issuer)).

If:

- (x) no such SOFR Successor Rate has been recommended prior to or on the Benchmark Replacement Date (as notified by the Issuer to the Calculation Agent), then the Calculation Agent shall calculate the Secured Overnight Financing Rate from (and including) the first U.S. Government Securities Business Day within the relevant Observation Period on which SOFR is no longer available as if (i) references to the Secured Overnight Financing Rate or SOFR were references to OBFR, (ii) references to U.S. Government Securities Business Days were references to New York City Banking Days, (iii) references to a Benchmark Transition Event were references to an OBFR Index Cessation Event, (iv) references to the SOFR Successor Administrator were references to the OBFR Successor Administrator, (v) references to the SOFR Successor Rate were references to an OBFR successor rate, and (vi) references to the Benchmark Replacement Date were references to the OBFR Index Cessation Effective Date (the Issuer shall notify the Securityholders of the application of OBFR in accordance with § 12 (*Notices*)); or

- (y) no such SOFR Successor Rate has been recommended prior to or on the Benchmark Replacement Date and an OBFR Index Cessation Event has occurred (all as notified to the Calculation Agent and to the Securityholders (in case of a notification to the Securityholders in accordance with § 12 (*Notices*)) by the Issuer), then the Calculation Agent shall calculate the Secured Overnight Financing Rate from (and including) the first U.S. Government Securities Business Day within the relevant Observation Period on which SOFR is no longer available as if (i) references to the Secured Overnight Financing Rate or SOFR were references to the FOMC Target Rate, (ii) references to U.S. Government Securities Business Days were references to New York City Banking Days, and (iii) references to the SOFR Screen Page were references to the Website of the Federal Reserve (the Issuer shall notify the Securityholders of the application of the FOMC Target Rate in accordance with § 12 (*Notices*)).

In the event that the Rate of Interest cannot otherwise be determined in accordance with the provisions herein in relation to any Interest Accrual Period, the Rate of Interest in respect of such Interest Accrual Period will be (i) calculated by the Calculation Agent for the Interest Accrual Period in which the Benchmark Replacement Date as well as the OBFR Index Cessation Event have occurred and no FOMC Target Rate is available (the "**Cessation Interest Accrual Period**"), by applying the daily secured overnight financing rate of the last U.S. Government Securities Business Day in such Cessation Interest Accrual Period on which such rate was published on the SOFR Screen Page (all as notified to the Calculation Agent and to the Securityholders (in case of a notification to the Securityholders in accordance with § 12 (*Notices*)) by the Issuer), to each subsequent U.S. Government Securities Business Day for which neither SOFR nor OBFR nor the FOMC Target Rate are available, (ii) for any Interest Accrual Period following the Cessation Interest Accrual Period, the Rate of Interest determined on the Interest Determination Date relating to the Cessation Interest Accrual Period.

For the purposes of this § 3 (12)(B) the following definitions shall apply:

"FOMC Target Rate" means the short-term interest rate target set by the U.S. Federal Open Market Committee and published on the Website of the Federal Reserve, or if the U.S. Federal Open Market Committee does not target a single rate, the mid-point of the short-term interest rate target range set by the U.S. Federal Open Market Committee and published on the Website of the Federal Reserve (calculated as the arithmetic average of the upper bound of the target range and the lower bound of the target range, rounded if necessary, to the nearest second decimal place, with 0.005 being rounded upwards).

"New York City Banking Day" means any day on which commercial banks and foreign exchange markets settle payments and are open for general business (including dealings in foreign exchange and foreign currency deposits) in New York City.

"OBFR" means the daily overnight bank funding rate as published by the Federal Reserve Bank of New York, as the administrator of such rate (or any successor administrator of such rate (the "**OBFR Successor Administrator**")), on the SOFR Screen Page at or around 9:00 a.m. (New York City time) on each New York City Banking Day in respect of the New York City Banking Day immediately preceding such day.

"OBFR Index Cessation Effective Date" means, in respect of an OBFR Index Cessation Event, the date on which the Federal Reserve Bank of New York (or any successor administrator of the OBFR), ceases to publish the OBFR, or the date as of which the OBFR may no longer be used.

"OBFR Index Cessation Event" means the occurrence of one or more of the following events:

- (x) a public statement by the Federal Reserve Bank of New York (or a successor administrator of the OBFR) announcing that it has ceased or will cease to publish or provide the OBFR permanently or indefinitely, provided that, at that time, there is no successor administrator that will continue to publish or provide the OBFR;
- (y) the publication of information which reasonably confirms that the Federal Reserve Bank of New York (or a successor administrator of the OBFR) has ceased or will cease to

provide the OBFR permanently or indefinitely, provided that, at that time, there is no successor administrator that will continue to publish or provide the OBFR; or

- (z) a public statement by a U.S. regulator or other U.S. official sector entity prohibiting the use of the OBFR that applies to, but need not be limited to, the Securities.

"Website of the Federal Reserve" means the website of the Board of Governors of the Federal Reserve System (currently at <http://www.federalreserve.gov>) or any successor source, as notified by the Issuer to the Securityholders in accordance with § 12 (*Notices*).

Die Emittentin erklärt hiermit, dass sie die feste Absicht hat, der Änderung der Anleihebedingungen zuzustimmen, wenn alle Implementierungsbedingungen erfüllt werden.

Allerdings behält sich die Emittentin, auch wenn sämtliche Implementierungsbedingungen erfüllt werden, das Recht vor, der Änderung der Anleihebedingungen nicht zuzustimmen, wenn die Emittentin in ihrem alleinigen und uneingeschränkten Ermessen zu dem Schluss kommen sollte, dass die Umsetzung der Änderung nicht im Einklang mit allen anwendbaren Gesetzen und Vorschriften, insbesondere dem US-Wertpapierrecht und den aufsichtsrechtlichen Anforderungen, stünde.

Da die deutschsprachige Fassung der Anleihebedingungen bindend ist, wird die Umsetzung der Änderung der Anleihebedingungen in der deutschen Sprachfassung verbindlich sein.

3 Abstimmungsverfahren sowie weitere Angaben und Erläuterungen

3.1 Stückelung und Stimmrecht

Die Schuldverschreibungen haben eine Stückelung von USD 200.000 (entsprechend 2.642 Schuldverschreibungen zu je USD 200.000) und sind durch eine Globalurkunde verbrieft, die von einer gemeinsamen Verwahrstelle (*common depositary*) für CBL sowie Euroclear verwahrt wird.

An der Abstimmung ohne Versammlung nimmt jeder Gläubiger nach Maßgabe des von ihm gehaltenen Nennwerts der Schuldverschreibung teil (§ 6 Absatz 1 Satz 1 SchVG). Abstimmungen gegenüber der Abstimmungsleiterin (wie nachstehend definiert), Weisungen an den Stimmrechtsvertreter (wie nachstehend definiert) oder an andere Vertreter können nur in Bezug auf die angegebenen Stückelungen der Schuldverschreibungen, d.h. USD 200.000 (die „**angegebenen Stückelungen**“) und ganzzahlige Vielfache davon, abgegeben werden. Jede Schuldverschreibung in der angegebenen Stückelung hat eine Stimme.

Auch im Übrigen gilt § 6 SchVG. Gemäß § 6 Absatz 1 Satz 2 SchVG ruht das Stimmrecht, solange die relevanten Schuldverschreibungen der Emittentin oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen (§ 271 Absatz 2 des Handelsgesetzbuchs) zustehen oder für Rechnung der Emittentin oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens gehalten werden.

3.2 Abstimmungsverfahren

Die Abstimmung ohne Versammlung wird nach den Regeln des SchVG durchgeführt. Gemäß § 5 Absatz 6 SchVG i.V.m. § 13 Absatz 3 der Anleihebedingungen werden Beschlüsse der Gläubiger im Wege der Abstimmung ohne Versammlung gefasst. Die Abstimmung wird durch die Abstimmungsleiterin, Notarin Karin Arnold, (die „**Abstimmungsleiterin**“) durchgeführt, die von der Emittentin zu diesem Zweck gemäß § 18 Absatz 2 SchVG beauftragt wurde.

Der „**Abstimmungszeitraum**“ beginnt am 20. Dezember 2022, 00:00 Uhr (Frankfurter Zeit) und endet am 22. Dezember 2022, 24:00 Uhr (Frankfurter Zeit). Ausführlichere Informationen über den Zeitplan finden Sie im Abschnitt „*Erwarteter Zeitplan*“.

Die Gläubiger können ihre Stimme (im eigenen Namen, durch einen Bevollmächtigten oder einen (eigenen) Stimmrechtsvertreter (mit Ausnahme von Kroll als Stimmrechtsvertreter)) direkt gegenüber der Abstimmungsleiterin oder über den Serviceprovider Kroll Issuer Services Limited („**Kroll**“ oder der „**Stimmrechtsvertreter**“) abgeben.

Aus Effizienzgründen wird angeregt, dass die Gläubiger ihre Stimme über den Stimmrechtsvertreter unter Nutzung der Abstimmungsplattform (<https://deals.is.kroll.com/db>) abgeben und eine sog. Teilnahmeanweisung über die Clearingsysteme einreichen oder einreichen lassen (siehe hierzu nachfolgend unter „*Abstimmung über den Stimmrechtsvertreter*“). Gläubiger können ihre Stimme aber auch direkt gegenüber der Abstimmungsleiterin durch Übermittlung eines Stimmformulars abgeben (siehe hierzu nachfolgend unter „*Abstimmung gegenüber der Abstimmungsleiterin*“). Wenn sich die Gläubiger dazu entscheiden, ihre Stimme über die von Kroll betriebene Abstimmungsplattform abzugeben, müssen sie sich bis spätestens zum Ablauf der Anmeldefrist registrieren (23:59 Uhr (Frankfurter Zeit) am 19. Dezember 2022).

3.3 Teilnahme an der Abstimmung

Gläubiger, die ihre Stimme über den Stimmrechtsvertreter abgeben möchten, müssen sich registrieren und vor Ablauf der Anmeldefrist eine Teilnahmeanweisung übermitteln. Gläubiger, die es versäumen, sich vor Ablauf der Anmeldefrist zu registrieren oder eine Teilnahmeanweisung zu übermitteln, können nicht über den Stimmrechtsvertreter abstimmen.

Gläubiger, die ihre Stimme direkt gegenüber der Abstimmungsleiterin abgeben wollen, müssen bis zum Ende des Abstimmungszeitraums (d.h. bis zum 22. Dezember 2022, 24:00 Uhr (Frankfurter Zeit)) den Besonderen Nachweis und einen Sperrvermerk übermitteln. Gläubiger, die es versäumen, vor dem Ende des Abstimmungszeitraums den Besonderen Nachweis und einen Sperrvermerk zu übermitteln, sind nicht zur Stimmabgabe berechtigt. Eine Registrierung ist jedoch nicht erforderlich, wenn die Stimme direkt gegenüber der Abstimmungsleiterin abgegeben wird.

Um an der Abstimmung teilzunehmen, müssen Gläubiger eines der folgenden Verfahren einhalten:

- (a) Gläubiger, die über den Stimmrechtsvertreter abstimmen möchten, müssen sich bis zum Ablauf der Anmeldefrist (23:59 Uhr (Frankfurter Zeit) am 19. Dezember 2022) auf der Abstimmungsplattform (<https://deals.is.kroll.com/db>) registrieren und die folgenden Informationen übermitteln: Name des Gläubigers, Anschrift sowie den Gesamtnennbetrag von Schuldverschreibungen, der an diesem Tag im Depot des Gläubigers gutgeschrieben ist (die „**Gläubigerinformationen**“).

Nach Beendigung dieses Schrittes des Registrierungsprozesses wird die Abstimmungsplattform eine E-Mail an den Gläubiger generieren, welche bestätigt, dass der Registrierungsprozess erfolgreich war und eine eindeutige Kennungsreferenz (*Unique Identifier Reference*) enthält.

Als Teil des Registrierungsprozesses muss der Gläubiger auch eine Teilnahmeanweisung über die Clearingsysteme übermitteln (siehe hierzu nachfolgend unter „*Abstimmung über den Stimmrechtsvertreter*“).

- (b) Gläubiger, die ihre Stimme direkt gegenüber der Abstimmungsleiterin abgeben wollen, müssen ihr Stimmformular in Deutsch oder Englisch in Schriftform an die folgende Adresse der Abstimmungsleiterin senden:

Notarin Karin Arnold

Schlüterstraße 45
10707 Berlin
Germany

Fax: +49 30 214802268

Email: db-2018-2025@arnold-anwaelte.de

Darüber hinaus müssen Gläubiger ihren Besonderen Nachweis und Sperrvermerk bis zum Ende des Abstimmungszeitraums (d.h. bis zum 22. Dezember 2022, 24:00 Uhr (Frankfurter Zeit) in Schriftform an die Abstimmungsleiterin übermitteln.

3.4 Abstimmung über den Stimmrechtsvertreter

Die Gläubiger können ihre Stimme über den Stimmrechtsvertreter als Bevollmächtigten abgeben, indem sie den Stimmrechtsvertreter vor Ablauf der Anmeldefrist auf der Abstimmungsplattform anweisen, für oder gegen die Änderung zu stimmen oder sich der Stimme zu enthalten (die „**Abstimmungsanweisung**“). Die Abstimmungsanweisung eines Gläubigers an den Stimmrechtsvertreter gilt zugleich als Befreiung des Stimmrechtsvertreters von den Beschränkungen des § 181 BGB. Durch die Übermittlung einer gültigen Abstimmungsanweisung bevollmächtigt der Gläubiger den Stimmrechtsvertreter – automatisch unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB –, bei der Abstimmung während des Abstimmungszeitraums in der in der Abstimmungsanweisung angegebenen Weise abzustimmen.

Darüber hinaus muss der Gläubiger vor Ablauf der Anmeldefrist – zusätzlich zur Registrierung auf der Abstimmungsplattform und der Abgabe einer Abstimmungsanweisung – eine Teilnahmeanweisung an die Clearingsysteme senden (oder dies veranlassen) und dafür sorgen, dass der Stimmrechtsvertreter diese Teilnahmeanweisung über die Clearingsysteme vor dem Ablauf der Anmeldefrist erhält.

Jede Teilnahmeanweisung muss die folgenden Informationen beinhalten:

- die Gläubigerinformationen;
- den Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen, für die ein Gläubiger wünscht, dass der Stimmrechtsvertreter (oder sein Bevollmächtigter) als sein Stellvertreter in Bezug auf die Änderung abstimmt;
- ob der Gläubiger der vorgeschlagenen Änderung zustimmt, diese ablehnt oder sich enthält;
- den Namen des Direkten Teilnehmers und die Nummer des Wertpapierkontos beim relevanten Clearingsystem in dem die Schuldverschreibungen gehalten werden;
- eine Anweisung, die Schuldverschreibungen die Gegenstand der Teilnahmeanweisung sind unverzüglich zu sperren, im Einklang mit dem Verfahren wie nachfolgend unter „*Verfahren in Bezug auf das Clearingsystem*“ beschrieben.

Durch Übermittlung einer Teilnahmeanweisung gibt der Gläubiger bestimmte Zusicherungen ab. Wenn der Gläubiger (i) sich ordnungsgemäß auf der Abstimmungsplattform registriert und den Stimmrechtsvertreter angewiesen hat und (ii) rechtzeitig vor dem Ablauf der Anmeldefrist eine Teilnahmeanweisung eingereicht hat, gibt der Stimmrechtsvertreter während des Abstimmungszeitraums die Stimme im Namen des Gläubigers gemäß der Abstimmungsanweisung ab.

Für jeden Gläubiger muss eine separate Teilnahmeanweisung übermittelt werden. Die in diesem Abschnitt beschriebenen Bevollmächtigungen, Anweisungen und Veranlassungen müssen unwiderruflich sein (siehe nachfolgend unter „*Keine allgemeinen Widerrufsrechte*“).

Gläubiger, die eine Teilnahmeanweisung einreichen, müssen außerdem sicherstellen, dass CBL oder Euroclear den Handel mit denjenigen Schuldverschreibungen, die Gegenstand der Teilnahmeanweisung sind, in Übereinstimmung mit dem unten unter „*Verfahren in Bezug auf das Clearingsystem*“ beschriebenen Verfahren, sperren.

Nur Direkte Teilnehmer können Teilnahmeanweisungen an das maßgebliche Clearingsystem übermitteln.

Ein Gläubiger, der sich für die Abstimmung durch den Stimmrechtsvertreter entscheidet, erklärt, dass für den Fall, dass von einem Gläubiger ein Gegenantrag (wie nachstehend unter „*Ergänzungen der Gegenstände zur Beschlussfassung und Gegenanträge*“ definiert) eingereicht wird, der von der Emittentin unterstützt wird, seine vor Einreichung des Gegenantrags erteilte Abstimmungsanweisung entsprechend für einen solchen Gegenantrag ausgeübt werden soll.

Wenn ein Gegenantrag eingereicht wird, der nicht von der Emittentin unterstützt wird, haben die Gläubiger die Möglichkeit, entweder über die von der Emittentin vorgeschlagene Änderung der Anleihebedingungen oder über den Gegenantrag abzustimmen. Abstimmungsanweisungen, die vor der Einreichung des Gegenantrags in Bezug auf den Vorschlag der Emittentin zur Änderung der Anleihebedingungen erteilt wurden, bleiben gültig, sofern sie nicht vom Gläubiger widerrufen werden.

3.4.1 Gläubiger die keine Direkten Teilnehmer sind

Jeder Gläubiger, der kein Direkter Teilnehmer ist, muss dafür sorgen, dass der Direkte Teilnehmer, über den er die Schuldverschreibung hält, oder, dass der Treuhänder, Verwahrer, Vermittler oder die Person, die in ähnlicher Eigenschaft für den Gläubiger handelt, bei CBL oder Euroclear in seinem Namen vor Ablauf der Frist des jeweiligen Clearingsystems eine Teilnahmeanweisung an das betreffende Clearingsystem einreicht und diese vor Ablauf der Anmeldefrist bei dem Stimmrechtsvertreter eingeht. Gläubiger, die keine Direkten Teilnehmer sind, müssen ihre Depotbank anweisen, eine Teilnahmeanweisung in Bezug auf die Änderung einzureichen, die die betreffende Depotbank, die im Namen des Gläubigers handelt, anweist, den Stimmrechtsvertreter (oder seinen Bevollmächtigten) als Bevollmächtigten in Bezug auf die Schuldverschreibungen gemäß dieser Aufforderung zur Stimmabgabe und den Anleihebedingungen und der Teilnahmeanweisung zu ernennen, indem sie eine ordnungsgemäß ausgefüllte und gültige Teilnahmeanweisung gemäß den Anforderungen des betreffenden Clearingsystems an das betreffende Clearingsystem übermittelt oder für die Übermittlung einer solchen Teilnahmeanweisung an das jeweilige Clearingsystem sorgt.

3.4.2 Weitere Einzelheiten zur Teilnahmeanweisung

Der Erhalt einer Teilnahmeanweisung durch CBL oder Euroclear von einem Direkten Teilnehmer wird gemäß den Standardverfahren von CBL oder Euroclear bestätigt und führt zur Sperrung der betreffenden Schuldverschreibungen auf dem Konto des betreffenden Direkten Teilnehmers bei CBL oder Euroclear, so dass keine Übertragungen in Bezug auf solche Schuldverschreibungen vorgenommen werden können (siehe auch nachfolgend unter „*Verfahren in Bezug auf das Clearingsystem*“).

CBL oder Euroclear übermittelt die von den Direkten Teilnehmern, die entweder für sich selbst oder im Namen der Gläubiger handeln, erhaltene Teilnahmeanweisung elektronisch an den Stimmrechtsvertreter. Nach Erhalt einer solchen elektronischen Mitteilung von CBL oder Euroclear

prüft der Stimmrechtsvertreter, ob die Angaben bezüglich des Gläubigers mit den Angaben bezüglich des Gläubigers übereinstimmen, die der Gläubiger bei der Registrierung über die Abstimmungsplattform an den Stimmrechtsvertreter übermittelt hat. Wenn der Stimmrechtsvertreter nach pflichtgemäßem Ermessen feststellt, dass die Angaben übereinstimmen und dass er rechtsgültig angewiesen ist, im Namen des betreffenden Gläubigers abzustimmen, gibt der Stimmrechtsvertreter während des Abstimmungszeitraums die Stimmen im Namen des Gläubigers gemäß den in der Abstimmungsanweisung gemachten Angaben in Textform (über E-Mail) gegenüber der Abstimmungsleiterin ab. Die Abstimmungsleiterin ist nicht verpflichtet zu überprüfen, ob der Stellvertreter wirksam bevollmächtigt wurde.

Gläubiger können Teilnahmeanweisungen jederzeit vor Ablauf der Anmeldefrist übermitteln oder dies veranlassen.

Den Gläubigern wird empfohlen, sich bei einem Treuhänder, Verwahrer, Vermittler oder einer Person, die in ähnlicher Eigenschaft für den Gläubiger handelt, zu erkundigen, ob dieser Treuhänder, Verwahrer, Vermittler oder die Person, die in ähnlicher Eigenschaft für den Gläubiger handelt, vor Ablauf der Anmeldefrist Anweisungen zur Teilnahme an der Abstimmung erhalten muss. Die von jedem Clearingsystem festgesetzten Fristen für die Einreichung von Teilnahmeanweisungen können auch vor den entsprechenden Zeitpunkten und Fristen liegen, die in dieser Aufforderung zur Stimmabgabe angegeben sind.

3.4.3 Verfahren in Bezug auf das Clearingsystem

Ein Gläubiger erklärt sich bei der Übermittlung einer Teilnahmeanweisung oder bei der Veranlassung der Einreichung einer solchen Teilnahmeanweisung durch die Depotbank damit einverstanden, dass seine Schuldverschreibungen, die (i) auf dem jeweiligen Konto der jeweiligen Depotbank gehalten werden oder (ii) im jeweiligen Depot im jeweiligen Clearingsystem gehalten werden, ab dem Datum des Eingangs der betreffenden Anweisung bei der Depotbank gesperrt werden jeweils bis zum Datum, an dem (x) die betreffende Anweisung und/oder Teilnahmeanweisung rechtsgültig widerrufen wird, oder (y) die Ergebnisse der Abstimmung bekanntgegeben werden, je nachdem, welches Ereignis früher eintritt.

Mit Übermittlung der Teilnahmeanweisung veranlasst jeder Gläubiger, dass seine Schuldverschreibungen, die Gegenstand der Teilnahmeanweisung sind, auf seinem Depotkonto mit Wirkung ab dem Tag der Einreichung der Teilnahmeanweisung (einschließlich) gesperrt werden, so dass nach diesem Tag bis zu dem früheren der beiden folgenden Zeitpunkte keine Übertragungen dieser Schuldverschreibungen vorgenommen werden können: (i) der Tag, an dem die betreffende Teilnahmeanweisung wirksam widerrufen wird, oder (ii) der Tag der Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse nach Beschlussfassung. Die Schuldverschreibungen sollten in Übereinstimmung mit den Verfahren und den geforderten Fristen des jeweiligen Clearingsystems gesperrt werden. Der Stimmrechtsvertreter ist berechtigt, den Erhalt einer Teilnahmeanweisung als Bestätigung zu verstehen, dass die Schuldverschreibungen auf die vorgenannte Weise gesperrt worden sind. Der Stimmrechtsvertreter kann vom Clearingsystem eine schriftliche Bestätigung der Sperrung der Schuldverschreibungen mit Wirkung ab dem Datum der Einreichung der Teilnahmeanweisung verlangen. Falls das betreffende Clearingsystem eine solche Bestätigung nicht vorlegt, informiert der Stimmrechtsvertreter die Notarin per E-Mail. Die Notarin ist in diesem Fall berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Teilnahmeanweisung zurückzuweisen und sofern sie diese zurückweist, gilt die entsprechende Stimme als nicht abgegeben.

Direkte Teilnehmer an CBL oder Euroclear ermächtigen CBL oder Euroclear, ihre Identität gegenüber der Deutschen Bank Aktiengesellschaft als Solicitation Agent (der „**Solicitation Agent**“), dem Stimmrechtsvertreter, der Notarin und ihren jeweiligen Rechtsberatern nach Eingang der

Teilnahmeanweisung offenzulegen, solange diese Teilnahmeanweisung nicht gemäß den hierin enthaltenen Bestimmungen vor der Offenlegung widerrufen wurde.

3.4.4 Zusicherungen des Gläubigers

Durch Übermittlung (oder Veranlassung einer Übermittlung) einer Teilnahmeanweisung, sichert jeder Gläubiger gegenüber der Emittentin, dem Solicitation Agent, dem Stimmvertreter und der Abstimmungsleiterin zu, dass vom Datum der Übermittlung der Teilnahmeanweisung bis zum letzten Tag des Abstimmungszeitraums (einschließlich), d.h. bis zum 22. Dezember 2022, 24:00 Uhr (Frankfurter Zeit):

- diese Schuldverschreibungen zum Zeitpunkt der Einreichung der Teilnahmeanweisung von ihm oder in seinem Namen bei CBL oder Euroclear gehalten wurden und weiterhin gehalten werden; und
- diese Schuldverschreibungen in dem Wertpapierkonto, dem diese Schuldverschreibungen in dem betreffenden Clearing-System gutgeschrieben sind, gesperrt wurden (und gesperrt bleiben).

3.5 Abstimmung gegenüber der Abstimmungsleiterin

Zwar werden die Gläubiger aufgefordert, ihre Stimme über die Abstimmungsplattform abzugeben, alternativ können die Gläubiger ihre Stimme auch direkt gegenüber der Abstimmungsleiterin abgeben, entweder im eigenen Namen, durch einen Bevollmächtigten oder einen (eigenen) Stimmrechtsvertreter (mit Ausnahme von Kroll als Stimmrechtsvertreter).

Gläubiger können an der Abstimmung teilnehmen, indem sie ein Stimmformular, den Besonderen Nachweis und den Sperrvermerk in Textform (§ 126b BGB) in deutscher oder englischer Sprache an die Abstimmungsleiterin unter folgender Adresse übermitteln:

Notarin Karin Arnold

Adresse: Schlüterstraße 45
10707 Berlin
Germany

Fax : +49 30 214802268

E-Mail : db-2018-2025@arnold-anwaelte.de

Das Stimmformular der Besondere Nachweis und der Sperrvermerk müssen der Abstimmungsleiterin während des Abstimmungszeitraums zugehen.

Stimmen, die vor oder nach dem Abstimmungszeitraum bei der Abstimmungsleiterin eingehen, werden nicht berücksichtigt und sind wirkungslos.

Gläubiger werden gebeten, das Musterformular zur Stimmabgabe zu verwenden, das dieser Aufforderung zur Stimmabgabe als **Anlage 1** (in deutscher Sprache) beigefügt ist.

Der vom Gläubiger zu übermittelnde „**Besondere Nachweis**“ ist ein von der Depotbank des betreffenden Gläubigers ausgestellter besonderer Nachweis (§ 18 Absatz 4 Satz 1, Absatz 1, § 10 Absatz 3 Satz 2 SchVG), der (i) den vollständigen Namen und die vollständige Adresse des Gläubigers und (ii) den Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen angibt, der dem Depot des Gläubigers am Tag des Auszugs gutgeschrieben ist. Der „**Sperrvermerk**“ ist eine von der Depotbank ausgestellte Bestätigung, dass die betreffenden Schuldverschreibungen während des Zeitraums

vom Datum des Besonderen Nachweises bis zum letzten Tag (einschließlich) des Abstimmungszeitraums nicht übertragbar sind.

Zur Klarstellung, die Stimmabgabe direkt gegenüber der Abstimmungsleiterin setzt nicht voraus, dass von den Gläubigern neben den in diesem Unterabschnitt 3.5 genannten Erklärungen weitere Erklärungen, Zusicherungen oder Gewährleistungen abgegeben werden.

Jeder Gläubiger kann sich durch einen Bevollmächtigten oder Stimmrechtsvertreter vertreten lassen. Gläubiger, die sich durch einen Bevollmächtigten oder Stimmrechtsvertreter vertreten lassen möchten, werden gebeten, das dieser Aufforderung zur Stimmabgabe beigefügte Vollmachtsformular als **Anlage 2** (Formular Stimmrechtsvollmacht) zu verwenden. Die Vollmacht und alle Anweisungen, die der Vollmachtgeber dem Bevollmächtigten erteilt, müssen in Textform vorliegen. Die Notarin muss die Vollmacht (und der Besondere Nachweis und der Sperrvermerk) spätestens bis zum Ende des Abstimmungszeitraums in Textform erhalten. Soweit anwendbar, muss auch ein nach Ermessen der Notarin ausreichender Nachweis über die Vertretungsbefugnis des Vollmachtgebers spätestens bis zum Ende des Abstimmungszeitraums bei der Notarin eingehen.

Stimmen, die von einem Bevollmächtigten oder einem Stimmrechtsvertreter (mit Ausnahme von Kroll als Stimmrechtsvertreter) im Namen eines Gläubigers abgegeben werden, ohne dass bis zum Ende des Abstimmungszeitraums eine Vollmacht vorgelegt wird, können von der Notarin nicht berücksichtigt werden.

Werden Gläubiger durch gesetzliche Vertreter (z.B. ein Kind durch seine Eltern, ein Mündel durch seinen Vormund) oder durch einen Sachwalter (z.B. ein Insolvenzschuldner durch seinen Insolvenzverwalter) vertreten, so hat der gesetzliche Vertreter bzw. der Sachwalter neben dem Nachweis, dass die von ihm vertretene Person Schuldverschreibungsinhaber ist, seine gesetzliche Vertretungsbefugnis in geeigneter Form nachzuweisen (z.B. durch eine Kopie der Personenstandsunterlagen oder der Bestellungsurkunde). Der Nachweis der Vertretungsbefugnis ist keine Voraussetzung für die Teilnahme an der Stimmabgabe.

Gläubiger, die als Kapitalgesellschaft, Personengesellschaft oder sonstige juristische Person nach deutschem Recht (z.B. als Aktiengesellschaft, GmbH, Kommanditgesellschaft, offene Handelsgesellschaft, Unternehmergesellschaft oder Gesellschaft bürgerlichen Rechts) oder nach ausländischem Recht (z.B. eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach englischem Recht) organisiert sind, werden aufgefordert, sowohl die Vertretungsbefugnis ihrer gesetzlichen Vertreter bis zum Ende des Abstimmungszeitraums als auch die Inhaberstellung der von ihnen vertretenen juristischen Person oder Personengesellschaft in Bezug auf die Schuldverschreibungen nachzuweisen. Dies kann durch Vorlage eines aktuellen Auszuges aus dem entsprechenden Register (z.B. Handelsregister, Vereinsregister) oder durch eine andere, gleichwertige Bescheinigung erfolgen, wobei ein solcher Nachweis keine Voraussetzung für die Teilnahme an der Abstimmung ohne Versammlung ist. In keinem Fall ist der Vertretungsnachweis in beglaubigter bzw. überbeglaubigter Form vorzulegen. Erfolgt die Abstimmung eines Gläubigers über den Stimmrechtsvertreter obliegt der Notarin keine Prüfung des entsprechenden Vertretungsnachweises des Gläubigers.

3.6 Abstimmungsleitung

Alle Fragen in Bezug auf die Form von Dokumenten und deren Gültigkeit sowie Fragen zur Form, der Teilnahmeberechtigung (einschließlich des Zeitpunkts des Eingangs) und zur Annahme einer abgegebenen Stimme werden von der Abstimmungsleiterin entschieden, die vorbehaltlich des geltenden Rechts endgültig und verbindlich entscheidet.

3.7 Keine allgemeinen Widerrufsrechte

Alle Abstimmungsanweisungen und Teilnahmeanweisungen, die der Stimmrechtsvertreter erhält, und alle Stimmformulare, die die Abstimmungsleiterin erhält, können von den jeweiligen Gläubigern nach dem Beginn des Abstimmungszeitraums im Allgemeinen nicht widerrufen werden (es sei denn, es wird ein Gegenantrag eingereicht, der von der Emittentin nicht unterstützt wird). Ein Widerruf einer abgegebenen Stimme kann nach Zugang nur dann erfolgen, wenn vor Beginn des Abstimmungszeitraums ein wichtiger Grund vorliegt.

Wenn das Erforderliche Quorum bei der Abstimmung nicht erreicht wird, bleiben alle Teilnahmeanweisungen oder Abstimmungsanweisungen, die der Stimmrechtsvertreter erhalten hat, wirksam, solange sie nicht vom Gläubiger widerrufen werden.

4 Beschlussmehrheit und Wirksamkeit der Änderung der Anleihebedingungen

4.1 Beschluss der Änderung der Anleihebedingungen

§ 13 Absatz 2 der Anleihebedingungen i.V.m. § 5 Absatz 4 SchVG schreibt folgende Mehrheitserfordernisse vor: Die Gläubiger entscheiden mit einer Mehrheit von 75 % der an der Abstimmung teilnehmenden Stimmrechte. Beschlüsse, durch welche der wesentliche Inhalt der Anleihebedingungen nicht geändert wird und die keinen Gegenstand der § 5 Absatz 3 Nr. 1 bis Nr. 8 des SchVG betreffen, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit einer einfachen Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Stimmrechte. Der Beschluss zur Änderung der Anleihebedingungen erfordert die Zustimmung von mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen in Bezug auf die Schuldverschreibungen (die „**Erforderlichen Stimmen**“).

Damit eine Abstimmung rechtsgültig durchgeführt werden kann, ist es gemäß § 18 Absatz 1 in Verbindung mit § 15 Absatz 3 Satz 1 SchVG erforderlich, dass die an der Abstimmung Teilnehmenden Gläubiger mindestens 50 % des ausstehenden Gesamtnennbetrags der Schuldverschreibungen repräsentieren (das „**Erforderliche Quorum**“).

Die Emittentin wird die Abstimmungsergebnisse am nächsten Werktag nach dem Ende des Abstimmungszeitraums per Pressemitteilung und auf ihrer Website unter <https://investor-relations.db.com/creditors/creditor-information/news-corner> veröffentlichen. Die Ergebnisse werden ferner im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Für den Fall, dass die Abstimmung ohne Versammlung nicht beschlussfähig sein sollte, weist die Emittentin bereits jetzt darauf hin, dass beabsichtigt ist, erforderlichenfalls gemäß § 18 Absatz 4 Satz 2, § 15 Absatz 3 Satz 2 SchVG eine sog. zweite Versammlung zum Zwecke der erneuten Beschlussfassung einzuberufen. Eine solche zweite Versammlung wäre im Hinblick auf den Beschlussgegenstand bereits beschlussfähig, wenn die anwesenden Gläubiger wertmäßig mindestens 25 % des ausstehenden Gesamtnennbetrags der Schuldverschreibungen vertreten.

Abstimmungsanweisungen von Gläubigern, die gegenüber dem Stimmrechtsvertreter in Bezug auf die Abstimmung ohne Versammlung abgegeben werden, bleiben für die sog. zweite Versammlung gültig, sofern sie nicht nach dem Ende des Abstimmungszeitraums widerrufen werden. Alle Stimmen, die direkt gegenüber der Notarin abgegeben werden, müssen für die sog. zweite Versammlung erneut abgegeben werden.

4.2 Wirksamkeit der Änderung der Anleihebedingungen

Mit Erreichen des (a) Erforderlichen Quorums und (b) der Erforderlichen Stimmen tritt die Änderung der Anleihebedingungen in Kraft, sobald:

- (i) die gesetzliche Anfechtungsfrist nach dem SchVG abgelaufen ist (vorausgesetzt, dass zu diesem Zeitpunkt kein Anfechtungsverfahren in Bezug auf die Abstimmung anhängig ist) oder
- (ii) wenn ein Anfechtungsverfahren eingeleitet wurde, nach der Beendigung bzw. Einstellung eines solchen Verfahrens,
- (iii) und der Beschluss über die geänderten Anleihebedingungen bei der gemeinsamen Verwahrstelle (*common depositary*) für CBL und Euroclear hinterlegt und der Globalurkunde gemäß § 21 SchVG beigefügt wurde.

Wenn die Änderung der Anleihebedingungen in Kraft tritt, ist sie für alle Gläubiger verbindlich, unabhängig davon, ob ein Gläubiger dieser Änderung der Anleihebedingungen zugestimmt oder an der Abstimmung teilgenommen hat. Die Emittentin beabsichtigt, eine öffentliche Ankündigung und eine Veröffentlichung zu machen, sobald die Änderung der Anleihebedingungen in Kraft getreten ist.

Wenn eine der Implementierungsbedingungen (wie nachstehend definiert) nicht erfüllt ist, tritt die Änderung der Anleihebedingungen nicht in Kraft.

„**Implementierungsbedingungen**“ bezeichnet (i) das Erreichen des Erforderlichen Quorums, (ii) den Erhalt der Erforderlichen Stimmen, und (iii) den Ablauf der gesetzlichen Anfechtungsfrist nach dem SchVG, ohne dass innerhalb der gesetzlichen Anfechtungsfrist ein Anfechtungsverfahren eingeleitet wurde und falls ein Anfechtungsverfahren von einem Gläubiger eingeleitet wurde, nach der Beendigung bzw. Einstellung des Verfahrens.

5 Beendigung oder Änderungen der Abstimmung

Unbeschadet der übrigen Bestimmungen dieser Aufforderung zur Stimmabgabe behält sich die Emittentin das Recht vor, im Rahmen des anwendbaren Rechts und etwaiger vertraglicher Beschränkungen, vor Beginn des Abstimmungszeitraums nach eigenem Ermessen die Abstimmung aus irgendeinem Grund zu beenden. Die Emittentin wird eine solche Beendigung oder Änderung unverzüglich in einer öffentlichen Bekanntmachung bekannt geben und veröffentlichen.

Ohne die Art und Weise einzuschränken, in der die Emittentin die Beendigung der Aufforderung zu Stimmabgabe öffentlich anzukündigen wählt, ist die Emittentin nicht verpflichtet, eine solche Bekanntmachung zu veröffentlichen, zu bewerben oder anderweitig zu kommunizieren, außer durch rechtzeitige Bekanntmachung gegenüber den Inhabern unter Einhaltung der anwendbaren Bekanntmachungsvorgaben der Anleihebedingungen und des SchVG.

6 Ergänzungen der Gegenstände zur Beschlussfassung und Gegenanträge

Jeder Gläubiger ist berechtigt, zu den in dieser Aufforderung zur Stimmabgabe vorgeschlagenen Gegenständen der Beschlussfassung nach Maßgabe der Vorschriften des SchVG eigene Beschlussvorschläge zu unterbreiten (der „**Gegenantrag**“). Gegenanträge sollten so rechtzeitig gestellt werden, dass diese noch vor dem Beginn des Abstimmungszeitraums den Gläubigern zugänglich gemacht werden können. Die Emittentin wird etwaige ordnungsgemäß gestellte und rechtzeitig zugegangene Gegenanträge jedenfalls unverzüglich auf der Internetseite der Emittentin unter <https://investor-relations.db.com/creditors/creditor-information/news-corner> veröffentlichen.

Gläubiger, deren Schuldverschreibungen zusammen 5 % der ausstehenden Schuldverschreibungen erreichen, können nach Maßgabe der Vorschriften des SchVG verlangen, dass neue Gegenstände zur Beschlussfassung bekannt gemacht werden (das „**Ergänzungsverlangen**“). Die neuen Gegenstände müssen spätestens am dritten Tag vor Beginn

des Abstimmungszeitraums im Bundesanzeiger bekannt gemacht. Es sei darauf hingewiesen, dass im Bundesanzeiger zu veröffentlichende Dokumente regelmäßig mindestens zwei (je nach Umfang des Dokuments auch mehr) Publikationstage (d.h. Tage, an denen der Bundesanzeiger Veröffentlichungen einstellt) vor der Veröffentlichung an den Bundesanzeiger übermittelt werden müssen. Daher werden die Gläubiger gebeten, etwaige Ergänzungsverlangen spätestens am 9. Dezember 2022 mitzuteilen, sodass eine Veröffentlichung voraussichtlich am 15. Dezember 2022 erfolgen kann.

Gegenanträge und Ergänzungsverlangen sind vor Beginn des Abstimmungszeitraums in Textform (§ 126b BGB) an die Abstimmungsleiterin oder an die Emittentin unter den auf der hinteren Umschlagseite dieser Aufforderung zur Stimmabgabe angegebenen Kontaktdaten zu richten. Bei der Übermittlung eines Gegenantrags und/oder der Stellung eines Ergänzungsverlangens ist ein Nachweis über die Inhaberschaft an den Schuldverschreibungen durch Vorlage eines Besonderen Nachweises (dazu oben) zu erbringen. Bei einem Ergänzungsverlangen muss sich aus dem oder den vorgelegten Besonderen Nachweisen ferner ergeben, dass der oder die Gläubiger, der oder die beantragen einen weiteren Gegenstand zur Beschlussfassung zu stellen, (gemeinsam) 5 % der ausstehenden Schuldverschreibungen vertreten.

7 Anfechtungsrecht der Gläubiger

Nach dem SchVG hat jeder Gläubiger das gesetzliche Recht, jeden gefassten Beschluss der Gläubigerversammlung innerhalb eines Monats nach der Veröffentlichung desselben gemäß den Bestimmungen des SchVG anzufechten. Gemäß diesen Bestimmungen müssen die Inhaber, die an der Abstimmung teilgenommen haben, gegen das Abstimmungsergebnis innerhalb von zwei Wochen nach der Veröffentlichung der Beschlüsse schriftlich Einspruch erheben, um eine Anfechtungsklage beim zuständigen Gericht einreichen zu können. Die Anfechtung kann wegen Verletzung des Gesetzes oder der Anleihebedingungen erfolgen.

8 Anfragen zur Unterstützung

Anfragen zur Unterstützung beim Ausfertigen und Absenden von Stimmen oder anderen Dokumenten im Zusammenhang mit dieser Aufforderung zur Stimmabgabe sowie Ersuche um zusätzliche Kopien dieser Aufforderung zur Stimmabgabe oder anderer relevanter Dokumente können an den Stimmrechtsvertreter oder die Notarin unter den in dieser Aufforderung zur Stimmabgabe angegebenen Kontaktdaten gerichtet werden. Die Gläubiger können sich ebenfalls an ihre Makler, Händler, ihre Geschäftsbank, ihren Verwahrer oder jeden anderen wenden, um Hilfe bezüglich dieser Aufforderung zur Stimmabgabe zu erhalten.

Alle Fragen bezüglich der Form der Dokumente und deren Gültigkeit, der Form, Teilnahmeberechtigung und Anerkennung der Stimmen (einschließlich des Zeitpunkts des Eingangs) werden von der Notarin entschieden, wobei deren Entscheidung vorbehaltlich des anwendbaren Rechts endgültig und bindend ist.

Die Gläubiger sind für die Einhaltung sämtlicher Voraussetzungen für die Teilnahme am Abstimmungsverfahren verantwortlich. Weder die Emittentin noch der Solicitation Agent, der Stimmrechtsvertreter oder die Abstimmungsleiterin sind verpflichtet, die Gläubiger über eine etwaige Nichterfüllung der Voraussetzungen für die Teilnahme am Abstimmungsverfahren zu informieren.

9 Verbindlichkeit der deutschen Fassung

Ausschließlich die deutsche Fassung dieser Aufforderung zur Stimmabgabe ist rechtsverbindlich. Die englische Übersetzung dient lediglich der Information.

10 Disclaimer

Diese Aufforderung zur Stimmabgabe stellt weder (i) ein Kauf- oder Tauschangebot bzgl. der Schuldverschreibungen noch ein Verkaufsangebot oder eine Aufforderung zur Abgabe eines Kaufangebots bzgl. der Schuldverschreibungen noch (ii) ein Angebot, eine Aufforderung zu einem Angebot oder eine Aufforderung zur Abgabe eines Kaufangebots für in den Vereinigten Staaten von Amerika oder einer anderen Rechtsordnung zum Verkauf stehende Wertpapiere dar. Die Aufforderung zur Stimmabgabe gilt nicht in Rechtsordnungen, in denen es rechtswidrig ist, solche Aufforderungen zu machen bzw. zu erhalten bzw. entsprechende Stimmen abzugeben. Die Aufforderung zur Stimmabgabe erfolgt nicht an oder von einer Person, an oder von der es nach den geltenden Wertpapiergesetzen rechtswidrig ist, solche Aufforderungen zu machen oder zu erhalten bzw. entsprechende Stimmen abzugeben. Die Verbreitung dieser Aufforderung zur Stimmabgabe könnte rechtlichen Beschränkungen unterliegen. Personen, in deren Besitz diese Aufforderung zur Stimmabgabe gelangt, sollten sich über solche Beschränkungen informieren und sie beachten. Personen, die diese Aufforderung zur Stimmabgabe verbreiten, müssen sich davon überzeugen, dass dies rechtmäßig ist. Jede Nichteinhaltung derartiger Beschränkungen kann eine Verletzung der Wertpapiergesetze des jeweiligen Landes darstellen.

ERWARTETER ZEITPLAN

Die Gläubiger sollten die folgenden Eckdaten im Zusammenhang mit der Abstimmung ohne Versammlung zur Kenntnis nehmen. Die folgende Zusammenfassung der Eckdaten ist nicht abschließend und wird durch die übrigen Informationen in der Aufforderung zur Stimmabgabe ergänzt. Die nachstehenden Daten können sich gemäß der Bedingungen der Abstimmung ohne Versammlung ändern.

Ereignis

Datum und Uhrzeit

(Alle Zeiten sind Frankfurter Zeit)

Veröffentlichungsdatum

Voraussichtliches Datum der Veröffentlichung der Aufforderung zur Stimmabgabe im Rahmen der Abstimmung ohne Versammlung im Bundesanzeiger.

Voraussichtlich am 5. Dezember 2022

Anmeldefrist

Die Gläubiger, die durch den Stimmrechtsvertreter abstimmen, müssen sich bis zum Ablauf der Anmeldefrist auf der Abstimmungsplattform (<https://deals.is.kroll.com/db>) registrieren, um an der Abstimmung ohne Versammlung teilnehmen zu können. Bitte beachten Sie, dass Gläubiger, die ihre Stimme unmittelbar gegenüber der Abstimmungsleiterin abgeben, sich nicht registrieren müssen.

19. Dezember 2022, 23:59 Uhr
(Frankfurter Zeit)

Beginn des Abstimmungszeitraums

Beginn des Abstimmungszeitraums, in dem der Stimmrechtsvertreter gegenüber der Abstimmungsleiterin Stimmen abgibt und die Gläubiger Stimmen unmittelbar im eigenen Namen, über Stellvertreter oder einen anderen Stimmrechtsvertreter als Kroll gegenüber der Abstimmungsleiterin abgeben können. Stimmen, die die Abstimmungsleiterin vor dem Abstimmungszeitraum erhält, werden nicht berücksichtigt und sind ungültig.

20. Dezember 2022, 00:00 Uhr
(Frankfurter Zeit)

Ende des Abstimmungszeitraums

Ende des Abstimmungszeitraums, in dem der Stimmrechtsvertreter gegenüber der Abstimmungsleiterin Stimmen abgibt und die Gläubiger Stimmen unmittelbar im eigenen Namen, über Stellvertreter oder einen anderen Stimmrechtsvertreter als Kroll gegenüber der Abstimmungsleiterin abgeben können. Stimmen, die die Abstimmungsleiterin nach dem Abstimmungszeitraum erhält, werden nicht berücksichtigt und sind ungültig. Gläubiger, die ihre Stimme unmittelbar gegenüber der Abstimmungsleiterin abgeben möchten, müssen den Besonderen Nachweis und Sperrvermerk der Abstimmungsleiterin bis zum Ende des Abstimmungszeitraums übersenden, wobei es auf den Zugang bei der Abstimmungsleiterin ankommt.

22. Dezember 2022, 24:00 Uhr
(Frankfurter Zeit) (Ablauf des Tages)

Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmung ohne Versammlung

Erwartetes Datum der Veröffentlichung der Ergebnisse mittels Pressemitteilung. Erwartetes Datum der Veröffentlichung der Ergebnisse der Abstimmung ohne Versammlung im Bundesanzeiger.

So schnell wie möglich am 23. Dezember 2022 mittels Pressemitteilung und voraussichtlich am 28. Dezember 2022 im Bundesanzeiger

Ende der gesetzlichen Anfechtungsfrist

Der Zeitpunkt bis zu dem jeder Gläubiger nach dem SchVG zur Anfechtung des Beschlusses berechtigt ist.

Ein Monat nach der Veröffentlichung der Ergebnisse im Bundesanzeiger. Die Anfechtungsfrist wird voraussichtlich am 30. Januar 2023, 24:00 Uhr (Frankfurter Zeit) (Ablauf des Tages) ablaufen.

Beschluss-Wirksamkeitstag

Das Datum an dem die Änderung der Anleihebedingungen nach § 21 SchVG wirksam wird.

Die Emittentin wird die Umsetzung des Beschlusses so schnell wie praktisch möglich nach dem Ende gesetzlichen Anfechtungsfrist veranlassen, vorausgesetzt, dass keine Anfechtungsverfahren in Bezug auf die Abstimmung ohne Versammlung oder Änderung der Anleihebedingungen eingeleitet wurden) oder, wenn Anfechtungsverfahren eingeleitet wurden, nach Beendigung des Verfahrens.

Bekanntgabe der Wirksamkeit der Änderung der Anleihebedingungen

Das Datum an dem die Wirksamkeit der Änderung der Anleihebedingungen von der Emittentin bekanntgegeben wird.

So schnell wie praktisch möglich nach dem Beschluss-Wirksamkeitstag.

Die Emittentin kann, vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen und unter Einhaltung der Veröffentlichungspflichten, zu jeder Zeit vor Beginn des Abstimmungszeitraums nach freier Wahl und in eigenem Ermessen die Abstimmung ohne Versammlung beenden oder den vorstehenden Zeitplan (vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen) anpassen.

Den Gläubigern wird empfohlen, sich bei einem Beauftragten, Verwahrer, Vermittler oder einer Person, die in ähnlicher Eigenschaft für den Gläubiger handelt, zu erkundigen, ob dieser Beauftragte, Verwahrer, Vermittler oder diese Person, die in ähnlicher Eigenschaft für den Gläubiger handelt, den Erhalt von Anweisungen zur Teilnahme an der Abstimmung ohne Versammlung vor den in dieser Aufforderung zur Stimmabgabe festgelegten Fristen und innerhalb der in dieser Aufforderung zur Stimmabgabe angegebenen Zeiträume erfordert.

– ANLAGE 1: FORMULAR STIMMABGABE (GERMAN LANGUAGE) –

[Nur bei direkter Stimmabgabe über die Abstimmungsleiterin Karin Arnold zu verwenden]

An:

Karin Arnold, Notarin

Schlüterstraße 45

10707 Berlin

Deutschland

Fax: +49 30 214802268

E-Mail: db-2018-2025@arnold-anwaelte.de

[Datum einfügen]

Es wird auf die Aufforderung zur Stimmabgabe vom 1. Dezember 2022 der Deutsche Bank Aktiengesellschaft bezogen auf die USD 528.400.000 variabel verzinsliche Inhaberschuldverschreibungen von 2018/2025 (von denen derzeit USD 232.200.000 ausstehen) (die „**Aufforderung zur Stimmabgabe**“) sowie auf die Abstimmung ohne Versammlung, die von 00:00 Uhr (Frankfurter Zeit) am 20. Dezember 2022 bis 24:00 Uhr (Frankfurter Zeit) am 22. Dezember 2022 stattfinden wird, Bezug genommen.

FORMULAR ZUR STIMMABGABE (ISIN XS1788992870)

Die in der Aufforderung zur Stimmabgabe definierten Begriffe haben dieselbe Bedeutung, wenn sie in diesem Formular zur Stimmabgabe verwendet werden, es sei denn, ihnen wird in diesem Formular zur Stimmabgabe eine andere Bedeutung beigemessen.

1. Wichtige rechtliche Informationen:

Das ausgefüllte Formular zur Stimmabgabe zusammen mit einem Besonderen Nachweis und einem Sperrvermerk muss innerhalb des Abstimmungszeitraums (*Voting Period*), der um 00:00 Uhr (Frankfurter Zeit) am 20. Dezember 2022 beginnt und um 24:00 Uhr (Frankfurter Zeit) am 22. Dezember 2022 endet, in Textform (z.B. Post, Fax, E-Mail) bei der oben genannten Adresse der Abstimmungsleiterin eingehen.

Stimmen, die vor oder nach dem Abstimmungszeitraum bei der Abstimmungsleiterin eingehen, werden nicht berücksichtigt und sind wirkungslos.

Dieses Formular zur Stimmabgabe wird aktualisiert, falls ein oder mehrere Gegenanträge und/oder neue Gegenstände zur Beschlussfassung gestellt werden; ein aktualisiertes Formular wird unter <https://investor-relations.db.com/creditors/creditor-information/news-corner> zur Verfügung stehen.

2. Angaben zum Gläubiger:

(a) Name / Firma:

(b) Anschrift:

(c) Nennbetrag der vom Gläubiger gehaltenen Schuldverschreibungen (ISIN XS1788992870):

3. **Ausübung des Stimmrechts**

Gläubiger müssen eines der Kästchen bezüglich der vorgeschlagenen Änderungen ankreuzen.

Durch Ankreuzen gebe ich/geben wir meine/unsere Stimme in Bezug auf die von mir gehaltenen Schuldverschreibungen bezüglich der vorgeschlagenen Änderung, die in der Aufforderung zur Stimmabgabe beschrieben ist, wie folgt ab:

Ja

Nein

Enthaltung

Unterschrift

Name und Titel des Unterzeichnenden

Datum

– ANLAGE 2: FORMULAR STIMMRECHTSVOLLMACHT DEUTSCH/ENGLISCH –

POWER OF ATTORNEY

[To be submitted only in case of Voting directly to the Scrutineer Karin Arnold]

To:

Notarin Karin Arnold
Schlüterstraße 45
10707 Berlin
Germany

Reference is made to the Consent Solicitation Memorandum dated 1 December 2022 by Deutsche Bank Aktiengesellschaft regarding the USD 528,400,000 Floating Rate Notes of 2018/2025 (of which USD 232,200,000 are currently outstanding) (the “**Consent Solicitation Memorandum**”) and the Vote Without Meeting (*Abstimmung ohne Versammlung*) to be held from 00:00 a.m. (Frankfurt time) on 20 December 2022 until 24:00 (Frankfurt time) (end of the day) on 22 December 2022.

Terms defined in the Consent Solicitation Memorandum have the same meaning when used in this power of attorney unless given a different meaning herein.

POWER OF ATTORNEY

Issued by

Name:

Address:

As Holder of Notes (ISIN XS1788992870).

I/We authorise

STIMMRECHTSVOLLMACHT

[Nur bei direkter Stimmabgabe über die Abstimmungsleiterin Karin Arnold bei dieser vorzulegen]

An:

Notarin Karin Arnold
Schlüterstraße 45
10707 Berlin
Deutschland

Es wird auf die Aufforderung zur Stimmabgabe vom 1. Dezember 2022 der Deutsche Bank Aktiengesellschaft bezogen auf die USD 528.400.000 variabel verzinsliche Inhaberschuldverschreibungen von 2018/2025 (von denen derzeit USD 232.200.000 ausstehen) (die „**Aufforderung zur Stimmabgabe**“) sowie auf die Abstimmung ohne Versammlung, die von 00:00 Uhr (Frankfurter Zeit) am 20. Dezember 2022 bis 24:00 Uhr (Frankfurter Zeit) am 22. Dezember 2022 stattfinden wird, Bezug genommen.

Die in der Aufforderung zur Stimmabgabe definierten Begriffe haben dieselbe Bedeutung, wenn sie in diesem Formular zur Stimmabgabe verwendet werden, es sei denn, ihnen wird in diesem Formular zur Stimmabgabe eine andere Bedeutung beigemessen.

VOLLMACHT

erteilt durch

Name:

Anschrift:

Als Gläubiger von Schuldverschreibungen (ISIN XS1788992870).

Ich/Wir ermächtige(n) hiermit

.....
with address / seat at

.....
mit folgendem Wohnsitz / Geschäftssitz

.....
As representative

.....
als Stimmrechtsvertreter

to represent me/us in the voting without meeting with the right to delegate the power of attorney and to exercise my/our voting rights at the voting without meeting.

mit der Befugnis, mich/uns bei der Abstimmung ohne Versammlung zu vertreten, mit dem Recht, Untervollmacht zu erteilen und meine/unsere Stimmrechte auf der Abstimmung ohne Versammlung auszuüben.

The representative is released from the restrictions of Section 181 of the BGB.

Der Stimmrechtsvertreter ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

In case of doubt this power of attorney shall be interpreted extensively.

Im Zweifelsfall ist diese Vollmacht im weitest möglichen Umfang auszulegen.

This power of attorney is governed and construed in accordance with the laws of the Federal Republic of Germany.

Diese Vollmacht unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland und ist entsprechend auszulegen

.....
Signature

.....
Unterschrift

.....
Name and title of the signatory

.....
Name und Titel des Unterzeichnenden

.....
Date

.....
Datum

**INVITATION TO VOTE WITHOUT MEETING
(CONSENT SOLICITATION MEMORANDUM)**

DATED 1 DECEMBER 2022

**THIS DOCUMENT IS IMPORTANT AND REQUIRES IMMEDIATE ATTENTION.
NOT FOR DISTRIBUTION IN OR INTO OR TO ANY JURISDICTION WHERE IT IS UNLAWFUL
TO PUBLISH OR DISTRIBUTE THIS DOCUMENT.**



Invitation to vote without meeting / Consent Solicitation

(Abstimmung ohne Versammlung - Aufforderung zur Stimmabgabe)

by

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

(a public limited liability company (*Aktiengesellschaft*) incorporated under the laws of the Federal Republic of Germany with registered office in Frankfurt, Germany, registered with the commercial register of the Local Court of Frankfurt am Main under the commercial register number HRB 30 000, with business address at Taunusanlage 8, 60325 Frankfurt am Main, Germany)

(as "**Issuer**")

to the holders of the

**USD 528,400,000 Floating Rate Notes of 2018/2025
(of which USD 232,200,000 are currently outstanding)**
issued by the Issuer acting through its Singapore Branch

(ISIN XS1788992870 and Common Code 178899287)

(the "**Notes**")

to vote without a meeting (*Abstimmung ohne Versammlung*; the "**Voting**" and the votes cast in the Voting, the "**Votes**") on, and solicit their consent in respect of, the proposed amendment relating to the terms and conditions (the "**Terms and Conditions**") of the Notes, namely, to replace references to the USD LIBOR in the interest provisions (the "**Amendment**"),

during the voting period

from 00:00 a.m. (Frankfurt time) on 20 December 2022

until 24:00 (Frankfurt time) (end of the day) on 22 December 2022

(the "**Voting Period**")

subject to the terms and subject to the conditions set forth in this Consent Solicitation Memorandum.

The Voting will be conducted by notary public Karin Arnold who has been appointed by the Issuer for that purpose (the "**Scrutineer**").

Holders who wish to participate in the Voting through the Tabulation Agent are required to register prior to 19 December 2022, 23:59 (Frankfurt time) (the “Registration and Instruction Deadline”). For details on the registration process, the procedures for Voting and the prerequisites which must be met by Holders for participating in the Voting and exercising voting rights see “*Procedures For Participating In The Voting*” below.

HOLDERS SHOULD BE AWARE THAT CERTAIN ADDITIONAL FORMALITIES NEED TO BE FULFILLED PRIOR TO THE VOTING PERIOD IN ORDER TO VALIDLY PASS VOTES THROUGH THE TABULATION AGENT (IN ADDITION TO A TIMELY REGISTRATION). ALSO, IF THE HOLDERS WISH TO CAST VOTES DIRECTLY TO THE SCRUTINEER, CERTAIN FORMALITIES NEED TO BE FULFILLED BY THE END OF THE VOTING PERIOD. HOLDERS SHOULD THEREFORE CAREFULLY READ THIS CONSENT SOLICITATION MEMORANDUM AND THE VOTING PROCEDURES DESCRIBED HEREIN.

HOLDERS SHOULD INFORM THEMSELVES AND BE AWARE THAT THE DEADLINES SET BY ANY BROKER, CUSTODIAN, INTERMEDIARY, NOMINEE, OR PERSON ACTING IN A SIMILAR CAPACITY FOR THE HOLDER OR ANY CLEARING SYSTEM MAY BE EARLIER THAN THE ABOVE REGISTRATION AND INSTRUCTION DEADLINE. Holders are therefore advised to check with any nominee, custodian, intermediary or person acting in a similar capacity for the Holder whether such nominee, custodian, intermediary or person acting in a similar capacity for the Holder would require receipt of instructions to participate in the Voting before the deadlines and within the periods specified in this Consent Solicitation Memorandum.

If the Amendment becomes effective in respect of the Notes, each present and future Holder (as defined herein) of the Notes will be bound by such Amendment, whether or not such Holder consented to the Amendment or participated in the Voting. See “*The Consent Solicitation-Effectiveness of the Amendment*” for further information.

This Consent Solicitation Memorandum is only available subject to Section 4 et seqq. of the German Act on Debt Securities of 2009 (*Schuldverschreibungsgesetz*; “SchVG”).

This Consent Solicitation Memorandum is provided in the English language. A German language version of the Consent Solicitation Memorandum is provided under “*Aufforderung zur Stimmabgabe*” above.

Requests for assistance in completing and delivering Votes or any documents related to the Consent Solicitation and requests for additional copies of this Consent Solicitation Memorandum and other relevant documents may be directed to the Tabulation Agent at its contact details set forth on the back page of this Consent Solicitation Memorandum. Holders may also contact their broker, dealer, commercial bank, custodian, trust company or other nominee for assistance concerning the Consent Solicitation.

Solicitation Agent for the Consent Solicitation
Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Tabulation Agent for the Consent Solicitation
Kroll Issuer Services Limited

Scrutineer for the Consent Solicitation
Karin Arnold, notary public

Contents

Clause	Page
GENERAL	46
DEFINITIONS.....	48
SUMMARY OF THE CONSENT SOLICITATION	51
PROPOSED AMENDMENT TO THE TERMS AND CONDITIONS	57
EXPECTED TIMETABLE OF EVENTS	75
RISK FACTORS RELATED TO THE CONSENT SOLICITATION	77
THE CONSENT SOLICITATION.....	80
PROCEDURES FOR PARTICIPATING IN THE VOTING	88
TAX CONSEQUENCES	95
ADDITIONAL DOCUMENTS AVAILABLE	96
ANNEX 1 – STANDARD VOTING FORM (ENGLISH LANGUAGE) –	97
ANNEX 2 – FORM OF PROXY / MUSTER STIMMRECHTSVOLLMACHT –	99

GENERAL

The Issuer has prepared this Consent Solicitation Memorandum and accepts responsibility for the information contained in this Consent Solicitation Memorandum. To the best of the knowledge and belief of the Issuer (which has taken all reasonable care to ensure that such is the case), the information contained in this Consent Solicitation Memorandum is in accordance with the facts and does not omit anything likely to affect the import of such information.

The Issuer has appointed Deutsche Bank Aktiengesellschaft as consent Solicitation Agent and Kroll Issuer Services Limited as Tabulation Agent.

None of the Solicitation Agent, the Tabulation Agent or the Scrutineer (or their respective directors, officers, employees, affiliates or agents) makes any representation or recommendation whatsoever regarding this Consent Solicitation Memorandum or the Consent Solicitation, and none of the Issuer, the Solicitation Agent, the Tabulation Agent or the Scrutineer (or their respective directors, officers, employees, affiliates or agents) makes any recommendation as to whether Holders should vote on the proposed Amendment relating to the Terms and Conditions of the Notes. Holders are urged to evaluate carefully all information included in this Consent Solicitation Memorandum, consult with their own legal, investment and tax advisors and make their own decision whether to provide their consent to the Amendment. The Tabulation Agent is the agent of the Issuer and owes no duty to any Holder.

None of the Solicitation Agent, the Tabulation Agent or the Scrutineer (or their respective directors, officers, employees, affiliates or agents) assumes any responsibility for the accuracy or completeness of, any of the information concerning the Consent Solicitation, the Amendment, the Issuer, the Notes or the factual statements contained in, or the effect or effectiveness of, this Consent Solicitation Memorandum or any other documents referred to in this Consent Solicitation Memorandum or assumes any responsibility for any failure by the Issuer to disclose events that may have occurred and may affect the significance or accuracy of such information or the terms of any amendment to any Consent Solicitation.

Each Holder is solely responsible for making its own independent appraisal of all matters as such Holder deems appropriate (including those relating to the Consent Solicitation, this Consent Solicitation Memorandum and the Issuer), and each Holder must make its own decision as to whether to vote on the proposed Amendment relating to the Terms and Conditions of the Notes.

Accordingly, each person receiving this Consent Solicitation Memorandum acknowledges that such person has not relied upon the Issuer, the Solicitation Agent, the Tabulation Agent or the Scrutineer (or their respective directors, officers, employees, affiliates or agents) in connection with its decision as to whether to participate in the Vote. Each such person must make its own analysis and investigations regarding the Consent Solicitation, with particular reference to its own investment objectives and experience, and any other factors which may be relevant to it. If such person is in any doubt about any aspect of the Consent Solicitation and/or the action it should take, including in respect of any tax consequences, it should consult its professional advisers.

If the Amendment becomes effective (see "*The Consent Solicitation - Effectiveness of the Amendment*" below), it will be binding on all Holders of the Notes and their successors and transferees, whether or not such Holders consented to such Amendment or participated in the Voting. See "*Risk Factors Related to the Consent Solicitation - If the Amendment becomes effective, all Notes will be subject to the terms of, and each Holder of the Notes will be bound by, such Amendment*" below. The Issuer intends to make a public announcement as soon as reasonably

practicable after the Amendment has become effective. If any of the Conditions for Implementation (as defined herein) are not satisfied in respect of the Amendment, then the Amendment will not become effective.

Neither the delivery of this Consent Solicitation Memorandum nor the proposed Amendment relating to the respective Terms and Conditions of the Notes shall, under any circumstances, constitute a representation or create any implication that the information contained in this Consent Solicitation Memorandum is correct as of any time subsequent to the date of this Consent Solicitation Memorandum or that there has been no change in the affairs of the Issuer since the date of this Consent Solicitation Memorandum.

No person has been authorised to give any information or to make any representation about the Issuer or the Consent Solicitation other than those contained in this Consent Solicitation Memorandum and, if given or made, such information or representation must not be relied upon as having been authorised by the Issuer, the Solicitation Agent, the Tabulation Agent, the Scrutineer or any of their respective agents.

Requests for assistance in completing and delivering Votes, Consent Instructions (as defined herein) or documents or requests for additional copies of this Consent Solicitation Memorandum and other related documents may be directed to the Tabulation Agent at its contact details set forth on the back page of this Consent Solicitation Memorandum.

For a discussion of factors you should consider before you decide whether to consent to the Amendment, see *“Risk Factors Related to the Consent Solicitation”*.

This Consent Solicitation Memorandum does not constitute an offer to sell or a solicitation of an offer to purchase any securities of the Issuer. The Notes have not been and will not be registered under the Securities Act of 1933, as amended, (the **“Securities Act”**) or the securities laws of any state of the United States and may not be offered or sold within the United States or to, or for the account or benefit of, U.S. persons (as defined in Regulation S under the Securities Act), except pursuant to an exemption from, or in a transaction not subject to, the registration requirements of the Securities Act.

The Notes have not been approved or disapproved by the U.S. Securities and Exchange Commission or any state securities commission, nor has the U.S. Securities and Exchange Commission or any state securities commission passed upon the accuracy or adequacy of this Consent Solicitation Memorandum. Any representation to the contrary is a criminal offense. This Consent Solicitation Memorandum does not constitute an offer to participate in this solicitation or an offer of securities in any jurisdiction where such offer is not permitted.

This Consent Solicitation Memorandum may contain forward looking statements. These forward-looking statements are no guarantees of future performance. Rather, they are based on current views and assumptions and involve known and unknown risks, uncertainties and other factors, many of which are outside the control of the Issuer and are difficult to predict, that may cause actual results or developments to differ materially from any future results or developments expressed or implied by the forward-looking statements.

Only the German language *“Aufforderung zur Stimmabgabe”* is legally binding. This English language Consent Solicitation Memorandum is provided for information purposes only.

DEFINITIONS

In this Consent Solicitation Memorandum, the capitalised terms below shall have the following meaning:

“Adjustment Rate”	Spread adjustment proposed by the Issuer to compensate for the difference between the 3-month-USD LIBOR and Compounded Daily SOFR.
“Amendment”	The proposed amendment relating to the Terms and Conditions of the Notes, for further details see <i>“Rationale for the Consent Solicitation - Proposed Amendment to the Terms and Conditions”</i> .
“ARRC”	Alternative Reference Rates Committee.
“BGB”	The German Civil Code (<i>Bürgerliches Gesetzbuch</i>).
“Blocking Confirmation”	A confirmation issued by the Custodian stating that the respective Notes are not transferable during the period from the date of the Special Proof (inclusive) until the last day (inclusive) of the Voting Period.
“Business Day”	A day (other than Saturday or Sunday) on which commercial banks and foreign exchange markets settle payments in London.
“CBL”	Clearstream Banking S.A., Luxemburg.
“Clearing Systems”	Euroclear and CBL.
“Conditions for Implementation”	<ul style="list-style-type: none">(i) Participation of the Requisite Quorum;(ii) the receipt of the Requisite Consents to the Amendment; and(iii) the expiration of the statutory contestation period under the SchVG and the absence of any contestation proceeding with respect to the Consent Solicitation and/or such Amendment at such time, or if a contestation claim has been filed by a Holder, after the settlement or clearance (if applicable) of the contestation claim.
“Consent Instruction”	The electronic voting instruction to Vote and to block the relevant Notes in the Clearing Systems, given in such form as is specified by the Clearing Systems from time to time which Consent Instruction must be delivered through the relevant Clearing System by a Direct Participant in accordance with the procedures of the relevant Clearing System instructing the Tabulation Agent that the Vote attributable to the Notes which are the subject of such electronic Voting Instruction should be cast in a particular way in relation to the Amendment. The Consent Instruction must include the name and address of the beneficial owner of the Notes in addition to the Unique Identifier Reference.
“Consent Solicitation Memorandum”	This consent solicitation memorandum constituting an invitation to vote without a meeting pursuant to Section 18 SchVG.
“Consent Solicitation”	The invitation to vote without a meeting together with the consent solicitation.

“Custodian”	Any bank or other financial institution of recognized standing authorized to engage in securities custody business with which the Holder maintains a securities account in respect of the Notes and includes the Clearing System.
“Direct Participant”	Each person who is shown in the records of the Clearing Systems as a holder of Notes.
“Euroclear”	Euroclear Bank SA/NV.
“FCA”	The UK Financial Conduct Authority.
“Holder Details”	The full name and address of the Holder and the aggregate principal amount of Notes held by such Holder.
“Holder”	Any holder of a proportionate co-ownership or other beneficial interest or right in the Notes.
“IBA”	ICE Benchmark Administration.
“IOSCO”	International Organization of Securities Commissions.
“ISDA”	International Swaps and Derivatives Association.
“Issuer” or “Deutsche Bank”	Deutsche Bank Aktiengesellschaft, a public limited liability corporation (Aktiengesellschaft) established under the laws of the Federal Republic of Germany, registered with the Commercial Register (Handelsregister, Deutschland) of the Local Court of Frankfurt am Main under number HRB 30 000.
“Kroll”	Kroll Issuer Services Limited.
“LIBOR”	London interbank offered rate.
“Notes”	The USD 528,400,000 Floating Rate Notes of 2018/2025 (of which USD 232,200,000 are currently outstanding) (ISIN XS1788992870 and Common Code 178899287) issued by the Issuer acting through its Singapore Branch.
“Participating Holders”	Such Holders who have validly delivered a vote (yes, no or abstention) during the Voting Period.
“Registration and Instruction Deadline”	19 December 2022, 23:59 (Frankfurt time).
“Requisite Consents”	The consent of at least 75 % of the Votes cast in the Voting in respect of the Notes.
“Requisite Quorum”	The participation of Holders representing at least 50 % of the aggregate outstanding principal amount of the Notes.
“SchVG”	The German Act on Debt Securities of 2009 (<i>Schuldverschreibungsgesetz</i>).
“Scrutineer”	Karin Arnold, notary public.
“Securities Act”	United States Securities Act of 1933, as amended.
“SOFR”	Secured Overnight Financing Rate.

“Solicitation Agent”	Deutsche Bank Aktiengesellschaft.
“Special Proof”	A special proof in accordance with Section 18 para. 4 s. 1, para. 1, Section 10 para. 3 s. 2 SchVG issued in Text Form by the relevant Holder’s Custodian stating (i) the full name and address of the Holder and (ii) specifying the aggregate principal amount of the Notes credited to such Holder’s securities account on the date of such statement.
“Tabulation Agent”	Kroll Issuer Services Limited.
“Terms and Conditions”	The terms and conditions of the Notes.
“Text Form”	As defined in Section 126b of the BGB, being a readable declaration on a durable medium which is any medium that enables the recipient to retain or store the declaration included on the medium that is addressed to him personally such that it is accessible to him for a period of time adequate to its purpose, and that allows the unchanged reproduction of such information.
“Unique Identifier Reference”	The unique identifier reference obtained by Holders upon registration with the Voting Platform.
“Vote”	A vote of a Holder either for or against the Amendment or an abstention. Each Note in the amount of USD 200,000 shall count as one Vote.
“Votes”	The Votes cast in the Voting.
“Voting Form”	A document in Text Form, in the German or English language, setting out the Holder Details and the vote in favour of or against the proposed Amendment or the abstaining vote. Holders are requested to use the standard form for voting documents which is contained in this Consent Solicitation Memorandum in <u>Annex 1</u> (the “ Standard Voting Form ”).
“Voting Instruction”	The instruction from a Holder to the Tabulation Agent to vote in favour or against the relevant Amendment or to abstain from voting which is made upon registration on the Voting Platform.
“Voting Period”	The period commencing on 20 December 2022, 00:00 a.m. (Frankfurt time) and ending on 22 December 2022, 24:00 (Frankfurt time) (end of the day).
“Voting Platform”	https://deals.is.kroll.com/db
“Voting”	The vote without a meeting (<i>Abstimmung ohne Versammlung</i>) to be held with respect to the Amendment.

SUMMARY OF THE CONSENT SOLICITATION

This summary of the Consent Solicitation highlights information contained elsewhere in this Consent Solicitation Memorandum and does not contain all the information that may be important to Holders and it is qualified in its entirety by the remainder of this Consent Solicitation Memorandum. Holders should carefully read this Consent Solicitation Memorandum in its entirety.

1 Consent Solicitation / Invitation to vote without meeting (*Aufforderung zur Stimmabgabe in Abstimmung ohne Versammlung*)

On the terms and subject to the conditions set forth in this Consent Solicitation Memorandum, the Issuer hereby invites the Holders to vote without a meeting and solicits their consent in respect of the Amendment relating to the Terms and Conditions of the Notes during the Voting Period.

For further general information, see “*The Consent Solicitation*” below. For a discussion of factors each Holder should consider before deciding whether to consent to the Amendment, see “*Risk Factors Related to the Consent Solicitation*.”

2 Rationale for the Consent Solicitation

2.1 General Background

In July 2017, the UK Financial Conduct Authority (the “**FCA**”), which regulates the London interbank offered rate (“**LIBOR**”), announced¹ that it will no longer compel banks to submit rates for the calculation of the LIBOR benchmark after year-end 2021. In March 2021, the FCA confirmed that, consistent with its prior announcements, all CHF, EUR, GBP and JPY LIBOR settings and the one-week and two-month USD LIBOR settings will permanently cease to be provided by any administrator or will no longer be representative immediately after 31 December 2021. In addition, it confirmed that the remaining USD LIBOR settings will permanently cease to be provided by any administrator or will no longer be representative immediately after 30 June 2023.

On 5 March 2021, ICE Benchmark Administration (“**IBA**”), the administrator of the LIBOR, stated² that as a result of its not having access to input data necessary to calculate LIBOR settings on a representative basis beyond the intended cessation dates, it would have to cease publication of all 35 LIBOR settings immediately after the following dates:

- 31 December 2021: All sterling, euro, Swiss franc, and Japanese yen LIBOR settings; 1- week and 2-month USD LIBOR;
- 30 June 2023: Overnight and 1-, 3-, 6- and 12-month USD LIBOR

Since the initial announcement regarding the phase-out of the USD LIBOR, the Alternative Reference Rates Committee (“**ARRC**”), a group of private-market participants convened by the United States Federal Reserve Board and the Federal Reserve Bank of New York to help ensure a successful transition from USD LIBOR to a more robust reference rate, has published a number of reports and guiding principles concerning its recommendations for spread-adjusted fallbacks for contracts referencing the USD LIBOR. These recommendations reflect the results of several working groups which were established by the ARRC to understand the range of fallback language in existing contracts, to work with market participants to develop more robust fallback language, and

¹ <https://www.fca.org.uk/news/speeches/the-future-of-libor>

² <https://www.fca.org.uk/publication/documents/future-cessation-loss-representativeness-libor-benchmarks.pdf>

ultimately to publish the consensus recommendations on such language. The latest summary of the recommendations of the ARRC were published on 6 October 2021³.

In the assessment of the ARRC, the announcement by the FCA and IBA referred to above on future cessation and loss of representativeness of the LIBOR benchmarks constituted a “Benchmark Transition Event” with respect to all USD LIBOR settings.

In line with the recommendations of the Financial Stability Board and the Financial Stability Oversight Council, the ARRC was convened by the United States Federal Reserve Board and Federal Reserve Bank of New York, with support from the U.S. Treasury and the Commodity Futures Trading Commission, in order to identify a robust, International Organization of Securities Commissions (“IOSCO”) compliant alternative to the USD LIBOR. Following extensive consultations and discussions on potential candidates, the ARRC made its final recommendation that the replacement rates for the USD LIBOR should be based on the Secured Overnight Financing Rate (“SOFR”).

The ARRC’s second report published in 2018 noted that, regardless of what rate was chosen as a USD LIBOR alternative, there would need to be an adjustment for the difference between the USD LIBOR and the fallback rate. In recognizing the need for a transparent spread methodology that would be deemed fair by all counterparties and serve the procompetitive objectives identified by the United States Department of Justice, the ARRC solicited views from market participants on a variety of potential spread adjustment methodologies for cash products in early 2020.

The ARRC concluded its initial consultation on cash market spreads with a statement on 8 April 2020 that it’s recommended fallback spread adjustment methodology would be based on a historical median over a five-year lookback period, calculated as the difference between the USD LIBOR and SOFR. This methodology aligns with the fallback methodology in the documentation of the International Swaps and Derivatives Association (“ISDA”) for derivatives.

For purposes of clarity, on 6 May 2020, the ARRC released a supplemental consultation asking market participants to consider the option to use the same spread adjustment values that would be used for fallbacks in ISDA’s documentation across all of the different forms of SOFR fallback rates, rather than using the same adjustment methodology to calculate a different spread adjustment for each potential fallback rate. Based on the clear preference of respondents, the ARRC concluded its supplemental consultation with a statement that its recommended spread adjustments for commercial (non-consumer) cash products would match the spread adjustment values for fallbacks in ISDA’s documentation.

In March 2021, the ARRC announced its decision to select Refinitiv, an American-British provider of financial market data and infrastructure, as its recommended administrator to publish the recommended spread-adjusted rates.

2.2 Rationale for the Proposed Adjustment

The current Terms and Conditions of the Notes provide that the rate of interest for any interest period shall be calculated by reference to a reference rate, defined as the 3-month-USD LIBOR, plus a Margin of 1.30 per cent. *per annum*.

As described above, the 3-month-USD LIBOR will permanently cease to be provided by any administrator or will no longer be representative immediately after 30 June 2023.

³ <https://www.newyorkfed.org/medialibrary/Microsites/arrc/files/2021/spread-adjustments-narrative-oct-6-2021>

In the event that the relevant 3-month LIBOR rate is not published on the any interest determination date, the Issuer would be required under the “fallback provisions” in the current Terms and Conditions, to first obtain quotations for deposits in US dollar in the London interbank market in order to determine a reference rate on this basis. If such quotations cannot be obtained in the interbank market, the final level of the current fallback provisions would apply: the relevant floating rate used in the calculation of the relevant reference rate would be the floating rate determined in respect of the last preceding interest determination day. The Notes would thus effectively become fixed-rate instruments for the remainder of their term.

In accordance with the market standards at the time of issuance, the current Terms and Conditions of the Notes do not provide for a contractual mechanism to completely replace or substitute the applicable reference rate for purposes of calculating the applicable rate of interest.

In March 2022, the United States Congress enrolled the Adjustable Interest Rate (LIBOR) Act which was signed into law on 15 March 2022 (the "**LIBOR Act**"). The LIBOR Act provides a clear and uniform federal solution for transitioning legacy contracts that either lack or contain insufficient contractual provisions addressing the permanent cessation of LIBOR by providing for the transition from LIBOR to a replacement rate and avoiding related litigation. However, as the Notes are governed by German law and no equivalent law was passed in Germany, implementing corresponding amendments to the Terms and Conditions of the Notes will require the consent of the Holders.

In view of this, the Issuer is seeking the consent of the Holders to amend the Terms and Conditions to replace the USD LIBOR as reference rate used for calculation of the applicable rate of interest with Compounded Daily SOFR in accordance with the recommendations by the ARRC and in line with the approach taken in recent USD floating rate note issuances by Deutsche Bank.

Such change includes a number of amendments to provisions relating to the definitive determination of the applicable reference rate. For the avoidance of doubt, the Margin of 1.30 per cent. *per annum* will remain unchanged.

To compensate for the difference between the 3-month-USD LIBOR and Compounded Daily SOFR and in accordance with the recommendations by the ARRC, the Issuer is further proposing to add a spread adjustment (the "**Adjustment Rate**") to the relevant Compounded Daily SOFR. Such Adjustment Rate has been determined as 0.26161 per cent., being the rate calculated and published by Refinitiv in relation to the 3-month-USD LIBOR as at the time the trigger event occurred (in this case, 5 March 2021) and as specified on the Bloomberg screen "YUS0003M Index". The Adjustment Rate is fixed at such time and will not change thereafter.

In the event that the Amendment is implemented in respect of the Notes, the rate of interest for each relevant Interest Period in respect of the Notes would therefore be the aggregate of:

- (i) the applicable reference rate, i.e. Compounded Daily SOFR, on the relevant interest determination date;
- (ii) the Margin of 1.30 per cent. *per annum* (which remains unchanged); and
- (iii) the Adjustment Rate of 0.26161 per cent.

This amended interest provision would be applied from the first interest determination date following the effective date of the proposed resolution of the Holders.

Finally, the Issuer is proposing to include additional provisions in the Terms and Conditions to provide for a “fallback” mechanism and a reference rate replacement mechanism in case the new reference

rate (i.e. Compounded Daily SOFR) should become temporarily or permanently unavailable for purposes of calculating the applicable rate of interest of the Notes for any Interest Period.

3 The proposed Amendment

Please see “*Proposed Amendment to the Terms and Conditions*” below.

4 Summary of Voting Procedures

Pursuant to Section 13 para. 3 of the Terms and Conditions, resolutions of the Holders can be adopted by means of a vote without meeting (*Abstimmung ohne Versammlung*).

In accordance with Section 18 para. 2 SchVG, the Voting will be conducted by the Scrutineer, German notary public Karin Arnold, who has been appointed by the Issuer for that purpose. The Voting Period begins at 00:00 a.m. (Frankfurt time) on 20 December 2022 and expires at 24:00 (Frankfurt time) (end of the day) on 22 December 2022.

In order to participate in the Voting, Holders will need to follow certain procedures, as further described in “*Procedures for Participating in the Voting-Registration*”:

- (a) Holders wishing to cast their vote via the Tabulation Agent need to register on the Voting Platform (<https://deals.is.kroll.com/db>) and submit a Consent Instruction through the Clearing Systems, which includes the Unique Identifier Reference as obtained on the Voting Platform (see “*Voting through the Tabulation Agent*” in this section below) by no later than the Registration and Instruction Deadline (i.e. by 19 December 2022, 23:59 (Frankfurt time)).
- (b) Holders wishing to cast their votes directly to the Scrutineer need to send their Voting Form in the German or English language to the Scrutineer and must submit the Special Proof and Blocking Confirmation in Text Form to the Scrutineer by the end of the Voting Period (i.e. until 22 December 2022, 24:00 (Frankfurt time) (end of the day)). In this case a prior registration is not required.

4.1 Voting through the Tabulation Agent

For reasons of efficiency, Holders are requested to vote via the Tabulation Agent and submit, or arrange for submission of, a Consent Instruction to the Clearing Systems.

In order to vote through the Tabulation Agent as proxy (*Stellvertreter*), Holders must, by the Registration and Instruction Deadline (23:59 (Frankfurt time) on 19 December 2022), instruct the Tabulation Agent on the Voting Platform to vote in favour of or against the Amendment, or abstain from voting.

In addition, a Holder must, by the Registration and Instruction Deadline, submit (or procure the submission of) a Consent Instruction to the Clearing Systems, and procure that the Tabulation Agent receives such Consent Instruction via the Clearing Systems, by the Registration and Instruction Deadline.

If the Holder has (i) validly registered on the Voting Platform and instructed the Tabulation Agent and (ii) submitted a Consent Instruction in due time before the Registration and Instruction Deadline, the Tabulation Agent will cast the vote on behalf of the Holder as instructed in the Voting Instruction during the Voting Period (see “*Procedures for Participating in the Voting-Voting through the Tabulation Agent*”).

A Holder choosing to vote through the Tabulation Agent declares that in case a Countermotion (as defined in “*Countermotions and Requests for Additional Resolution Items*”) is submitted by a Holder

that is supported by the Issuer, any Voting Instructions submitted by a Holder prior to the submission of the Countermotion shall remain valid and will be cast by the Tabulation Agent in accordance with the Holder's voting instructions (yes, no or abstention) in relation to the Countermotion.

If a Countermotion is submitted that is not supported by the Issuer, Holders will be given the option to vote either on the Issuer's proposed Amendment or the Countermotion. Any Voting Instructions submitted in relation to the Issuer's proposed Amendment prior to the filing of the Countermotion will remain valid unless revoked by the Holder.

Please note that Holders who choose to vote through the Tabulation Agent agree to the additional terms of the Consent Solicitation that are set out under "*The Consent Solicitation-Additional Terms of the Consent Solicitation*" below.

4.2 Direct Voting to the Scrutineer

Holders who do not wish to vote through the Tabulation Agent as proxy may cast their votes either by acting as principal on their own behalf or by appointing a proxy, voting agent or other agent acting on their behalf (other than the Tabulation Agent) at the Voting by submitting a Special Proof and Blocking Confirmation and a Voting Form to the Scrutineer during the Voting Period.

For the avoidance of doubt, Holders who cast their votes directly to the Scrutineer are not bound by the additional terms of the Consent Solicitation that are set out under "*The Consent Solicitation-Additional Terms of the Consent Solicitation*" below.

It is each Holder's responsibility to ensure that the Scrutineer receives the Voting Form as well as the Blocking Confirmation and Special Proof within the Voting Period (see "*Procedures for Participating in the Voting-Direct Voting to the Scrutineer*").

4.3 Publication of results

The Issuer will publish the results of the Voting on the next Business Day following the end of the Voting Period via press release. The results will further be published in the Federal Gazette (*Bundesanzeiger*).

5 Summary of the rules regarding the Adoption and Effectiveness of the Amendment

5.1 Adoption of the Amendment

Adoption of the Amendment requires the consent of at least 75 % of the Votes cast in respect of the Notes (the "**Requisite Consents**"). In order to have a quorum to validly conduct a Voting, it is required pursuant to Section 18 para. 1 in conjunction with Section 15 para. 3 s. 1 SchVG that Holders representing at least 50 % of the aggregate outstanding principal amount of the Notes participate in the Voting (the "**Requisite Quorum**").

5.2 Effectiveness of the Amendment

If the Requisite Quorum and the Requisite Consents are obtained, the Amendment will become effective once:

- (i) the statutory contestation period under the SchVG has expired (provided that no contestation proceeding is outstanding with respect to the Consent Solicitation or such Amendment at such time) or
- (ii) if a contestation claim has been filed, after the settlement or clearance (if applicable) of such contestation claim,

and the resolution approving the amended Terms and Conditions have been filed with the common depository for CBL and Euroclear and attached to the global note in accordance with Section 21 SchVG. The Issuer will initiate the implementation of the resolution approving the Amendment as soon as practical after the fulfilment of the Conditions for Implementation.

If the Amendment becomes effective, it will be binding on all Holders and their successors and transferees, whether or not such Holders consented to such Amendment or participated in the Voting.

The Issuer intends to make a public announcement once the Amendment has become effective.

If any of the Conditions for Implementation are not satisfied, then the Amendment will not become effective.

PROPOSED AMENDMENT TO THE TERMS AND CONDITIONS

§ 3 of the Terms and Conditions currently reads as follows:

Legally binding German text of the Terms and Conditions
<p style="text-align: center;">§ 3 ZINSEN</p> <p>(1) <i>Zinsen.</i> Jede Schuldverschreibung wird ab dem 19. März 2018 (einschließlich) (der "Verzinsungsbeginn") wie nachstehend beschrieben verzinst. Die Verzinsung erfolgt in Bezug auf jede Zinsperiode.</p> <p>"Zinsperiode" bezeichnet den Zeitraum vom Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Zinszahltag (ausschließlich) und danach jeweils von einem Zinszahltag (einschließlich) bis zum darauffolgenden Zinszahltag (ausschließlich):.</p> <p>(2) <i>Zinszahltag.</i> Zinszahlungen erfolgen nachträglich am 19. März, 19. Juni, 19. September und 19. Dezember eines jeden Jahres, beginnend mit dem 19. Juni 2018, bis zum Fälligkeitstag (wie in § 5(1) definiert) (jeweils ein "Zinszahltag") (einschließlich).</p> <p>(3) <i>Zinsbetrag.</i> Der für eine Zinsperiode in Bezug auf die Festgelegte Stückelung zu zahlende Zinsbetrag (jeweils ein "Zinsbetrag") entspricht dem Produkt aus (a) der Festgelegten Stückelung, (b) dem Zinssatz und (c) dem Zinstagequotienten, wie jeweils für die betreffende Zinsperiode anwendbar, unter Rundung des Ergebnisses auf die nächste Untereinheit der Festgelegten Währung berechnet, wobei 0,5 einer Untereinheit aufgerundet wird.</p> <p>(4) <i>Zinssatz.</i> Der Zinssatz (der "Zinssatz") für jede Zinsperiode entspricht dem Referenzsatz zuzüglich 1,30 % <i>per annum</i> (die "Marge").</p> <p>(5) <i>Berechnungen und Feststellungen.</i> Soweit in diesem § 3 nicht etwas anderes bestimmt ist, werden sämtliche Berechnungen und Feststellungen, die nach diesem § 3 vorzunehmen sind, durch die Berechnungsstelle vorgenommen. Die Berechnungsstelle legt den Zinssatz an den für die Festlegung des Zinssatzes jeweils vorgesehenen Terminen oder so bald wie möglich danach fest.</p> <p>(6) <i>Mitteilungen von Zinssatz und Zinsbetrag.</i> Die Berechnungsstelle wird veranlassen, dass der Zinssatz und jeder Zinsbetrag für eine jede Zinsperiode der Emittentin und den Gläubigern der Schuldverschreibungen gemäß § 12 und, sofern die Vorschriften einer Börse, an der die Schuldverschreibungen zu dem betreffenden Zeitpunkt zum Handel zugelassen sind, dies verlangen, der betreffenden Börse so bald wie möglich nach der Feststellung, keinesfalls aber später als am vierten Geschäftstag nach der Feststellung mitgeteilt werden. Im Fall einer Verlängerung oder Verkürzung der Zinsperiode können der mitgeteilte Zinsbetrag ohne Vorankündigung nachträglich abgeändert (oder andere geeignete Anpassungsregelungen getroffen) werden. Jede solche Änderung wird jeder Börse, an der die Schuldverschreibungen zu dem betreffenden Zeitpunkt zum Handel zugelassen sind, und den Gläubigern der Schuldverschreibungen gemäß § 12 mitgeteilt.</p> <p>(7) <i>Verbindlichkeit der Feststellungen.</i> Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Feststellungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Berechnungsstelle für die Zwecke dieses § 3 vorgenommen, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Emittentin, den Fiscal Agent, die Zahlstellen und die Gläubiger der Schuldverschreibungen bindend.</p> <p>(8) <i>Auflaufende Zinsen.</i> Der Zinslauf der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Tag vorangeht, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden, es sei denn, die Rückzahlung wird unberechtigterweise vorenthalten oder verweigert. Zahlt die Emittentin die Schuldverschreibungen nicht bei Fälligkeit zurück, wird der ausstehende Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen weiter verzinst, und zwar ab dem Tag, an dem die Schuldverschreibungen zur Rückzahlung fällig werden, (einschließlich) bis zum Ablauf des Tages, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen vorangeht (ausschließlich), wobei der gesetzliche Verzugszinssatz Anwendung findet (der</p>

gesetzliche Verzugszinssatz beträgt fünf Prozentpunkte über dem von der Deutschen Bundesbank jeweils veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Abs. 1, 247 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB); der gesetzliche Verzugszinssatz schließt darüber hinausgehende Schadensersatzansprüche nicht aus).

- (10) *Zinstagequotient*. "**Zinstagequotient**" bezeichnet in Bezug auf die Berechnung eines Zinsbetrags für einen beliebigen Zeitraum (der "**Zinsberechnungszeitraum**"): die tatsächliche Anzahl der Tage in dem Zinsberechnungszeitraum geteilt durch 360.
- (11) *Begriffsbestimmungen*. Für die Zwecke dieser Bedingungen gelten folgende Begriffsbestimmungen:

"**Geschäftstag**" bezeichnet einen Tag (außer Samstag oder Sonntag), an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte Zahlungen in Frankfurt, Singapur, London and New York abwickeln und für den allgemeinen Geschäftsverkehr geöffnet sind (einschließlich des Handels mit Devisen und Fremdwährungseinlagen).

"**Festgelegte Endfälligkeit**" bezeichnet 3 Monate, Uhrzeit: 11:00 Uhr London Ortszeit.

"**Zinsfestlegungstag**" bezeichnet den zweiten Geschäftstag vor Beginn der jeweiligen Zinsperiode.

Der "**Referenzsatz**" entspricht dem Angebotssatz (ausgedrückt als Prozentsatz *per annum*) für Einlagen in der Festgelegten Währung mit einer Laufzeit bis zur Festgelegten Endfälligkeit (ein "**Variabler Zinssatz**"), der um 11.00 Uhr (Londoner Ortszeit) am Zinsfestlegungstag auf der Bildschirmseite angezeigt wird (3-Monats-LIBOR).

"**Bildschirmseite**" bezeichnet Reuters Bildschirmseite LIBOR01 oder die jeweilige Nachfolgesseite des betreffenden Dienstes oder eines anderen Dienstes, der zum Zweck der Anzeige des maßgeblichen Satzes bzw. Kurses als Informationsanbieter benannt wird.

Sollte die betreffende Bildschirmseite nicht zur Verfügung stehen oder wird zu dem betreffenden Zeitpunkt kein Angebotssatz angezeigt, wird die Berechnungsstelle nach Rücksprache mit der Emittentin von den Referenzbanken (wie nachstehend definiert) deren jeweilige Angebotssätze (jeweils als Prozentsatz *per annum* ausgedrückt) für Einlagen in der Festgelegten Währung mit einer Laufzeit bis zur Festgelegten Endfälligkeit und über einen repräsentativen Betrag gegenüber führenden Banken im Londoner Interbankenmarkt um ca. 11.00 Uhr (Londoner Ortszeit) an dem betreffenden Zinsfestlegungstag einholen. Falls zwei oder mehr Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennen, ist der betreffende Variable Zinssatz für die betreffende Zinsperiode das arithmetische Mittel (falls erforderlich, auf- oder abgerundet auf das nächste Hunderttausendstel Prozent, wobei 0,000005 aufgerundet wird) dieser Angebotssätze, wobei alle Feststellungen durch die Berechnungsstelle erfolgen.

Falls an dem betreffenden Zinsfestlegungstag nur eine oder keine der ausgewählten Referenzbanken der Berechnungsstelle die im vorstehenden Absatz beschriebenen Angebotssätze nennt, ist der betreffende Variable Zinssatz für die betreffende Zinsperiode der Satz *per annum*, den die Berechnungsstelle als das arithmetische Mittel (falls erforderlich, auf- oder abgerundet auf das nächste Hunderttausendstel Prozent, wobei 0,000005 aufgerundet wird) der Sätze ermittelt, die von der Berechnungsstelle nach Rücksprache mit der Emittentin nach Treu und Glauben ausgewählte Großbanken im Londoner Interbankenmarkt um ca. 11.00 Uhr (Londoner Ortszeit) der Berechnungsstelle auf ihre Anfrage, nach Rücksprache mit der Emittentin, als den jeweiligen Satz nennen, zu dem sie um 11.00 Uhr (Londoner Ortszeit) am betreffenden Zinsfestlegungstag Darlehen in der Festgelegten Währung mit einer Laufzeit bis zur Festgelegten Endfälligkeit und über einen repräsentativen Betrag gegenüber führenden europäischen Banken anbieten, wobei in dem Fall, dass der Variable Zinssatz nicht nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen in diesem Absatz ermittelt werden kann, der in Bezug auf den unmittelbar vorausgehenden Zinsfestlegungstag ermittelte Variable Zinssatz als maßgeblicher Variabler Zinssatz zur Berechnung des betreffenden Referenzsatzes verwendet wird.

"**Referenzbanken**" sind vier Großbanken im Londoner Interbankenmarkt, die von der Berechnungsstelle nach Rücksprache mit der Emittentin ausgewählt werden.

"**Londoner Geschäftstag**" bezeichnet einen Tag, an dem die Geschäftsbanken in London Zahlungen abwickeln und für den allgemeinen Geschäftsverkehr (einschließlich des Handels mit Devisen und Fremdwährungseinlagen) geöffnet sind.

English text of the Terms and Conditions (convenience translation)

**§ 3
INTEREST**

- (1) *Interest.* Each Security bears interest from (and including) 19 March 2018 (the "**Interest Commencement Date**") calculated as provided below. Interest will accrue in respect of each Interest Period.

"**Interest Period**" means the period from (and including) the Interest Commencement Date to (but excluding) the first Interest Payment Date and thereafter from (and including) each Interest Payment Date to (but excluding) the next following Interest Payment Date.

- (2) *Interest Payment Dates.* Interest will be payable in arrear on 19 March, 19 June, 19 September and 19 December in each year, commencing on 19 June 2018, up to (and including) the Maturity Date (as defined in § 5(1)) (each such date, an "**Interest Payment Date**").
- (3) *Interest Amount.* The amount of interest (each an "**Interest Amount**") payable in respect of the Specified Denomination for an Interest Period shall be an amount equal to the product of (a) the Specified Denomination, (b) the Rate of Interest and (c) the Day Count Fraction, in each case for such Interest Period, such amount to be rounded to the nearest sub-unit of the Specified Currency, with 0.5 of a sub-unit being rounded upwards.
- (4) *Rate of Interest.* The rate of interest (the "**Rate of Interest**") for each Interest Period shall be the Reference Rate plus 1.30 per cent. *per annum* (the "**Margin**").
- (5) *Calculations and Determinations.* Unless otherwise specified in this § 3, all calculations and determinations made pursuant to this § 3 shall be made by the Calculation Agent. The Calculation Agent will, on or as soon as practicable after each time at which the Rate of Interest is to be determined, determine the Rate of Interest.
- (6) *Notification of Rate of Interest and Interest Amount.* The Calculation Agent will cause the Rate of Interest and each Interest Amount for each Interest Period to be notified to the Issuer, the Paying Agent and to the Securityholders in accordance with § 12 and if required by the rules of any stock exchange on which the Securities are from time to time admitted to trading, to such stock exchange, as soon as possible after their determination, but in no event later than the fourth Business Day thereafter. Each Interest Amount so notified may subsequently be amended (or appropriate alternative arrangements made by way of adjustment) without notice in the event of an extension or shortening of the Interest Period. Any such amendment will be promptly notified to any stock exchange on which the Securities are then admitted to trading and to the Securityholders in accordance with § 12.
- (7) *Determinations Binding.* All certificates, communications, opinions, determinations, calculations, quotations and decisions given, expressed, made or obtained for the purposes of the provisions of this § 3 by the Calculation Agent shall (in the absence of manifest error) be binding on the Issuer, the Fiscal Agent, the Paying Agents and the Securityholders.
- (8) *Accrual of Interest.* The Securities shall cease to bear interest from the expiry of the day preceding the day on which they are due for redemption, unless redemption is improperly withheld or refused. If the Issuer shall fail to redeem the Securities when due, interest shall continue to accrue on the outstanding aggregate principal amount of the Securities from (and including) the due date for redemption to (but excluding) the expiry of the day preceding the day of the actual redemption of the Securities at the default rate of interest established by law (the default rate of interest established by law is five percentage points above the basic rate of interest published by Deutsche Bundesbank from time to time, §§ 288(1), 247

German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch*) and does not preclude claims for damages if these are higher).

(10) *Day Count Fraction*. "**Day Count Fraction**" means, in respect of the calculation of an amount of interest for any period of time (the "**Accrual Period**"): the actual number of days in the Accrual Period divided by 360.

(11) *Definitions*. For the purposes of these Conditions the following definitions apply:

"**Business Day**" means a day (other than Saturday or Sunday) on which commercial banks and foreign exchange markets settle payments in Frankfurt, Singapore, London and New York and are open for general business (including dealings in foreign exchange and foreign currency deposits).

"**Designated Maturity**" means 3 months, time: 11:00 a.m. London time.

"**Interest Determination Day**" means the second Business Day prior to the commencement of the relevant Interest Period.

The "**Reference Rate**" is the offered quotation (expressed as a percentage rate *per annum*) for deposits in the Specified Currency for the Designated Maturity (a "**Floating Rate**") which appears on the Screen Page as of 11:00 a.m. (London time) on the Interest Determination Day (3-months USD-LIBOR).

"**Screen Page**" means Reuters screen page LIBOR01 or the relevant successor page on that service or on any other service as may be nominated as the information vendor for the purposes of displaying the relevant quotation or rate.

If the relevant Screen Page is not available or if no such quotation appears as at such time, the Calculation Agent shall, after consultation with the Issuer, request each of the Reference Banks (as defined below) to provide the Calculation Agent with its offered quotation (expressed as a percentage rate *per annum*) for deposits in the Specified Currency for the Designated Maturity and in a representative amount to prime banks in the London interbank market at approximately 11:00 a.m. (London time) on the relevant Interest Determination Day. If two or more of the Reference Banks provide the Calculation Agent with such offered quotations, the relevant Floating Rate for the relevant Interest Period shall be the arithmetic mean (rounded if necessary to the nearest one hundred-thousandth of a percentage point, with 0.000005 being rounded upwards) of such offered quotations, all as determined by the Calculation Agent.

If on the relevant Interest Determination Day only one or none of the selected Reference Banks provides the Calculation Agent with such offered quotations as provided in the preceding paragraph, the relevant Floating Rate for the relevant Interest Period shall be the rate *per annum* which the Calculation Agent determines as being the arithmetic mean (rounded if necessary to the nearest one hundred-thousandth of a percentage point, with 0.000005 being rounded upwards) of the rates, as communicated to (and at the request of, after consultation with the Issuer) the Calculation Agent by major banks in the London interbank market, selected by the Calculation Agent, after consultation with the Issuer, acting in good faith, at which such banks offer, as at 11:00 a.m. (London time) on the relevant Interest Determination Day, loans in the Specified Currency for the Designated Maturity and in a representative amount to leading European banks, provided that, if a Floating Rate cannot be determined in accordance with the foregoing provisions of this paragraph, the relevant Floating Rate used in the calculation of the relevant Reference Rate shall be the Floating Rate determined in respect of the last preceding Interest Determination Day.

"**Reference Banks**" means four major banks in the London interbank market, as selected by the Calculation Agent after consultation with the Issuer.

"**London Business Day**" means any day on which commercial banks are open for general business (including dealings in foreign exchange and foreign currency) in London.

The Issuer submits the following resolution proposal to the Holders and puts it to a vote.

The Holders resolve as follows:

The Terms and Conditions of the Notes are amended as follows:

§ 3 of the Terms and Conditions of the Notes is amended as follows:
Legally binding German text of the Terms and Conditions
§ 3 ZINSEN
<p>(1) <i>Zinsen.</i> Jede Schuldverschreibung wird ab dem 19. March 2018 (einschließlich) (der "Verzinsungsbeginn") wie nachstehend beschrieben verzinst. Die Verzinsung erfolgt in Bezug auf jede Zinsperiode.</p> <p>"Zinsperiode" bezeichnet den Zeitraum vom Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Zinszahltag (ausschließlich) und danach jeweils von einem Zinszahltag (einschließlich) bis zum darauffolgenden Zinszahltag (ausschließlich):.</p>
<p>(2) <i>Zinszahltag.</i> Zinszahlungen erfolgen nachträglich am on 19. März, 19. Juni, 19. September und 19. Dezember eines jeden Jahres, beginnend mit dem 19. Juni 2018, bis zum Fälligkeitstag (wie in § 5(1) definiert) (jeweils ein "Zinszahltag") (einschließlich).</p>
<p>(3) <i>Zinsbetrag.</i> Der für eine Zinsperiode in Bezug auf die Festgelegte Stückelung zu zahlende Zinsbetrag (jeweils ein "Zinsbetrag") entspricht dem Produkt aus (a) der Festgelegten Stückelung, (b) dem Zinssatz und (c) dem Zinstagequotienten, wie jeweils für die betreffende Zinsperiode anwendbar, unter Rundung des Ergebnisses auf die nächste Untereinheit der Festgelegten Währung berechnet, wobei 0,5 einer Untereinheit aufgerundet wird.</p>
<p>(4) <i>Zinssatz.</i> Der Zinssatz (der "Zinssatz") für jede Zinsperiode entspricht der Summe aus dem Referenzsatz (ausgedrückt als Prozentsatz <i>per annum</i>) und 1,30 % <i>per annum</i> (die "Marge") und einem Anpassungssatz in Höhe von 0,26161 % <i>per annum</i> (der "Anpassungssatz").</p>
<p>(5) <i>Berechnungen und Feststellungen.</i> Soweit in diesem § 3 nicht etwas anderes bestimmt ist, werden sämtliche Berechnungen und Feststellungen, die nach diesem § 3 vorzunehmen sind, durch die Berechnungsstelle vorgenommen. Die Berechnungsstelle legt den Zinssatz an den für die Festlegung des Zinssatzes jeweils vorgesehenen Terminen oder so bald wie möglich danach fest.</p>
<p>(6) <i>Mitteilungen von Zinssatz und Zinsbetrag.</i> Die Berechnungsstelle wird veranlassen, dass der Zinssatz und jeder Zinsbetrag für eine jede Zinsperiode der Emittentin und den Gläubigern der Schuldverschreibungen gemäß § 12 (<i>Mitteilungen</i>) und, sofern die Vorschriften einer Börse, an der die Schuldverschreibungen zu dem betreffenden Zeitpunkt zum Handel zugelassen sind, dies verlangen, der betreffenden Börse so bald wie möglich nach der Feststellung, keinesfalls aber später als am vierten Geschäftstag nach der Feststellung mitgeteilt werden. Im Fall einer Verlängerung oder Verkürzung der Zinsperiode können der mitgeteilte Zinsbetrag oder der Zinssatz ohne Vorankündigung nachträglich abgeändert (oder andere geeignete Anpassungsregelungen getroffen) werden. Jede solche Änderung wird jeder Börse, an der die Schuldverschreibungen zu dem betreffenden Zeitpunkt zum Handel zugelassen sind, und den Gläubigern der Schuldverschreibungen gemäß § 12 (<i>Mitteilungen</i>) mitgeteilt.</p>
<p>(7) <i>Verbindlichkeit der Feststellungen.</i> Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Feststellungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Berechnungsstelle für die Zwecke dieses § 3 vorgenommen, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Emittentin, den Fiscal Agent, die Zahlstellen und die Gläubiger der Schuldverschreibungen bindend.</p>

- (8) *Auflaufende Zinsen*. Der Zinslauf der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Tag vorangeht, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden, es sei denn, die Rückzahlung wird unberechtigterweise vorenthalten oder verweigert. Zahlt die Emittentin die Schuldverschreibungen nicht bei Fälligkeit zurück, wird der ausstehende Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen weiter verzinst, und zwar ab dem Tag, an dem die Schuldverschreibungen zur Rückzahlung fällig werden, (einschließlich) bis zum Ablauf des Tages, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen vorangeht (ausschließlich), wobei der gesetzliche Verzugszinssatz Anwendung findet (der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt fünf Prozentpunkte über dem von der Deutschen Bundesbank jeweils veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Abs. 1, 247 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB); der gesetzliche Verzugszinssatz schließt darüber hinausgehende Schadensersatzansprüche nicht aus).
- (10) *Zinstagequotient*. "**Zinstagequotient**" bezeichnet in Bezug auf die Berechnung eines Zinsbetrags für einen beliebigen Zeitraum (der "**Zinsberechnungszeitraum**"): die tatsächliche Anzahl der Tage in dem Zinsberechnungszeitraum geteilt durch 360.
- (11) *Begriffsbestimmungen*. Für die Zwecke dieser Bedingungen gelten folgende Begriffsbestimmungen:

Der "**Referenzsatz**" entspricht dem Compounded Daily SOFR.

"**Beobachtungszeitraum**" bezeichnet in Bezug auf eine Zinsberechnungsperiode den Zeitraum ab dem Tag (einschließlich), der fünf Geschäftstage für US-Staatsanleihen vor dem ersten Tag der betreffenden Zinsberechnungsperiode liegt, bis zu dem Tag (ausschließlich), der fünf Geschäftstage für US-Staatsanleihen vor (i) (im Falle einer Zinsperiode) dem Zinszahltag für diese Zinsperiode oder (ii) (im Falle jeder anderen Zinsberechnungsperiode) dem Tag, an dem die betreffende Zinszahlung fällig wird, liegt (ein jeder solcher Tag ein "**Beobachtungszeitraumendtag**").

"**Compounded Daily SOFR**" bezeichnet in Bezug auf eine Zinsberechnungsperiode den nach der Zinseszinsformel berechneten Renditesatz einer Tagesgeldanlage (*rate of return of a daily compound interest investment*) (mit dem Tageszinssatz "Secured Overnight Financing Rate" als Referenzsatz für die Zinsberechnung) während des der betreffenden Zinsberechnungsperiode zugehörigen Beobachtungszeitraums, wie von der Berechnungsstelle am maßgeblichen Zinsfestlegungstag gemäß der folgenden Formel berechnet (hierbei wird der ermittelte Prozentsatz erforderlichenfalls auf das nächste Hunderttausendstel eines Prozentpunkts gerundet, wobei 0,000005 auf 0,00001 aufgerundet wird):

$$\left[\prod_{i=1}^{d_0} \left(1 + \frac{SOFR_i \times n_i}{360} \right) - 1 \right] \times \frac{360}{d}$$

Hierbei gilt:

"**d**" bezeichnet die Anzahl der Kalendertage in dem betreffenden Beobachtungszeitraum.

"**d₀**" bezeichnet in Bezug auf eine Zinsberechnungsperiode die Anzahl der Geschäftstage für US-Staatsanleihen in dem betreffenden Beobachtungszeitraum.

"**i**" bezeichnet eine Reihe ganzer Zahlen von eins bis d₀, wobei jede Zahl für den betreffenden Geschäftstag für US-Staatsanleihen in chronologischer Reihenfolge ab dem ersten Geschäftstag für US-Staatsanleihen (einschließlich) in dem betreffenden Beobachtungszeitraum steht.

"**n_i**" bezeichnet die Anzahl der Kalendertage während des betreffenden Beobachtungszeitraums ab dem Geschäftstag für US-Staatsanleihen "i" (einschließlich) bis zum folgenden Geschäftstag für US-Staatsanleihen "i + 1" (ausschließlich).

"SOFR_i" bezeichnet in Bezug auf einen Geschäftstag für US-Staatsanleihen "i" innerhalb des maßgeblichen Beobachtungszeitraums einen Referenzsatz der SOFR für diesen Tag entspricht.

"**Geschäftstag für US-Staatsanleihen**" bezeichnet jeden Kalendertag außer Samstag, Sonntag oder einem Kalendertag, an dem die SIFMA (oder deren Nachfolger) empfiehlt, die Rentenhandelsabteilungen ihrer Mitglieder für den ganzen Kalendertag für den Handel mit US-Staatsanleihen zu schließen.

"**SIFMA**" bezeichnet die US-amerikanische Securities Industry and Financial Markets Association oder einen ihrer Nachfolger.

"**SOFR**" oder "**Secured Overnight Financing Rate**" bezeichnet, in Bezug auf einen Geschäftstag für US-Staatsanleihen,

- (i) den Tageszinssatz für besicherte Über-Nacht-Finanzierungen (*Secured Overnight Financing Rate*) wie von der Federal Reserve Bank of New York als Administrator dieses Satzes (oder einem SOFR-Nachfolgesatz-Administrator) um oder gegen 17.00 Uhr (New Yorker Ortszeit) am nächstfolgenden Geschäftstag für US-Staatsanleihen auf der SOFR-Bildschirmseite veröffentlicht; oder
- (ii) falls SOFR in Bezug auf den maßgeblichen Geschäftstag für US-Staatsanleihen nicht auf der SOFR-Bildschirmseite veröffentlicht wird (und auch nicht auf andere Weise veröffentlicht worden ist), sofern nicht sowohl ein Referenzwert-Übergangsereignis als auch der damit verbundene Referenzwert-Ersetzungsstichtag eingetreten sind, den Tageszinssatz für besicherte Über-Nacht-Finanzierungen (*Secured Overnight Financing Rate*) in Bezug auf den letzten Geschäftstag für US-Staatsanleihen, für den ein solcher Satz auf der SOFR-Bildschirmseite veröffentlicht wurde.

"**SOFR-Administrator**" bezeichnet die Federal Reserve Bank of New York.

"**SOFR-Bildschirmseite**" bezeichnet (i) die Internetseite der Federal Reserve Bank of New York (derzeit unter <http://www.newyorkfed.org>) oder eine Nachfolge-Internetseite bzw. eine andere Quelle, wo der SOFR vom SOFR-Administrator oder in dessen Namen veröffentlicht wird, oder (ii) eine andere zum Zwecke der Anzeige des SOFR vom SOFR-Administrator bzw. dem betreffenden Nachfolge-Administrator benannte Bildschirmseite. Eine solche Nachfolge-Internetseite oder andere Bildschirmseite wird den Gläubigern von der Emittentin gemäß § 12 (*Mitteilungen*) mitgeteilt.

"**Zinsberechnungsperiode**" bezeichnet (i) jede Zinsperiode und (ii) (gegebenenfalls) jeden anderen Zeitraum, in Bezug auf den Zinsen zu berechnen sind, d.h. den Zeitraum ab dem ersten Tag (einschließlich) des betreffenden Zeitraums bis zu dem Tag (ausschließlich), an dem die betreffende Zinszahlung fällig wird (wobei es sich hierbei, falls ein Gläubiger seine Schuldverschreibungen gemäß § 12 (*Mitteilungen*) kündigt und deren sofortige Tilgung verlangt, um den Tag der Rückzahlung (ausschließlich) handelt).

"**Zinsfestlegungstag**" bezeichnet den Geschäftstag für US-Staatsanleihen nach dem Beobachtungszeitraumendtag.

- (12) (A) *Festlegung des SOFR-Ersatzzinssatzes*. Falls SOFR in Bezug auf den maßgeblichen Geschäftstag für US-Staatsanleihen nicht auf der SOFR-Bildschirmseite veröffentlicht wird (und auch nicht auf andere Weise veröffentlicht worden ist), dann entspricht, falls sowohl ein Referenzwert-Übergangsereignis als auch der damit verbundene Referenzwert-Ersetzungsstichtag eingetreten sind, SOFR der ersten in der nachstehenden Reihenfolge genannten Alternative, die die Emittentin nach Treu und Glauben und in wirtschaftlich vernünftiger Weise festzulegen imstande ist:

- (i) der Summe aus: (a) dem alternativen Zinssatz, der von der Maßgeblichen Staatlichen Stelle als Ersatz für den dann aktuellen Referenzwert für die maßgebliche

Entsprechende Laufzeit ausgewählt oder empfohlen wurde und (b) den Referenzwert-Anpassungen; oder

- (ii) der Summe aus: (a) dem SOFR ISDA Ersatzzinssatz und (b) den Referenzwert-Anpassungen.

Für die Zwecke dieses § 3 (12)(A) gelten folgende Begriffsbestimmungen:

"Entsprechende Laufzeit" bezeichnet in Bezug auf einen Referenzwert-Ersatz eine Laufzeit (einschließlich Über-Nacht), die (ohne Berücksichtigung einer Geschäftstaganpassung) ungefähr dieselbe Länge wie die anwendbare Laufzeit für den dann aktuellen Referenzwert hat.

"Maßgebliche Staatliche Stelle" bezeichnet das Federal Reserve Board oder anderenfalls die New York Federal Reserve oder anderenfalls einen vom Federal Reserve Board offiziell bestätigten oder einberufenen Ausschuss oder anderenfalls die Federal Reserve Bank of New York oder deren Nachfolger.

"Referenzwert" bezeichnet den Tageszinssatz für besicherte Über-Nacht-Finanzierungen (*Secured Overnight Financing Rate*); wobei, falls ein Referenzwert-Übergangereignis und der damit verbundene Referenzwert-Ersetzungsstichtag in Bezug auf SOFR oder den dann aktuellen Referenzwert eingetreten sind, "Referenzwert" den anwendbaren Referenzwert-Ersatz bezeichnet.

"Referenzwert-Ersatz" bezeichnet die in der in vorstehender Ziffer (y) aufgeführten Reihenfolge erstgenannte Alternative, die die Emittentin nach Treu und Glauben und in wirtschaftlich vernünftiger Weise zum Referenzwert-Ersetzungsstichtag festzulegen imstande ist. Im Rahmen der Durchführung eines Referenzwert-Ersatzes ist die Emittentin berechtigt, von Zeit zu Zeit Referenzwert-Ersatz-Folgeanpassungen vorzunehmen.

"Referenzwert-Ersatz-Anpassungen" bezeichnet die in der nachstehend aufgeführten Reihenfolge erstgenannte Alternative, die die Emittentin nach Treu und Glauben und in wirtschaftlich vernünftiger Weise zum Referenzwert-Ersetzungsstichtag festzulegen imstande ist:

- (1) die Spread-Anpassung (die einen positiven oder negativen Wert haben oder null sein kann) oder das Verfahren zur Berechnung oder Festsetzung einer solchen Spread-Anpassung, die von der Maßgeblichen Staatlichen Stelle für den anwendbaren Unangepassten Referenzwert-Ersatz ausgewählt oder empfohlen wurde; oder
- (2) falls der anwendbare Unangepasste Referenzwert-Ersatz dem SOFR ISDA Ersatzzinssatz entspricht, die ISDA-Ersatzanpassung.

"Referenzwert-Ersatz-Folgeanpassungen" bezeichnet in Bezug auf einen Referenzwert-Ersatz jedwede technischen, administrativen oder operativen Anpassungen (einschließlich Änderungen der Definitionen von "Zinsperiode", "Zinsfestlegungstag" und "Beobachtungszeitraum" sowie Änderungen in Bezug auf den Zeitpunkt und die Häufigkeit der Feststellung von Sätzen und der Leistung von Zinszahlungen und andere administrative Angelegenheiten), die nach billigem Ermessen der Emittentin angemessen sind, um der Übernahme eines solchen Referenzwert-Ersatzes in einer Weise Rechnung zu tragen, die im Wesentlichen den Marktgepflogenheiten entspricht (oder, falls die Emittentin nach ihrem billigen Ermessen entscheidet, dass (i) die Übernahme eines Teils solcher Marktgepflogenheiten verwaltungstechnisch nicht durchführbar ist oder (ii) für die Anwendung eines Referenzwert-Ersatzes keine Marktgepflogenheiten existieren, auf eine andere Weise, die die Emittentin billigerweise für erforderlich erachtet).

"Referenzwert-Ersetzungsstichtag" bezeichnet das am frühesten eintretende der folgenden Ereignisse in Bezug auf den dann aktuellen Referenzwert:

- (1) im Falle von Ziffer (1) oder (2) der Definition von "Referenzwert-Übergangereignis" (a) das Datum der öffentlichen Erklärung oder Veröffentlichung von Informationen, auf die in der öffentlichen Erklärung Bezug genommen wird, und (b) das Datum, an dem der Administrator des Referenzwerts die Bereitstellung des Referenzwerts dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit einstellt, wobei das später eintretende Datum maßgeblich ist; oder
- (2) im Falle von Ziffer (3) der Definition von "Referenzwert-Übergangereignis" das Datum der öffentlichen Erklärung oder Veröffentlichung von Informationen, auf die in der öffentlichen Erklärung Bezug genommen wird.

Zur Klarstellung: falls das Ereignis, das den Referenzwert-Ersetzungsstichtag auslöst, am selben Tag wie – jedoch zu einem früheren Zeitpunkt als – der Referenzzeitpunkt in Bezug auf eine Feststellung eintritt, gilt der Referenzwert-Ersetzungsstichtag als vor dem Referenzzeitpunkt für eine solche Feststellung eingetreten.

"Referenzwert-Übergangereignis" bezeichnet den Eintritt eines oder mehrerer der folgenden Ereignisse in Bezug auf den dann aktuellen Referenzwert:

- (1) eine öffentliche Erklärung oder Veröffentlichung von Informationen durch den oder im Auftrag des Administrators des Referenzwerts dahingehend, dass dieser Administrator die Bereitstellung des Referenzwerts dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit eingestellt hat oder einstellen wird, sofern es zum Zeitpunkt der Erklärung oder Veröffentlichung keinen Nachfolge-Administrator gibt, der die Bereitstellung des Referenzwerts fortsetzen wird;
- (2) eine öffentliche Erklärung oder Veröffentlichung von Informationen durch die für den Administrator des Referenzwerts zuständige Aufsichtsbehörde oder anderenfalls die Zentralbank für die dem Referenzwert zugrunde liegende Währung oder anderenfalls einen für den Administrator des Referenzwerts zuständigen Insolvenzverwalter oder anderenfalls eine für den Administrator des Referenzwerts zuständige Abwicklungsbehörde oder anderenfalls ein Gericht oder eine Stelle mit ähnlicher Zuständigkeit im Falle der Insolvenz oder Abwicklung des Administrators des Referenzwerts dahingehend, dass der Administrator des Referenzwerts die Bereitstellung des Referenzwerts dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit eingestellt hat oder einstellen wird, sofern es zum Zeitpunkt der Erklärung oder Veröffentlichung keinen Nachfolge-Administrator gibt, der die Bereitstellung des Referenzwerts fortsetzen wird; oder
- (3) eine öffentliche Erklärung oder Veröffentlichung von Informationen durch die für den Administrator des Referenzwerts zuständige Aufsichtsbehörde dahingehend, dass der Referenzwert nicht länger repräsentativ ist.

"Referenzzeitpunkt" in Bezug auf eine Festlegung des Referenzwerts bezeichnet den von der Emittentin nach Treu und Glauben und in wirtschaftlich vernünftiger Weise gemäß den Referenzwert-Ersatz-Folgeanpassungen festgelegten Zeitpunkt.

"SOFR ISDA-Ersatzzinssatz" bezeichnet den im Folgenden gemäß Unterabschnitt (B) Festlegung des SOFR ISDA-Ersatzzinssatzes festgelegten Zinssatz.

"Unangepasster Referenzwert-Ersatz" bezeichnet den Referenzwert-Ersatz ohne Referenzwert-Ersatz-Anpassungen.

- (B) *Festlegung des SOFR ISDA-Ersatzzinssatzes.* Falls SOFR wie in diesem Unterabschnitt (B) dargelegt festgelegt wird, so berechnet die Berechnungsstelle den SOFR ab dem ersten Geschäftstag für US-Staatsanleihen (einschließlich) innerhalb des maßgeblichen Beobachtungszeitraums, ab dem der SOFR nicht mehr verfügbar ist, als wären Bezugnahmen auf den SOFR Bezugnahmen auf den Satz (der "**SOFR-Nachfolgesatz**"), der der Berechnungsstelle und den Gläubigern (im Fall einer Mitteilung gegenüber den Gläubigern durch Veröffentlichung gemäß § 12 (*Mitteilungen*)) von der Emittentin als

derjenige Satz mitgeteilt wurde, der vom Federal Reserve Board oder anderenfalls von der Federal Reserve Bank of New York oder anderenfalls von einem vom Federal Reserve Board oder anderenfalls von der Federal Reserve Bank of New York für den Zweck der Empfehlung eines Ersatzes für den Tageszinssatz für besicherte Über-Nacht-Finanzierungen (*Secured Overnight Financing Rate*) offiziell bestätigten oder einberufenen Ausschuss als Ersatz für den Tageszinssatz für besicherte Über-Nacht-Finanzierungen (*Secured Overnight Financing Rate*) empfohlen wurde (wobei dieser Satz von der Federal Reserve Bank of New York oder anderenfalls von einem anderen ernannten Administrator (zusammen der "**SOFR-Nachfolgesatz-Administrator**") erstellt werden kann und ferner Anpassungen oder Auf- bzw. Abschläge enthalten kann, die gemäß der Feststellung des SOFR-Nachfolgesatz-Administrators auf den SOFR-Nachfolgesatz angewendet werden müssen, um einen etwaigen wirtschaftlichen Nachteil bzw. Vorteil für Gläubiger infolge der Ersetzung des Tageszinssatzes für besicherte Über-Nacht-Finanzierungen (*Secured Overnight Financing Rate*) durch den SOFR-Nachfolgesatz zu verringern oder zu beseitigen (wie der Berechnungsstelle und den Gläubigern (im Fall einer Mitteilung gegenüber den Gläubigern durch Veröffentlichung gemäß § 12 (*Mitteilungen*)) jeweils von der Emittentin mitgeteilt)).

Wenn:

- (x) bis zum Referenzwert-Ersetzungsstichtag (einschließlich) kein solcher SOFR-Nachfolgesatz empfohlen wurde (wie der Berechnungsstelle von der Emittentin mitgeteilt), so berechnet die Berechnungsstelle die *Secured Overnight Financing Rate* ab dem ersten Geschäftstag für US-Staatsanleihen (einschließlich) innerhalb des maßgeblichen Beobachtungszeitraums, ab dem der SOFR nicht mehr verfügbar ist, als wären (i) Bezugnahmen auf die *Secured Overnight Financing Rate* oder SOFR Bezugnahmen auf den OBFR, (ii) Bezugnahmen auf Geschäftstage für US-Staatsanleihen Bezugnahmen auf New Yorker Bankarbeitstage, (iii) Bezugnahmen auf ein Referenzwert-Übergangsereignis Bezugnahmen auf ein OBFR-Index-Einstellungsereignis, (iv) Bezugnahmen auf den SOFR-Nachfolgesatz-Administrator Bezugnahmen auf den OBFR-Nachfolge-Administrator, (v) Bezugnahmen auf den SOFR-Nachfolgesatz Bezugnahmen auf einen OBFR-Nachfolgesatz und (vi) Bezugnahmen auf den Referenzwert-Ersetzungsstichtag Bezugnahmen auf den OBFR-Index-Einstellungsstichtag (wobei die Emittentin den Gläubigern die Anwendung des OBFR durch Veröffentlichung gemäß § 12 (*Mitteilungen*) mitteilt); oder
- (y) bis zum Referenzwert-Ersetzungsstichtag (einschließlich) kein solcher SOFR-Nachfolgesatz empfohlen wurde und ein OBFR-Index-Einstellungsereignis eingetreten ist (wie der Berechnungsstelle und den Gläubigern (im Fall einer Mitteilung gegenüber den Gläubigern durch Veröffentlichung gemäß § 12 (*Mitteilungen*)) jeweils von der Emittentin mitgeteilt), so berechnet die Berechnungsstelle die *Secured Overnight Financing Rate* ab dem ersten Geschäftstag für US-Staatsanleihen (einschließlich) innerhalb des maßgeblichen Beobachtungszeitraums, ab dem der SOFR nicht mehr verfügbar ist, als wären (i) Bezugnahmen auf die *Secured Overnight Financing Rate* oder SOFR Bezugnahmen auf den FOMC-Zielsatz, (ii) Bezugnahmen auf Geschäftstage für US-Staatsanleihen Bezugnahmen auf New Yorker Bankarbeitstage und (iii) Bezugnahmen auf die SOFR-Bildschirmseite Bezugnahmen auf die Internetseite der Federal Reserve (wobei die Emittentin den Gläubigern die Anwendung des FOMC-Zielsatzes durch Veröffentlichung gemäß § 12 (*Mitteilungen*) mitteilt).

Kann der Zinssatz nicht anderweitig gemäß den Bestimmungen dieser Bedingungen in Bezug auf eine Zinsberechnungsperiode ermittelt werden, entspricht der Zinssatz für die betreffende Zinsberechnungsperiode (i) dem von der Berechnungsstelle berechneten Zinssatz für die Zinsberechnungsperiode, in der der Referenzwert-Ersetzungsstichtag sowie das OBFR-Index-Einstellungsereignis eingetreten sind und kein FOMC-Zielsatz verfügbar ist, (die "**Einstellungs-Zinsberechnungsperiode**") durch Anwendung des Tageszinssatzes für besicherte Über-Nacht-Finanzierungen (*Secured Overnight Financing Rate*) des letzten

Geschäftstags für US-Staatsanleihen in der betreffenden Einstellungs-Zinsperiode, an dem dieser Satz auf der SOFR-Bildschirmseite veröffentlicht wurde (wie der Berechnungsstelle und den Gläubigern (im Fall einer Mitteilung gegenüber den Gläubigern durch Veröffentlichung gemäß § 12 (*Mitteilungen*)) jeweils von der Emittentin mitgeteilt) auf jeden folgenden Geschäftstag für US-Staatsanleihen, für den weder SOFR noch OBFR oder der FOMC-Zielsatz verfügbar sind, (ii) für jede auf die Einstellungs-Zinsberechnungsperiode folgende Zinsberechnungsperiode dem an dem Zinsfestlegungstag für die Einstellungs-Zinsberechnungsperiode festgelegten Zinssatz.

Für die Zwecke dieses § 3 (12)(B) gelten folgende Begriffsbestimmungen:

"FOMC-Zielsatz" (FOMC Target Rate) bezeichnet den vom US-Federal Open Market Committee (dem Offenmarktausschuss des US-amerikanischen Federal Reserve System) festgesetzten und auf der Internetseite der Federal Reserve veröffentlichten Ziel-Zinssatz für kurzfristige Zinsen oder, wenn das US-Federal Open Market Committee keinen Einzel-Satz vorsieht, den Mittelwert des vom US-Federal Open Market Committee festgesetzten und auf der Internetseite der Federal Reserve veröffentlichten Ziel-Zinskorridors für kurzfristige Zinsen (berechnet als arithmetisches Mittel der Ober- und Untergrenze des Ziel-Zinskorridors, erforderlichenfalls auf zwei Dezimalstellen gerundet, wobei 0,005 aufgerundet wird).

"New Yorker Bankarbeitstag" bezeichnet jeden Tag, an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte Zahlungen abwickeln und für den allgemeinen Geschäftsverkehr (einschließlich des Handels in Devisen und Fremdwährungseinlagen) in New York City geöffnet sind.

"OBFR" bezeichnet den Tageszinssatz "Overnight Bank Funding Rate", der von der Federal Reserve Bank of New York als Administrator dieses Satzes (oder einem Nachfolge-Administrator dieses Satzes (der **"OBFR-Nachfolge-Administrator"**)) um oder gegen 9.00 Uhr (New Yorker Ortszeit) an jedem New Yorker Bankarbeitstag auf der SOFR-Bildschirmseite in Bezug auf den New Yorker Bankarbeitstag unmittelbar vor diesem betreffenden Tag veröffentlicht wird.

"OBFR-Index-Einstellungsereignis" bezeichnet den Eintritt eines oder mehrerer der folgenden Ereignisse:

- (x) eine öffentliche Erklärung der Federal Reserve Bank of New York (oder eines Nachfolge-Administrators der OBFR), mit der diese bekannt gibt, dass sie die Veröffentlichung oder Bereitstellung der OBFR dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit eingestellt hat oder einstellen wird, sofern es zum betreffenden Zeitpunkt keinen Nachfolge-Administrator gibt, der die Veröffentlichung oder Bereitstellung der OBFR fortsetzen wird;
- (y) die Veröffentlichung von Informationen, durch die mit hinreichender Sicherheit bestätigt wird, dass die Federal Reserve Bank of New York (oder ein Nachfolge-Administrator der OBFR) die Bereitstellung der OBFR dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit eingestellt hat oder einstellen wird, sofern es zum betreffenden Zeitpunkt keinen Nachfolge-Administrator gibt, der die Veröffentlichung oder Bereitstellung der OBFR fortsetzen wird;
- (z) eine öffentliche Erklärung einer US-Aufsichtsbehörde oder einer anderen öffentlichen US-Stelle, durch die die Verwendung der OBFR untersagt wird und die (nicht notwendigerweise ausschließlich) auf die Schuldverschreibungen Anwendung findet.

"OBFR-Index-Einstellungstichtag" bezeichnet in Bezug auf ein OBFR-Index-Einstellungsereignis den Tag, an dem die Federal Reserve Bank of New York (oder ein Nachfolge-Administrator der OBFR) die Veröffentlichung der OBFR einstellt, oder den Tag, ab dem die OBFR nicht mehr verwendet werden darf.

English text of the Terms and Conditions of the Notes (convenience translation)

§ 3
INTEREST

- (1) *Interest.* Each Security bears interest from (and including) 19 March 2018 (the "**Interest Commencement Date**") calculated as provided below. Interest will accrue in respect of each Interest Period.

"**Interest Period**" means the period from (and including) the Interest Commencement Date to (but excluding) the first Interest Payment Date and thereafter from (and including) each Interest Payment Date to (but excluding) the next following Interest Payment Date.

- (2) *Interest Payment Dates.* Interest will be payable in arrear on 19 March, 19 June, 19 September and 19 December in each year, commencing on 19 June 2018, up to (and including) the Maturity Date (as defined in § 5(1)) (each such date, an "**Interest Payment Date**").
- (3) *Interest Amount.* The amount of interest (each an "**Interest Amount**") payable in respect of the Specified Denomination for an Interest Period shall be an amount equal to the product of (a) the Specified Denomination, (b) the Rate of Interest and (c) the Day Count Fraction, in each case for such Interest Period, such amount to be rounded to the nearest sub-unit of the Specified Currency, with 0.5 of a sub-unit being rounded upwards.
- (4) *Rate of Interest.* The rate of interest (the "**Rate of Interest**") for each Interest Period shall be sum of the Reference Rate (expressed as a percentage rate *per annum*) and 1.30 per cent. *per annum* (the "**Margin**") and an adjustment rate equal to 0.26161 per cent. *per annum* (the "**Adjustment Rate**").
- (5) *Calculations and Determinations.* Unless otherwise specified in this § 3, all calculations and determinations made pursuant to this § 3 shall be made by the Calculation Agent. The Calculation Agent will, on or as soon as practicable after each time at which the Rate of Interest is to be determined, determine the Rate of Interest.
- (6) *Notification of Rate of Interest and Interest Amount.* The Calculation Agent will cause the Rate of Interest and each Interest Amount for each Interest Period to be notified to the Issuer, the Paying Agent and to the Securityholders in accordance with § 12 (*Notices*) and if required by the rules of any stock exchange on which the Securities are from time to time admitted to trading, to such stock exchange, as soon as possible after their determination, but in no event later than the fourth Business Day thereafter. Each Interest Amount and Rate of Interest so notified may subsequently be amended (or appropriate alternative arrangements made by way of adjustment) without notice in the event of an extension or shortening of the Interest Period. Any such amendment will be promptly notified to any stock exchange on which the Securities are then admitted to trading and to the Securityholders in accordance with § 12 (*Notices*).
- (7) *Determinations Binding.* All certificates, communications, opinions, determinations, calculations, quotations and decisions given, expressed, made or obtained for the purposes of the provisions of this § 3 by the Calculation Agent shall (in the absence of manifest error) be binding on the Issuer, the Fiscal Agent, the Paying Agents and the Securityholders.
- (8) *Accrual of Interest.* The Securities shall cease to bear interest from the expiry of the day preceding the day on which they are due for redemption, unless redemption is improperly withheld or refused. If the Issuer shall fail to redeem the Securities when due, interest shall continue to accrue on the outstanding aggregate principal amount of the Securities from (and including) the due date for redemption to (but excluding) the expiry of the day preceding the day of the actual redemption of the Securities at the default rate of interest established by law (the default rate of interest established by law is five percentage points above the basic rate of interest published by Deutsche Bundesbank from time to time, §§ 288(1), 247 German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch*) and does not preclude claims for damages if these are higher).

(10) *Day Count Fraction*. "**Day Count Fraction**" means, in respect of the calculation of an amount of interest for any period of time (the "**Accrual Period**"): the actual number of days in the Accrual Period divided by 360.

(11) *Definitions*. For the purposes of these Conditions the following definitions apply:

"**Reference Rate**" means Compounded Daily SOFR.

"**Compounded Daily SOFR**" means, in relation to any Interest Accrual Period, the rate of return of a daily compounded interest investment (with the Secured Overnight Financing Rate as the reference rate for the calculation of interest) over the Observation Period corresponding to that Interest Accrual Period as calculated by the Calculation Agent on the relevant Interest Determination Date in accordance with the following formula (and the resulting percentage will be rounded, if necessary, to the nearest one hundred-thousandth of a percentage point, with 0.000005 being rounded upwards to 0.00001):

$$\left[\prod_{i=1}^{d_0} \left(1 + \frac{SOFR_i \times n_i}{360} \right) - 1 \right] \times \frac{360}{d}$$

Where:

"**d**" means the number of calendar days in the relevant Observation Period.

"**d₀**" means, for any Interest Accrual Period, the number of U.S. Government Securities Business Days in the relevant Observation Period.

"**i**" means a series of whole numbers from one to **d₀**, each representing the relevant U.S. Government Securities Business Day in chronological order from (and including) the first U.S. Government Securities Business Day in the relevant Observation Period.

"**n_i**" means the number of calendar days in the relevant Observation Period from (and including) U.S. Government Securities Business Day "**i**" up to (but excluding) the following U.S. Government Securities Business Day "**i + 1**".

"**SOFR_i**" means, in respect of any U.S. Government Securities Business Day "**i**" in the relevant Observation Period, a reference rate equal to SOFR in respect of such day.

"**Interest Accrual Period**" means (i) each Interest Period and (ii) any other period (if any) in respect of which interest is to be calculated, being the period from (and including) the first day of such period to (but excluding) the day on which the relevant payment of interest falls due (which, if a Securityholder declares its Securities due and demands immediate redemption thereof in accordance with § 12 (*Notices*), shall be the date of redemption (exclusive)).

"**Interest Determination Date**" means the U.S. Government Securities Business Day following the Observation Period End Date.

"**Observation Period**" means, in respect of any Interest Accrual Period, the period from (and including) the day that is five U.S. Government Securities Business Days preceding the first day of such Interest Accrual Period to (but excluding) the day falling five U.S. Government Securities Business Days prior to (i) (in the case of an Interest Period) the Interest Payment Date for such Interest Period or (ii) (in the case of any other Interest Accrual Period) the day on which the relevant payment of interest falls due (each such day, an "**Observation Period End Date**").

"**SIFMA**" means the Securities Industry and Financial Markets Association or any successor thereto.

"**SOFR**" or "**Secured Overnight Financing Rate**" means, in relation to any U.S. Government Securities Business Day,

- (i) the daily secured overnight financing rate as published by the Federal Reserve Bank of New York, as the administrator of such rate (or any SOFR Successor Administrator)

at or around 5:00 p.m. (New York City time) on the SOFR Screen Page on the immediately following U.S. Government Securities Business Day; or

- (ii) if SOFR in respect of any relevant U.S. Government Securities Business Day is not published on the SOFR Screen Page (and has not otherwise been published), unless both a Benchmark Transition Event and its related Benchmark Replacement Date have occurred, the Secured Overnight Financing Rate in respect of the last U.S. Government Securities Business Day for which such rate was published on the SOFR Screen Page.

"SOFR Administrator" means the Federal Reserve Bank of New York.

"SOFR Screen Page" means (i) the website of the Federal Reserve Bank of New York (currently at <http://www.newyorkfed.org>), or any successor website or other source on which the SOFR is published by or on behalf of the SOFR Administrator, or (ii) any other screen page as may be nominated by the SOFR Administrator or the relevant successor administrator, as the case may be, for the purposes of displaying SOFR. Any such successor website or any such other screen page will be notified by the Issuer to the Securityholders in accordance with § 12 (*Notices*).

"U.S. Government Securities Business Day" means any calendar day except for a Saturday, Sunday or a calendar day on which SIFMA (or any successor thereto) recommends that the fixed income departments of its members be closed for the entire calendar day for purposes of trading in U.S. government securities.

- (12) (A) *SOFR Fallback Rate Determination*. If SOFR in respect of any relevant U.S. Government Securities Business Day is not published on the SOFR Screen Page (and has not otherwise been published), and if a Benchmark Transition Event and its related Benchmark Replacement Date have occurred, then SOFR shall be the first alternative set forth in the order below that can be determined by the Issuer, acting in good faith and in a commercially reasonable manner:

- (i) the sum of: (a) the alternate rate of interest that has been selected or recommended by the Relevant Governmental Body as the replacement for the then-current Benchmark for the applicable Corresponding Tenor and (b) the Benchmark Replacement Adjustment; or
- (ii) the sum of: (a) the SOFR ISDA Fallback Rate and (b) the Benchmark Replacement Adjustment.

For the purposes of this § 3 (12)(A) the following definitions shall apply:

"Benchmark" means the Secured Overnight Financing Rate; provided that if a Benchmark Transition Event and its related Benchmark Replacement Date have occurred with respect to SOFR or the then-current Benchmark, then "Benchmark" means the applicable Benchmark Replacement.

"Benchmark Replacement" means the first alternative set forth in the order presented in the first sentence of this § 3 (12)(A) above that can be determined by the Issuer, acting in good faith and in a commercially reasonable manner, as of the Benchmark Replacement Date. In connection with the implementation of a Benchmark Replacement, the Issuer will have the right to make Benchmark Replacement Conforming Changes from time to time.

"Benchmark Replacement Adjustment" means the first alternative set forth in the order below that can be determined by the Issuer, acting in good faith and in a commercially reasonable manner, as of the Benchmark Replacement Date:

- (1) the spread adjustment (which may be a positive or negative value or zero), or method for calculating or determining such spread adjustment, that has been selected or recommended by the Relevant Governmental Body for the applicable Unadjusted Benchmark Replacement; or
- (2) if the applicable Unadjusted Benchmark Replacement is equivalent to the SOFR ISDA Fallback Rate, then the ISDA Fallback Adjustment.

"Benchmark Replacement Conforming Changes" means, with respect to any Benchmark Replacement, any technical, administrative or operational changes (including changes to the definitions of "Interest Period", "Interest Determination Date" and "Observation Period", timing and frequency of determining rates and making payments of interest and other administrative matters) that the Issuer determines in its reasonable discretion may be appropriate to reflect the adoption of such Benchmark Replacement in a manner substantially consistent with market practice (or, if the Issuer determines in its reasonable discretion that (i) adoption of any portion of such market practice is not administratively feasible or (ii) no market practice for use of the Benchmark Replacement exists, in such other manner as the Issuer determines is reasonably necessary).

"Benchmark Replacement Date" means the earliest to occur of the following events with respect to the then-current Benchmark:

- (1) in the case of clause (1) or (2) of the definition of "Benchmark Transition Event", the later of (a) the date of the public statement or publication of information referenced therein and (b) the date on which the administrator of the Benchmark permanently or indefinitely ceases to provide the Benchmark; or
- (2) in the case of clause (3) of the definition of "Benchmark Transition Event", the date of the public statement or publication of information referenced therein.

For the avoidance of doubt, if the event giving rise to the Benchmark Replacement Date occurs on the same day as, but earlier than, the Reference Time in respect of any determination, the Benchmark Replacement Date will be deemed to have occurred prior to the Reference Time for such determination.

"Benchmark Transition Event" means the occurrence of one or more of the following events with respect to the then-current Benchmark:

- (1) a public statement or publication of information by or on behalf of the administrator of the Benchmark announcing that such administrator has ceased or will cease to provide the Benchmark, permanently or indefinitely, provided that, at the time of such statement or publication, there is no successor administrator that will continue to provide the Benchmark;
- (2) a public statement or publication of information by the regulatory supervisor for the administrator of the Benchmark or, failing which, the central bank for the currency of the Benchmark or, failing which, an insolvency official with jurisdiction over the administrator for the Benchmark or, failing which, a resolution authority with jurisdiction over the administrator for the Benchmark or, failing which, a court or an entity with similar insolvency or resolution authority over the administrator for the Benchmark, which states that the administrator of the Benchmark has ceased or will cease to provide the Benchmark permanently or indefinitely, provided that, at the time of such statement or publication, there is no successor administrator that will continue to provide the Benchmark; or
- (3) a public statement or publication of information by the regulatory supervisor for the administrator of the Benchmark announcing that the Benchmark is no longer representative.

"Corresponding Tenor" with respect to a Benchmark Replacement means a tenor (including overnight) having approximately the same length (disregarding any business day adjustment) as the applicable tenor for the then-current Benchmark.

"ISDA Fallback Adjustment" means the spread adjustment (which may be a positive or negative value or zero) that would apply for derivatives transactions referencing the ISDA Definitions to be determined upon the occurrence of an index cessation event with respect to the Benchmark for the applicable tenor.

"Reference Time" with respect to any determination of the Benchmark means the time determined by the Issuer, acting in good faith and in a commercially reasonable manner, in accordance with the Benchmark Replacement Conforming Changes.

"Relevant Governmental Body" means the Federal Reserve Board or, failing which, the Federal Reserve Bank of New York, or, failing which, a committee officially endorsed or convened by the Federal Reserve Board or, failing which, the Federal Reserve Bank of New York or any successor thereto.

"SOFR ISDA Fallback Rate" means the rate determined pursuant to sub-paragraph (B) *SOFR ISDA Fallback Rate Determination* below.

"Unadjusted Benchmark Replacement" means the Benchmark Replacement excluding the Benchmark Replacement Adjustment.

- (B) *SOFR ISDA Fallback Rate Determination*. If SOFR shall be determined pursuant to this sub-paragraph (B), then the Calculation Agent shall calculate SOFR from (and including) the first U.S. Government Securities Business Day within the relevant Observation Period on which SOFR is no longer available as if references to SOFR were references to the rate (the **"SOFR Successor Rate"**) that was notified to the Calculation Agent and to the Securityholders (in case of a notification to the Securityholders in accordance with § 12 (*Notices*)) by the Issuer as being the rate that was recommended as the replacement for the daily Secured Overnight Financing Rate by the Federal Reserve Board or, failing which, the Federal Reserve Bank of New York or, failing which, a committee officially endorsed or convened by the Federal Reserve Board or, failing which, the Federal Reserve Bank of New York for the purpose of recommending a replacement for the daily Secured Overnight Financing Rate (which rate may be produced by the Federal Reserve Bank of New York or, failing which, any other designated administrator (together, the **"SOFR Successor Administrator"**)), and which rate may include any adjustments or spreads, which the SOFR Successor Administrator determines are required to be applied to the SOFR Successor Rate to reduce or eliminate any economic prejudice or benefit (as the case may be) to Securityholders as a result of the replacement of the Secured Overnight Financing Rate with the SOFR Successor Rate (all as notified to the Calculation Agent and to the Securityholders (in case of a notification to the Securityholders in accordance with § 12 (*Notices*)) by the Issuer)).

If:

- (x) no such SOFR Successor Rate has been recommended prior to or on the Benchmark Replacement Date (as notified by the Issuer to the Calculation Agent), then the Calculation Agent shall calculate the Secured Overnight Financing Rate from (and including) the first U.S. Government Securities Business Day within the relevant Observation Period on which SOFR is no longer available as if (i) references to the Secured Overnight Financing Rate or SOFR were references to OBFR, (ii) references to U.S. Government Securities Business Days were references to New York City Banking Days, (iii) references to a Benchmark Transition Event were references to an OBFR Index Cessation Event, (iv) references to the SOFR Successor Administrator were references to the OBFR Successor Administrator, (v) references to the SOFR Successor Rate were references to an OBFR successor rate, and (vi) references to the Benchmark Replacement Date were references to the OBFR Index Cessation Effective Date (the Issuer shall notify the Securityholders of the application of OBFR in accordance with § 12 (*Notices*)); or
- (y) no such SOFR Successor Rate has been recommended prior to or on the Benchmark Replacement Date and an OBFR Index Cessation Event has occurred (all as notified to the Calculation Agent and to the Securityholders (in case of a notification to the Securityholders in accordance with § 12 (*Notices*)) by the Issuer), then the Calculation Agent shall calculate the Secured Overnight Financing Rate from (and including) the first U.S. Government Securities Business Day within the relevant Observation Period on which SOFR is no longer available as if (i) references to the Secured Overnight Financing Rate or SOFR were references to the FOMC Target Rate, (ii) references to U.S. Government Securities Business Days were references to New York City Banking Days, and (iii) references to the SOFR Screen Page were references to the Website of the Federal Reserve (the Issuer shall notify the Securityholders of the application of the FOMC Target Rate in accordance with § 12 (*Notices*)).

In the event that the Rate of Interest cannot otherwise be determined in accordance with the provisions herein in relation to any Interest Accrual Period, the Rate of Interest in respect of such Interest Accrual Period will be (i) calculated by the Calculation Agent for the Interest Accrual Period in which the Benchmark Replacement Date as well as the OBFR Index Cessation Event have occurred and no FOMC Target Rate is available (the "**Cessation Interest Accrual Period**"), by applying the daily secured overnight financing rate of the last U.S. Government Securities Business Day in such Cessation Interest Accrual Period on which such rate was published on the SOFR Screen Page (all as notified to the Calculation Agent and to the Securityholders (in case of a notification to the Securityholders in accordance with § 12 (*Notices*)) by the Issuer), to each subsequent U.S. Government Securities Business Day for which neither SOFR nor OBFR nor the FOMC Target Rate are available, (ii) for any Interest Accrual Period following the Cessation Interest Accrual Period, the Rate of Interest determined on the Interest Determination Date relating to the Cessation Interest Accrual Period.

For the purposes of this § 3 (12)(B) the following definitions shall apply:

"FOMC Target Rate" means the short-term interest rate target set by the U.S. Federal Open Market Committee and published on the Website of the Federal Reserve, or if the U.S. Federal Open Market Committee does not target a single rate, the mid-point of the short-term interest rate target range set by the U.S. Federal Open Market Committee and published on the Website of the Federal Reserve (calculated as the arithmetic average of the upper bound of the target range and the lower bound of the target range, rounded if necessary, to the nearest second decimal place, with 0.005 being rounded upwards).

"New York City Banking Day" means any day on which commercial banks and foreign exchange markets settle payments and are open for general business (including dealings in foreign exchange and foreign currency deposits) in New York City.

"OBFR" means the daily overnight bank funding rate as published by the Federal Reserve Bank of New York, as the administrator of such rate (or any successor administrator of such rate (the "**OBFR Successor Administrator**"), on the SOFR Screen Page at or around 9:00 a.m. (New York City time) on each New York City Banking Day in respect of the New York City Banking Day immediately preceding such day.

"OBFR Index Cessation Effective Date" means, in respect of an OBFR Index Cessation Event, the date on which the Federal Reserve Bank of New York (or any successor administrator of the OBFR), ceases to publish the OBFR, or the date as of which the OBFR may no longer be used.

"OBFR Index Cessation Event" means the occurrence of one or more of the following events:

- (x) a public statement by the Federal Reserve Bank of New York (or a successor administrator of the OBFR) announcing that it has ceased or will cease to publish or provide the OBFR permanently or indefinitely, provided that, at that time, there is no successor administrator that will continue to publish or provide the OBFR;
- (y) the publication of information which reasonably confirms that the Federal Reserve Bank of New York (or a successor administrator of the OBFR) has ceased or will cease to provide the OBFR permanently or indefinitely, provided that, at that time, there is no successor administrator that will continue to publish or provide the OBFR; or
- (z) a public statement by a U.S. regulator or other U.S. official sector entity prohibiting the use of the OBFR that applies to, but need not be limited to, the Securities.

"Website of the Federal Reserve" means the website of the Board of Governors of the Federal Reserve System (currently at <http://www.federalreserve.gov>) or any successor source, as notified by the Issuer to the Securityholders in accordance with § 12 (*Notices*).

The Issuer hereby declares that it has the firm intention to agree to the Amendment of the Terms and Conditions if all Conditions for Implementation are satisfied.

However, even if all the Conditions for Implementation are satisfied, the Issuer reserves the right to not agree to the Amendment to the Terms and Conditions if, in the Issuer's sole and absolute discretion, the Issuer determines that the implementation of the Amendment would not be in compliance with all applicable laws and regulations, in particular U.S. securities law and regulatory requirements.

As the Terms and Conditions are written in the German language as the legally binding version, the implementation of the Amendment will be binding in the German language version. The English language translation is provided for convenience only.

EXPECTED TIMETABLE OF EVENTS

Holders should take note of the following key dates in connection with the Voting and the Consent Solicitation. The following summary of key dates is qualified in its entirety by the more detailed information appearing elsewhere in this Consent Solicitation Memorandum. The dates below are subject to modification in accordance with the terms of the Consent Solicitation:

Events

Times and Dates

(All times are Frankfurt time)

Launch Date

Commencement of consent solicitation; Consent Solicitation Memorandum published in the Federal Gazette (*Bundesanzeiger*). Expected on 5 December 2022

Registration and Instruction Deadline

The time prior to which Holders must register on the Voting Platform (<https://deals.is.kroll.com/db>) and submit a Consent Instruction in order to be eligible to participate in the Voting through the Tabulation Agent. Holders that wish to cast their vote to the Scrutineer directly do not need to register. 19 December 2022, 23:59 (Frankfurt time)

Start of Voting Period

Beginning of the Voting Period during which Votes are presented by the Tabulation Agent to the Scrutineer, and during which Votes may be submitted to the Scrutineer by Holders directly. Votes which are received by the Scrutineer prior to the Voting Period will be disregarded and will have no effect. 20 December 2022, 00:00 a.m. (Frankfurt time)

End of Voting Period

End of the Voting Period during which Votes are presented by the Tabulation Agent to the Scrutineer, and during which Votes may be submitted to the Scrutineer by Holders directly or via proxies. Votes which are received by the Scrutineer after the Voting Period will be disregarded and will have no effect. Holders who wish to cast their vote to the Scrutineer directly must also submit the Special Proof and Blocking Confirmation to the Scrutineer by the end of the Voting Period. 22 December 2022, 24:00 (Frankfurt time) (end of the day)

Announcement of the results of the Consent Solicitation

Expected date of publication of the results via press release. Expected date of publication of the results of the Consent Solicitation in the Federal Gazette (*Bundesanzeiger*). As soon as possible on 23 December 2022 via press release and expected on 28 December 2022 in the Federal Gazette (*Bundesanzeiger*).

End of statutory contestation period

The time prior to which each Holder has the statutory right under the SchVG to contest any resolution adopted by the Holders. One month after publication of the results of the Voting in the Federal Gazette (*Bundesanzeiger*). The contestation period is expected to expire on or about 30 January 2023, 24:00 (Frankfurt time) (end of the day).

Resolution Effective Date

The date on which the Amendment becomes effective pursuant to Section 21 SchVG. The Issuer will procure the implementation of the resolution approving the Amendment as soon as practical after the end of the statutory contestation period (provided that no contestation proceeding is outstanding with respect to the Consent Solicitation or the Amendment) or, if a contestation claim has been filed, after the settlement or clearance (if applicable) of such contestation claim.

Announcement of the effectiveness of the Amendment

The date on which the effectiveness of the Amendment is announced by the Issuer. As soon as practical after the Resolution Effective Date.

The Issuer may, subject to applicable laws, at its option and in its sole discretion terminate the Consent Solicitation or extend or amend the above timeline at any time prior to the beginning of the Voting Period.

Holders are advised to check with any nominee, custodian, intermediary or person acting in a similar capacity for the Holder whether such nominee, custodian, intermediary or person acting in a similar capacity for the Holder would require receipt of instructions to participate in the Voting before the deadlines and within the periods specified in this Consent Solicitation Memorandum.

RISK FACTORS RELATED TO THE CONSENT SOLICITATION

None of the Solicitation Agent, the Tabulation Agent or the Scrutineer (or their respective directors, officers, employees, affiliates or agents) makes any representation or recommendation whatsoever regarding this Consent Solicitation Memorandum or the Consent Solicitation, and none of the Issuer, the Solicitation Agent, the Tabulation Agent or the Scrutineer (or their respective directors, officers, employees, affiliates or agents) makes any recommendation as to whether Holders should vote on the proposed Amendment relating to the Terms and Conditions of the Notes. Holders are urged to evaluate carefully all information included in this Consent Solicitation Memorandum, consult with their own legal, investment and tax advisors and make their own decision whether to provide their consent to the Amendment.

Before making a decision with respect to the Consent Solicitation, Holders should carefully consider, in addition to the other information contained in this Consent Solicitation Memorandum, the following:

If the Amendment becomes effective, all Notes will be subject to the terms of, and each Holder of the Notes will be bound by, such Amendment.

If the Amendment becomes effective, all Holders of the Notes will be bound by such Amendment, whether or not such Holder delivered a Vote or otherwise affirmatively approved or objected to the Amendment. Once the Amendment becomes effective, Holders that did not participate in the Voting or did not vote in favour of such Amendment will not be entitled to any compensation or similar rights of dissenters with respect to the adoption of such Amendment.

The Issuer may extend the timeline of or terminate the Consent Solicitation.

The Issuer may, at any time prior to the beginning of the Voting Period extend the timeline of or terminate the Consent Solicitation for any reason.

Notes of Holders that participate in the Voting will be blocked from trading through the Clearing Systems until and including the last day of the Voting Period.

In order to participate in the Voting, Holders are required to submit certain documents in respect of their Notes, including a Special Proof and Blocking Confirmation issued by the relevant Custodian. The Blocking Confirmation will include a confirmation by the relevant Custodian that the respective Notes are not transferable during the period from the date of the Special Proof until the last day (inclusive) of the Voting Period. In the period of time during which Notes are blocked from trading pursuant to the foregoing procedures for registration for, and participation in, the Voting, Holders may be unable to promptly liquidate their Notes or timely react to adverse trading conditions and could suffer losses as a result of these restrictions on transferability.

Holders will be responsible for assessing the merits of the Consent Solicitation and complying with the procedures of the Consent Solicitation.

Each Holder is responsible for assessing the merits of the Consent Solicitation. None of the Issuer, the Solicitation Agent, the Tabulation Agent or the Scrutineer has made or will make any assessment of the merits of the Consent Solicitation or of the impact of the Consent Solicitation on the interests of the Holders either as a class or as individuals. Furthermore, the Holders are solely responsible for complying with all of the procedures for participating in the Consent Solicitation, including submission of Consent Instructions and the registration for Voting if voting through the Tabulation Agent and submission of Votes to the Scrutineer. None of the Issuer, the Solicitation Agent, the Tabulation Agent, or the Scrutineer assumes any responsibility for informing Holders of any irregularities with respect to the registration or any Votes delivered.

No third-party determination has been or will be obtained that the Consent Solicitation is fair to Holders.

The Issuer has not retained and does not intend to retain any unaffiliated representative to act solely on behalf of the Holders for purposes of negotiating the terms of the Consent Solicitation or preparing a report concerning the fairness of the Consent Solicitation. The future value of the Notes following the Consent Solicitation may not equal or exceed the value of the Notes prior to the Consent Solicitation.

The Consent Solicitation may be subject to legal challenge during the statutory contestation period.

In accordance with the SchVG, each Holder has the right to contest the Amendment passed in the Voting within one month after the results of the Voting have been announced to the Holders. In order to be eligible to file a contestation claim with the competent court, Holders that have participated in the Voting have to object in writing to the results of the Voting. Such objection must be addressed to and received by the Scrutineer within two weeks following the announcement of the results. A contestation claim can be based on a breach of law or of the relevant Conditions for Implementation. In the case of a successful contestation claim, a court will declare the Amendment void.

The completion of the Consent Solicitation may be delayed or may not occur at all.

The Issuer is not obligated to complete the Consent Solicitation, which is conditional on, among other things, the receipt of the Requisite Consents, the expiration of the statutory contestation period under the SchVG, and the absence of any contestation proceeding with respect to the Consent Solicitation and/or the Amendment (or, if a contestation claim has been filed, after the settlement or clearance (if applicable) of such claim). Even if the Consent Solicitation is completed, it may not be completed on the schedule described in this Consent Solicitation Memorandum. Furthermore, the Issuer or its affiliates may become involved in litigation by Holders or other third parties challenging the terms or validity of the Consent Solicitation. While the Issuer believes that the Consent Solicitation is in compliance with applicable law, the Terms and Conditions and any other existing financing arrangements, the Issuer and its affiliates may not prevail in such litigation. Any litigation may lead to possible delay, amendment, withdrawal or termination of the Consent Solicitation.

The market continues to develop in relation to near risk free rates as reference rates for securities which incorporate a floating rate interest basis

Holders should be aware that the market continues to develop in relation to SOFR as a reference rate in the capital markets and its adoption as an alternative to USD LIBOR.

The market, or a significant part thereof, may adopt an application of SOFR that differs significantly from that set out in the proposed Amendment. As SOFR is published and calculated by a third party based on data received from other sources, the Issuer has no control over its determination, calculation or publication. Furthermore, the Issuer may in future issue debt securities referencing SOFR that differ materially in terms of interest determination when compared with the proposed Amendment. The nascent development of Compounded Daily SOFR as an interest reference rate for the Eurobond markets, as well as continued development of SOFR-based rates for such market and the market infrastructure for adopting such rates, could result in reduced liquidity or increased volatility or could otherwise affect the market price of any SOFR-referenced securities. There can be no guarantee that SOFR will not be discontinued or fundamentally altered in a manner that is materially adverse to the interests of Holders (or that any applicable benchmark fallback provisions proposed by way of the proposed Amendment will provide a rate which is economically equivalent for Holders). The New York Federal Reserve has no obligation to consider the interests of Holders

in calculating, adjusting, converting, revising or discontinuing SOFR. If the manner in which SOFR is calculated is changed, that change may result in a reduction of the amount of interest payable on the Notes and the trading prices of the Notes.

Holders should also be aware that the manner of adoption or application of SOFR as a reference rate in the international debt capital markets may differ materially compared with the application and adoption of SOFR in other markets, such as the derivatives and loan markets. Holders should carefully consider how any mismatch between the adoption of SOFR as a reference rate across these markets may impact any hedging or other arrangements which they may put in place in connection with the Notes.

Investors should consider these matters when considering the Consent Solicitation and the proposed Amendment.

THE CONSENT SOLICITATION

1 General

The Terms and Conditions provide that, in accordance with the SchVG, the Holders may, by majority resolution, agree with the Issuer on amendments of the Terms and Conditions with regard to matters permitted by the SchVG. According to the Terms and Conditions, resolutions of Holders have to be passed by a majority of not less than 50 % plus one vote of the votes cast, unless a higher majority is required under mandatory provisions of statutory law or the Terms and Conditions provide for a higher majority. In accordance with the SchVG, resolutions such as the proposed Amendment require a majority of 75 % of the votes cast. Each Holder shall participate in the Voting with the nominal amount of the Notes held by such Holder.

Each Note in the amount of USD 200,000 shall count as one Vote.

2 Voting Procedure

Adoption of the Amendment requires the consent of at least 75 % of the Votes cast in respect of the Notes. In order to have a quorum to validly conduct the Voting, it is required under the SchVG that Holders representing at least 50 % of the aggregate outstanding principal amount of the Notes participate in the Voting (the Requisite Quorum as defined above).

Pursuant to Section 6 para. 1 SchVG, the voting right is suspended as long as the relevant Notes are held by the Issuer or an affiliated company (§ 271 (2) of the German Commercial Code) or are held for the account of the Issuer or an affiliated company.

The Issuer will publish the results of the Voting as soon as reasonably possible after the end of the Voting Period via press release and on its website under <https://investor-relations.db.com/creditors/creditor-information/news-corner>. The results will further be published in the Federal Gazette (*Bundesanzeiger*).

If the Scrutineer determines, after the expiration of the Voting Period, that the Requisite Quorum was not met, a physical meeting of the Holders of the Notes may be convened for the purpose of repeating the voting. Such a meeting regarding the Amendment shall be deemed a “second Holders’ meeting” pursuant to Section 18 para. 4, Section 15 para. 3 SchVG and shall have a quorum if the persons present at the meeting represent at least 25% of the aggregate outstanding principal amount of the Notes.

Any Voting Instructions submitted by the Holders to the Tabulation Agent in relation to the Vote without Meeting will remain valid for the second Holders’ meeting unless revoked by the Holders after the end of the Voting Period. Any Votes submitted directly to the Scrutineer would need to be submitted again in order to be cast at the second Holders’ meeting.

3 Conditions for Implementation

The following Conditions for Implementation must be satisfied in respect of the Amendment:

- The participation of the Requisite Quorum;
- The receipt of the Requisite Consents to such Amendment; and
- The expiry of the statutory contestation period under the SchVG and the absence of any contestation proceeding with respect to the Consent Solicitation and/or such Amendment at

such time, or if a contestation claim has been filed by a Holder, after the settlement or clearance (if applicable) of the contestation claim.

4 Effectiveness of the Amendment

Following fulfilment of the Conditions for Implementation, the Amendment will become effective once the resolution approving the amended Terms and Conditions of the Notes have been filed with the common depositary for CBL and Euroclear and attached to the respective global note representing the Notes in accordance with Section 21 SchVG.

If the Amendment becomes effective, it will be binding on all Holders of the Notes and their successors and transferees, whether or not such Holders consented to such Amendment or participated in the Voting. See “*Risk Factors Related to the Consent Solicitation - If the Amendment becomes effective, all Notes will be subject to the terms of, and each Holder of the Notes will be bound by, such Amendment*” above. The Issuer intends to make a public announcement once any Amendment becomes effective. If the Conditions for Implementation are not satisfied in respect of the Amendment, then such Amendment will not become effective.

5 Termination or Modification of the Consent Solicitation

Notwithstanding anything to the contrary set forth in this Consent Solicitation Memorandum, the Issuer reserves the right, in its sole discretion, subject to applicable law and certain contractual restrictions, at any time prior to the beginning of the Voting Period, to terminate the Consent Solicitation for any reason. The Issuer will promptly disclose such termination or modification in a public announcement.

Without limiting the manner in which the Issuer may choose to make a public announcement of any termination of the Consent Solicitation, the Issuer shall have no obligation to publish, advertise, or otherwise communicate any such public announcement, other than by making a timely announcement to Holders and complying with any applicable notice provisions of the Terms and Conditions and the SchVG.

6 Countermotions and Requests for Additional Resolution Items

Each Holder of Notes is entitled to submit own countermotions (*Gegenanträge*) regarding the resolution items to be voted on pursuant to this Consent Solicitation Memorandum (the “**Countermotions**”). Any Countermotion submitted by a Holder prior to the beginning of the Voting Period will promptly be made available by the Issuer on the Issuer’s website under <https://investor-relations.db.com/creditors/creditor-information/news-corner> to all Holders up to the end of the Voting Period.

One or more Holders holding together not less than 5 % of the outstanding aggregate principal amount of the Notes may request that new items are published for resolution (the “**Requests for Additional Resolution Items**”). Requests for Additional Resolution Items should be submitted in a timely manner in accordance with the provisions of the SchVG in order to ensure that they are received by the Issuer prior to the beginning of the Voting Period so they can be published by the Issuer in the Federal Gazette (*Bundesanzeiger*) no later than the third day before the start of the Voting Period, i.e. no later than 15 December 2022. Accordingly, Requests for Additional Resolution Items need to be received no later than 9 December 2022.

Countermotions and Requests for Additional Resolution Items shall be submitted to the Scrutineer or the Issuer via Text Form at its contact details set forth on the back cover of this Consent Solicitation Memorandum prior to the commencement of the Voting Period. Countermotions and

Requests for Additional Resolution Items should be accompanied by a Special Proof evidencing the status as Holder and (in the case of a Request for Additional Resolution Items) the 5 % quorum.

7 Contestation Right of Holders

In accordance with the SchVG, each Holder has the statutory right to contest any resolution adopted by the Holders within one month after publication of such resolution in accordance with the provisions of the SchVG. In order to be eligible to file a contestation claim with the competent court, Holders that participated in the Voting have to object in writing to the result of the Voting within two weeks following the publication of the resolutions in accordance with the provisions of the SchVG. A contestation claim can be based on a breach of law or the Terms and Conditions.

8 Requests for Assistance

Requests for assistance in completing and delivering Votes or any documents related to the Consent Solicitation and requests for additional copies of this Consent Solicitation Memorandum and other relevant documents may be directed to the Tabulation Agent at its contact details set forth on the back page of this Consent Solicitation Memorandum. Holders may also contact their broker, dealer, commercial bank, custodian, trust company or other nominee for assistance concerning the Consent Solicitation.

9 Additional Terms when voting through the Tabulation Agent

The following additional terms apply to all Holders who vote through the Tabulation Agent.

For the avoidance of doubt, these additional terms do not apply to Holders who cast their vote to the Scrutineer directly.

- (i) All communications, notices, certificates, or other documents to be delivered to or by a Holder will be delivered by or sent to or by it at the Holder's own risk. None of the Issuer, the Solicitation Agent, the Tabulation Agent or the Scrutineer shall accept any responsibility for failure of delivery of a notice, communication or any other document.
- (ii) All delivered Votes shall be deemed to be made on the terms set out in this Consent Solicitation.
- (iii) The Scrutineer may determine the validity of a registration or a delivery of Votes.
- (iv) Holders are solely responsible for complying with all of the procedures for participating in the Consent Solicitation, including timely registration and the submission of Consent Instructions to the Tabulation Agent. To the extent the Scrutineer determines there are any defects or irregularities in connection with the registration or deliveries of Votes, these must be cured prior to the end of the Voting Period. None of the Scrutineer, the Issuer, or any other person shall be under any duty to give notification of any defects or irregularities in a registration or delivery of Votes, nor shall any of them incur any liability for failure to give such notifications. Such registration and delivery of such Votes may be deemed not to have been made until such irregularities have been cured.
- (v) Without limiting the manner in which the Issuer may choose to make any public announcement, the Issuer shall have no obligation to publish, advertise or otherwise communicate any such public announcement other than by making a timely announcement to Holders and complying with any applicable notice provisions of the Terms and Conditions or the SchVG.

- (vi) Each Holder who votes through the Tabulation Agent represents that it is not an affiliate (*verbundenes Unternehmen*) of the Issuer in the meaning of Section 271 para. 2 of the German Commercial Code (*Handelsgesetzbuch*) and does not hold the Notes for the account of the Issuer or any of its affiliates. In accordance with the SchVG, voting rights are suspended with respect to Notes which are (i) attributable to the Issuer or an affiliate of the Issuer or (ii) held for the account of the Issuer or any of its affiliates.
- (vii) If Holders vote through the Tabulation agent, the submission of a Consent Instruction to the relevant Clearing System shall constitute an agreement, acknowledgement, undertaking, representation and warranty by the Holder and any Direct Participant submitting a Consent Instruction on such Holder's behalf (if applicable) to each of the Issuer, the Solicitation Agent, the Tabulation Agent and the Scrutineer that at the time of submission of the Consent Instruction prior to the Registration and Instruction Deadline:
- (a) it acknowledges that it has received and reviewed, understands and accepts the terms, conditions, risk factors, offer and distribution restrictions and other considerations set out in the Consent Solicitation Memorandum;
 - (b) in case of a Direct Participant, by blocking Notes in the relevant Clearing System, it will consent and authorise the relevant Clearing System to provide the Solicitation Agent, the Tabulation Agent, the Scrutineer and their respective legal advisers with details of the identity of the Direct Participant and as long as such Consent Instruction has not been withdrawn in accordance with the terms herein prior to the provision of such details;
 - (c) it acknowledges that none of the Issuer, the Solicitation Agent, the Tabulation Agent, the Scrutineer or any of their respective affiliates, directors or employees has made any recommendation as to whether (or how) to vote in respect of the Amendment and it represents that it has made its own decision with regard to voting in respect of the Amendment based on any legal, tax or financial advice that it has deemed necessary to seek;
 - (d) it acknowledges that all authority conferred or agreed to be conferred pursuant to these acknowledgements, representations, warranties and undertakings and every obligation of the Holder submitting a Consent Instruction in respect of the Amendment shall to the extent permitted by applicable law be binding upon the successors, assigns, heirs, executors, administrators, and legal representatives of the Holder submitting a Consent Instruction in respect of the Amendment and shall not be affected by, and shall survive, the death or incapacity of the Holder submitting a Consent Instruction in respect of the Amendment, as the case may be;
 - (e) it acknowledges that none of the Issuer, the Solicitation Agent, the Tabulation Agent, the Scrutineer or any of their respective affiliates, directors or employees has given it any information with respect to any Consent Solicitation save as expressly set out in the Consent Solicitation Memorandum and any notice in relation thereto nor has any of them made any recommendation to it as to whether or how it should vote in respect of the Amendment and it has made its own decision with regard to voting in respect of the Amendment based on any legal, tax or financial advice it has deemed necessary to seek;
 - (f) it acknowledges that no information has been provided to it by the Issuer, the Solicitation Agent, the Tabulation Agent, the Scrutineer or any of their respective affiliates, directors or employees with regard to the tax consequences to Holders

arising from the Amendment, and hereby acknowledges that it is solely liable for any taxes and similar or related payments imposed on it under the laws of any applicable jurisdiction as a result of its participation in any Consent Solicitation and agrees that it will not and does not have any right of recourse (whether by way of reimbursement, indemnity or otherwise) against the Issuer, the Solicitation Agent, the Tabulation Agent, the Scrutineer or any of their affiliates, directors or employees or any other person in respect of such taxes and payments;

- (g) it acknowledges that the Solicitation Agent may submit Consent Instructions for its own account as well as on behalf of other Holders;
- (h) it has observed the laws of all relevant jurisdictions, obtained all requisite governmental, exchange control or other required consents, complied with all requisite formalities and paid any issue, transfer or other taxes or requisite payments due from it, in each respect, in connection with any Consent Solicitation or submitting a Consent Instruction, in any jurisdiction and that it has not taken or omitted to take any action in breach of these representations or which will or may result in the Scrutineer or any other person acting in breach of the legal or regulatory requirements of any such jurisdiction in connection with any Consent Solicitation or any votes;
- (i) it has full power and authority to submit a Consent Instruction to vote;
- (j) any Consent Instruction delivered by it in respect of the Amendment is made upon the terms and subject to the conditions of the relevant Consent Solicitation. In case of a Consent Instruction, it acknowledges that the submission of a valid Consent Instruction in favour of the Amendment to the relevant Clearing System and the Tabulation Agent in accordance with the standard procedures of the relevant Clearing System constitutes its written consent to such Amendment;
- (k) it agrees to ratify and confirm each and every act or thing that may be done or effected by the Issuer, any of its directors or any person nominated by the Issuer in the proper exercise of his or her powers and/or authority hereunder;
- (l) in case of a Consent Instruction, it agrees to do all such acts and things as shall be necessary and execute any additional documents deemed by the Issuer to be desirable, in each case to perfect any of the authorities expressed to be given hereunder;
- (m) in case of a Consent Instruction, it will, upon request, execute and deliver any additional documents and/or do such other things deemed by the Issuer to be necessary or desirable to effect delivery of the Consent Instructions related to such Notes or to evidence such power and authority;
- (n) it is not a person from whom it is unlawful to seek approval of the Amendment, to receive the Consent Solicitation Memorandum or otherwise to participate in the Consent Solicitation;
- (o) all communications or notices to be delivered to or by a Holder will be delivered by or sent to or by it at its own risk;
- (p) in case of a Consent Instruction, the terms and conditions of the Consent Solicitation shall be deemed to be incorporated in, and form a part of, the Consent Instruction which shall be read and construed accordingly and that the information given by or

on behalf of such Holder in the Consent Instruction is true and will be true in all respects at the time of the Voting;

- (q) in case of a Consent Instruction, it holds and will hold, the Notes specified in the Consent Instruction in the account(s) specified in the Consent Instruction. It further hereby represents, warrants and undertakes that, in accordance with the procedures of CBL or Euroclear as the case may be, and by the deadline required by CBL or Euroclear it has irrevocably instructed CBL or Euroclear as the case may be to block such Notes with effect on and from the date of the Consent Instruction so that, at any time until the earlier of (i) the date on which the Consent Solicitation is terminated, withdrawn or otherwise not consummated and (ii) the last day (inclusive) of the Voting Period, i.e. 22 December 2022, 24:00 (Frankfurt time) (end of the day), no transfers of such Notes may be effected; and it hereby represents, warrants and undertakes that it has delivered an individual, matching blocking instruction in respect of the relevant Notes specified in the Consent Instruction to CBL or Euroclear as the case may be and has ensured that the relevant blocking instruction can be allocated to such Notes;
- (r) each Consent Instruction is made on the terms and conditions set out in this Consent Solicitation Memorandum; and
- (s) each Consent Instruction is being submitted in compliance with all applicable laws and/or regulations of the jurisdiction in which the Holder is located and/or in which it is resident and no registration, approval or filing with any regulatory authority of such jurisdiction is required in connection with each such instruction.

If the relevant Holder wishing to vote through the Tabulation Agent is unable to give any of the representations and warranties described above, such Holder should contact the Tabulation Agent.

- (viii) Save as otherwise provided herein, any announcement given to a Holder who voted through the Tabulation Agent in connection with the Consent Solicitation will be deemed to have been duly given if delivered by the Tabulation Agent for onward transmission through the Clearing System. All notices will be given or published in accordance with the Terms and Conditions.
- (ix) Each Holder voting through the Tabulation Agent and submitting a Consent Instruction in accordance with its terms agrees to indemnify and hold harmless on an after-tax basis, the Issuer, the Solicitation Agent, the Tabulation Agent, the Scrutineer, and any of their respective affiliates, directors or employees against all and any losses, costs, claims, liabilities, expenses, charges, actions or demands which any of them may incur or which may be made against any of them as a result of any breach of any of the terms of, or any of the representations, warranties and/or undertakings given pursuant to, such Consent Instruction to vote by such Holder.
- (x) None of the Issuer, the Solicitation Agent, the Tabulation Agent, the Scrutineer or any of their respective affiliates, directors or employees makes any recommendation as to whether or not to accept any Consent Solicitation or otherwise to exercise any rights in respect of the Notes. Holders must make their own decision with regard to submitting Consent Instructions or Voting Form in respect of the Amendment.
- (xi) All questions as to the validity, form and eligibility of any Consent Instruction (including the time of receipt or the compliance of such Consent Instruction or Voting Form with all applicable laws and regulations) or revocation or revision thereof or delivery of Consent

Instructions will be determined by the Scrutineer, in its sole discretion, subject to applicable law, which determination will be final and binding. Subject to applicable law, the Scrutineer's interpretation of the terms and conditions of and validity, form and eligibility of any Consent Solicitation and any vote (including any instructions in the Consent Instruction) shall be final and binding. No alternative, conditional or (subject to the terms herein) contingent Consent Instructions or Voting Forms will be accepted. Subject to applicable law, the Scrutineer may: (a) in its duly exercised discretion reject any Consent Instruction submitted by a Holder or (b) in its duly exercised discretion elect to treat as valid a Consent Instruction, in both cases, not complying in all respects with the terms of any Consent Solicitation or in respect of which the relevant Holder does not comply with all the subsequent requirements of these terms and such determination will be final and binding.

- (xii) Unless waived by the Scrutineer any irregularities in connection with any Consent Instruction or Voting Form must be cured within such time as the Scrutineer shall in its absolute discretion determine, subject to applicable law. None of the Issuer, the Solicitation Agent, the Tabulation Agent, the Scrutineer or any of their respective affiliates, directors or employees or any other person will be under any duty to give notification of any defects or irregularities in such Consent Instruction or Voting Form, nor will any of such entities or persons incur any liability for failure to give such notification.
- (xiii) If the Holders vote through the Tabulation Agent, any communication (whether electronic or otherwise) addressed to the Scrutineer or the Tabulation Agent is communicated on behalf of a Holder by an attorney-in-fact, custodian, trustee, administrator, director or officer of a corporation or any other person acting in a fiduciary or representative capacity (other than a Direct Participant in its capacity as such), that fact must be indicated in the communication, and a power of attorney or other form of authority, in a form satisfactory to the Scrutineer, must be delivered to the Tabulation Agent by the end of the Voting Period. Failure to submit such evidence as aforesaid may result in rejection of the acceptance. Neither the Scrutineer nor the Tabulation Agent shall have any responsibility to check the genuineness of any such power of attorney or other form of authority so delivered and may conclusively rely on, and shall be protected in acting in reliance upon, any such power of attorney or other form of authority.
- (xiv) None of the Issuer, the Solicitation Agent, the Tabulation Agent, the Scrutineer or any of their respective affiliates, directors or employees accepts any responsibility whatsoever for failure of delivery of any Consent Instruction, Voting Form or any other notice or communication or any other action required under these terms. The Scrutineer's determination in respect of any Consent Instruction or Voting Form or any other notice or communication shall be final and binding.
- (xv) If the Amendment becomes effective, it will bind all current Holders of the Notes and any subsequent Holders, regardless of whether such Holders consented to such Amendment or participated in the Voting.

10 Solicitation Agent

Deutsche Bank Aktiengesellschaft will also act as Solicitation Agent in connection with the Consent Solicitation. The Solicitation Agent may contact Holders regarding the Consent Solicitation, and may, subject to the terms of this Consent Solicitation Memorandum, request brokerage houses, custodians, nominees, fiduciaries and others to forward this Consent Solicitation Memorandum, any notice in relation thereto and related materials to Holders.

At any time, the Solicitation Agent may trade Notes for the accounts of its customers, and accordingly, may hold a long or short position in the Notes and may participate in the Voting with respect to the Notes held for the accounts of its customers.

11 Tabulation Agent

The Issuer has retained Kroll Issuer Services Limited to act as Tabulation Agent in connection with the Consent Solicitation. The Tabulation Agent will answer questions from Holders in respect of the registration and Voting Forms and Consent Instructions. Questions may be directed to the Tabulation Agent at its contact details set forth on the back cover of the Consent Solicitation Memorandum.

The Tabulation Agent may contact Holders regarding the Consent Solicitation, the registration and the Voting, and may, subject to the terms of this Consent Solicitation Memorandum, request brokerage houses, custodians, nominees, fiduciaries and others to forward this Consent Solicitation Memorandum, any notice in relation thereto and related materials to Holders. The Issuer has entered into an engagement letter with the Tabulation Agent, which contains certain provisions regarding payment of fees, expense reimbursement and indemnity arrangements relating to the Consent Solicitation.

12 Scrutineer

The Issuer has appointed the notary public Karin Arnold, to act as Scrutineer in connection with the Solicitation. The Scrutineer will conduct the Voting. The Scrutineer will determine each Holder's entitlement to vote on the basis of evidence presented and prepare a register of the Holders entitled to vote. The Scrutineer will also take minutes of the Voting. The Scrutineer will receive a statutory fee for her services. The contact details of the Scrutineer are set forth on the back cover of this Consent Solicitation Memorandum.

13 Fees and Expenses of the Consent Solicitation

The Issuer will bear the costs of the Consent Solicitation and pay all fees and expenses in connection with the Consent Solicitation, except for any fees and expenses incurred by any individual Holder in connection with the Consent Solicitation.

PROCEDURES FOR PARTICIPATING IN THE VOTING

Holders are responsible for complying with all of the procedures for participating in the Voting. None of the Issuer, the Solicitation Agent, the Tabulation Agent or the Scrutineer assumes any responsibility for informing Holders of irregularities with respect to compliance with such procedures.

HOLDERS MAY ONLY PARTICIPATE IN THIS VOTING IN ACCORDANCE WITH THE PROCEDURES SET OUT IN THIS SECTION “PROCEDURES FOR PARTICIPATING IN THE VOTING”. HOLDERS SHOULD THEREFORE IN PARTICULAR PAY ATTENTION TO THE PROCEDURES SET OUT HEREIN.

Holders who need assistance with respect to any of the procedures for participating in the Voting should contact the Tabulation Agent, the contact details for which are on the last page of this Consent Solicitation Memorandum.

1 Vote Without Meeting

The vote without meeting will be held in accordance with the provisions of the SchVG.

The Issuer has appointed the Scrutineer to conduct the vote without meeting during the Voting Period:

from 00:00 a.m. (Frankfurt time) on 20 December 2022
until 24:00 (Frankfurt time) (end of the day) on 22 December 2022.

For more detailed information on the timing please refer to the section “*Expected Timetable of Events*” above.

Holders can cast their Votes directly to the Scrutineer (on their own behalf or by a proxy, voting agent or other agent (other than the Tabulation Agent) (see under 3) or through the Tabulation Agent (see under 4 below).

For reasons of efficiency, Holders are requested to vote through the Tabulation Agent via the Voting Platform (<https://deals.is.kroll.com/db>) and submit, or arrange for submission of, Consent Instructions to the Clearing Systems (see “*Voting through the Tabulation Agent*” in this section below). However, Holders may also cast their votes directly by submitting a Voting Form to the Scrutineer (see “*Direct Voting to the Scrutineer*” in this section below). If Holders decide to cast their votes through the Voting Platform, Holders need to register by no later than the Registration and Instruction Deadline (23:59 (Frankfurt time) on 19 December 2022).

2 Participation in the Voting

Votes, Voting Instructions and Consent Instructions may only be submitted in relation to the specified denominations of the Notes, being USD 200,000 (the “**Specified Denominations**”) and integral multiples thereof. Each Note in the Specified Denomination will carry one vote.

In case Holders wish to cast their Vote via the Tabulation Agent, Holders need to register and provide a Consent Instruction prior to the Registration and Instruction Deadline. Holders who fail to register or provide a Consent Instruction prior to the Registration and Instruction Deadline will not be eligible to vote via the Tabulation Agent.

In case Holders wish to cast their Vote directly to the Scrutineer, Holders are required to provide a Special Proof and Blocking Confirmation by the end of the Voting Period (i.e. until 22 December 2022, 24:00 (Frankfurt time) (end of the day)). Holders who fail to provide a Special Proof and

Blocking Confirmation by the end of the Voting Period will not be eligible to vote. A registration however is not necessary in if the Vote is cast directly to the Scrutineer.

In order to participate in the Voting, Holders will need to follow either of the following procedures:

- (a) Holders wishing to cast their vote via the Tabulation Agent need to register on the Voting Platform (<https://deals.is.kroll.com/db>) by no later than the Registration and Instruction Deadline (by 19 December 2022, 23:59 (Frankfurt time) and provide the following information: Holder's name, address, and the aggregate principal amount of the Notes credited to such Holder's securities account on such date (the "**Holder Details**").

Upon completion of this step of the registration process, the Voting Platform will generate an email to the Holder confirming that the registration was successfully completed and specifying the Unique Identifier Reference.

As part of the registration process, Holders must also provide a Consent Instruction through the Clearing Systems (see "*Voting through the Tabulation Agent*" in this section below).

- (b) Holders wishing to cast their vote directly to the Scrutineer need to send their Voting Form in the German or English language in Text Form to the following address of the Scrutineer:

Notarin Karin Arnold

Schlüterstraße 45

10707 Berlin

Germany

Fax: +49 30 214802268

Email: db-2018-2025@arnold-anwaelte.de

Moreover, Holders must submit the Special Proof and Blocking Confirmation by the end of the Voting Period (i.e. until 22 December 2022, 24:00 (Frankfurt time) (end of the day)) in Text Form to the Scrutineer.

3 Voting through the Tabulation Agent

Holders may cast their Votes through the Tabulation Agent acting as their proxy by instructing the Tabulation Agent to vote in favour of or against the Amendment or abstain from voting (the "**Voting Instruction**") on the Voting Platform prior to the Registration and Instruction Deadline. A Holders' voting instruction to the Tabulation Agent shall at the same time be deemed to release the Tabulation Agent from the restrictions set forth in Section 181 of the German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch*). By submitting a valid Voting Instruction, the Holder will appoint the Tabulation Agent as proxy (*Stellvertreter*) to vote in the manner specified in their Voting Instruction at the Voting during the Voting Period.

In addition, a Holder must, by the Registration and Instruction Deadline – in addition to registering on the Voting Platform and giving a Voting Instruction – submit (or procure the submission of) a Consent Instruction to the Clearing Systems and procure that the Tabulation Agent receives such Consent Instruction via the Clearing Systems, by the Registration and Instruction Deadline.

Each Consent Instruction must contain the following information:

- the Holder Details;
- the aggregate nominal amount of the Notes in respect of which a Holder wishes the Tabulation Agent (or its nominee) to vote as its proxy in respect of the Amendment;
- whether such Holder votes in favour of or against the proposed Amendment or abstains from voting;
- the name of the Direct Participant and the securities account number at the relevant Clearing System in which the Notes are held; and
- an instruction to immediately block the Notes which are the subject of the Consent Instruction in accordance with the procedures set out in below in “*Procedures in respect of the Clearing System*”.

By submitting a Consent Instruction the Holders make the representations and warranties set out in this Consent Solicitation Memorandum. If the Holder has validly (i) registered on the Voting Platform and instructed the Tabulation Agent and (ii) submitted a Consent Instruction in due time before the Registration and Instruction Deadline, the Tabulation Agent will cast the vote on behalf of the Holder as instructed in the Voting Instruction during the Voting Period.

Separate Consent Instructions must be submitted on behalf of each Holder. The authorisations, instructions and requests described in this paragraph must be irrevocable (see “*No Revocation Rights*” in this section below).

Holders submitting Consent Instructions must also procure that CBL or Euroclear blocks the Notes which are the subject of the Consent Instruction in accordance with the procedures set out in below in “*Procedures in respect of the Clearing System*”.

Only Direct Participants may submit Consent Instructions to the relevant Clearing System.

A Holder choosing to vote through the Tabulation Agent declares that in case a Countermotion (as defined in “*Countermotions and Requests for Additional Resolution Items*”) is submitted by a Holder that is supported by the Issuer, any Voting Instructions submitted by a Holder prior to the submission of the Countermotion shall remain valid and will be cast by the Tabulation Agent in accordance with the Holder’s voting instructions (yes, no or abstention) in relation to the Countermotion.

If a Countermotion is submitted that is not supported by the Issuer, Holders will be given the option to vote either on the Issuer’s proposed Amendment or the Countermotion. Any Voting Instructions submitted in relation to the Issuer’s proposed Amendment prior to the filing of the Countermotion will remain valid unless revoked by the Holder.

3.1 Holders that are not Direct Participants

Each Holder that is not a Direct Participant must arrange for the Direct Participant through which it holds the Notes or for the nominee, custodian, intermediary or person acting in a similar capacity for the Holder through which it holds the Notes to arrange for their Direct Participant in CBL or Euroclear to submit a Consent Instruction, as the case may be, on its behalf to the relevant Clearing System prior to the deadline(s) specified by such Clearing System and so as to be received by the Tabulation Agent prior to the Registration and Instruction Deadline. Holders that are not Direct Participants shall instruct their Custodian to submit a Consent Instruction in respect of the Amendment, which will instruct the relevant Custodian acting on behalf of the Holder to appoint the Tabulation Agent (or its nominee) as

proxy in respect of the Notes in accordance with this Consent Solicitation Memorandum and the Terms and Conditions and the Voting Instruction, by submitting or arranging for the submission of a duly completed and valid Consent Instruction to the relevant Clearing System in accordance with the requirements of the relevant Clearing System.

3.2 Further Details on Consent Instructions

Receipt of such Consent Instruction by CBL or Euroclear from a Direct Participant will be acknowledged in accordance with the standard practices of CBL or Euroclear and will result in the blocking of the relevant Notes in the relevant Direct Participant's account with CBL or Euroclear so that no transfers may be effected in relation to such Notes (see "*Procedures in respect of the Clearing System*" in this section below and "*Risk Factors Related to the Consent Solicitation - Notes of Holders that participate in the Voting will be blocked from trading until and including the last day of the Voting Period*" above).

CBL or Euroclear will transmit the Consent Instructions received from Direct Participants, either acting for itself or on behalf of the Holders, electronically to the Tabulation Agent. Upon receipt of such electronic message from CBL or Euroclear, the Tabulation Agent will assess whether the Holder Details in such messages correspond to the Holder Details submitted by the Holder to the Tabulation Agent upon registration on the Voting Platform. If the Tabulation Agent, in its reasonable discretion, determines that the details correspond and that it is validly instructed to vote on behalf of the relevant Holder, the Tabulation Agent will cast the votes during the Voting Period on behalf of the Holder as instructed in the Voting Instruction in Text Form (via E-Mail) to the Scrutineer. The Scrutineer does not have to check whether the proxy has been duly authorized.

Holders may submit, or procure the submission of, a Consent Instruction at any time prior to the Registration and Instruction Deadline.

Holders are advised to check with any nominee, custodian, intermediary or person acting in a similar capacity for the Holder whether such nominee, custodian, intermediary or person acting in a similar capacity for the Holder would require receipt of instructions to participate in the Voting before the Registration and Instruction Deadline. The deadlines set by each Clearing System for the submission of Consent Instructions may also be earlier than the relevant deadlines specified in this Consent Solicitation Memorandum.

3.3 Procedures in respect of the Clearing System

A Holder will, upon submitting a Consent Instruction, or arranging for such Consent Instruction to be submitted by the Custodian, agree that its Notes (i) held in the relevant account of the relevant Custodian will be blocked from the date the relevant instruction is received by the Custodian and (ii) held in the relevant account in the relevant Clearing System will be blocked from the date the relevant Consent Instruction is submitted, in each case until the earlier of (x) the date on which the relevant instruction and/or Consent Instruction is validly revoked and (y) the announcement of the results of the relevant Voting.

By submission of a Consent Instruction each Holder procures that its Notes subject to a Consent Instruction will be blocked in the securities account to which they are credited in the relevant Clearing System with effect as from, and including, the day on which the Consent Instruction is submitted, so that no transfers of such Notes may be effected at any time after such date until the earlier of (i) the date on which the relevant instruction and/or Consent Instruction is validly revoked and (ii) the announcement of the results of the Voting. Such Notes should be blocked in accordance with the procedures of the relevant Clearing System

and the deadlines required by the relevant Clearing System. The Tabulation Agent shall be entitled to treat the receipt of a Consent Instruction as a confirmation that such Notes have been so blocked. The Tabulation Agent may require the relevant Clearing System to confirm in writing that such Notes have been blocked with effect as from the date of submission of the Consent Instruction. In the event that the relevant Clearing System fails to provide such confirmation, the Tabulation Agent shall inform the Scrutineer, and the Scrutineer shall be entitled, but not obliged, to reject the Consent Instruction and if rejected, the Vote in respect thereof shall be treated as not having been made.

Direct Participants in CBL or Euroclear give authority to CBL or Euroclear to disclose their identity to the Solicitation Agent, the Tabulation Agent, the Scrutineer and their respective legal advisers upon submission of a Consent Instruction, and as long as such Consent Instruction has not been validly revoked in accordance with the terms herein prior to the provision of such details.

3.4 Representations and Warranties of a Holder

By submitting (or procuring the submission of) a Consent Instruction, each Holder represents and warrants to the Issuer, the Solicitation Agent, the Tabulation Agent and the Scrutineer that with effect from, and including, the date on which the Consent Instruction was submitted until the last day (inclusive) of the Voting Period, i.e. 22 December 2022, 24:00 (Frankfurt time) (end of the day):

- such Notes are, at the time of submission of the Consent Instruction, and will continue to be, held by it or on its behalf at CBL or Euroclear; and
- such Notes have been blocked (and will remain blocked) in the securities account to which such Notes are credited in the relevant Clearing System.

4 Direct Voting to the Scrutineer

While Holders are requested to cast Votes through the Voting Platform, each Holder may alternatively cast votes directly to the Scrutineer, either by acting as principal on its own behalf or by appointing a proxy, voting agent or other agent (other than the Tabulation Agent).

Holders may cast their Votes by sending a Voting Form, the Special Proof and the Blocking Confirmation in Text Form in the German or English language to the following address of the Scrutineer:

Notary public Karin Arnold

Address: Schlüterstraße 45
10707 Berlin
Germany

Fax : +49 30 214802268

Email : db-2018-2025@arnold-anwaelte.de

The Voting Form, the Special Proof and the Blocking Confirmation must be received (*zugehen*) by the Scrutineer within the Voting Period.

Votes which are received by the Scrutineer prior to or after the Voting Period will be disregarded and will be of no effect.

Holders are requested to use the standard form for voting documents which is contained in this Consent Solicitation Memorandum in **Annex 1**.

The "**Special Proof**" to be submitted by the Holder is a special proof issued by the Custodian of the relevant Holder Section 18 para. 4 s. 1, para. 1, Section 10 para. 3 s. 2 SchVG) stating (i) the full name and address of the Holder and (ii) specifying the aggregate principal amount of the Notes credited to such Holder's securities account on the date of such statement. The "**Blocking Confirmation**" is a confirmation issued by the Custodian stating that the respective Notes are not transferable during the period from the date of the Special Proof (inclusive) until the last day (inclusive) of the Voting Period.

For the avoidance of doubt, Holders who cast their votes directly to the Scrutineer are not bound by the additional terms of the Consent Solicitation as set out under "*The Consent Solicitation-Additional Terms of the Consent Solicitation*" above.

Each Holder may be represented by a proxy, voting agent or other agent. A Holder wishing to be represented by a proxy, voting agent or other agent are requested to use the form of proxy attached to this Consent Solicitation Memorandum as **Annex 2** (Form of Proxy / *Muster Stimmrechtsvollmacht*). The power of attorney and any instructions given to the proxy by the principal must be in Text Form. The Scrutineer must receive (*zugehen*) the power of attorney (and the Blocking Notice and the Special Proof) by no later than the end of the Voting Period by submitting the power of attorney in Text Form. To the extent applicable, the power of representation of the person issuing the power of attorney shall also be received by the Scrutineer by no later than the end of the Voting Period.

Votes cast by a proxy, voting agent or other agent (other than the Tabulation Agent) on behalf of a Holder without submitting a power of attorney by the end of the Voting Period may not be considered by the Scrutineer.

If Holders are represented by legal representatives (e.g., a child by its parents, a ward by its guardian) or by an official administrator (e.g., an insolvency debtor by its insolvency administrator), the legal representative or the official administrator shall prove their statutory power of representation in adequate form (e.g., by means of a copy of the civil status documents (*Personenstandsunterlagen*) or the warrant of appointment (*Bestellungsurkunde*)) in addition to providing proof that the person they represent is a Holder of Notes. Such proof of power of representation is not a condition for participating in the Voting.

Holders that are incorporated as corporations, partnerships or other legal entities under German law (e.g., a stock corporation (*Aktiengesellschaft*), a limited liability company (GmbH), a limited partnership (*Kommanditgesellschaft*), a general partnership (*Offene Handelsgesellschaft*), an entrepreneurial company (*Unternehmergesellschaft*) or a partnership under the BGB (*Gesellschaft bürgerlichen Rechts*)) or under foreign law (e.g., a limited company under English law) are requested to prove the power of representation of their legal representatives and authorized signatories by the end of the Voting Period, in addition to providing proof of the qualification as Holder of Notes of the entity or partnership they represent. This may be done by submitting a current excerpt from the relevant register (e.g., commercial register (*Handelsregister*), register of associations (*Vereinsregister*)) or by means of another, equivalent evidence (e.g., certificate of incumbency, secretary certificate). Such proof of power of representation is not a condition for participating in the Voting. In no case it is required to provide the proof of power of representation in certified form. The

Scrutineer shall not be obliged to check the validity of the power of representation of any Holder.

5 Role of Scrutineer

All questions as to the form of documents and validity, form, eligibility (including time of receipt) and acceptance of a Vote will be determined by the Scrutineer, which determination shall be final and binding subject to applicable law.

6 No general Revocation Rights

Any Voting Instruction and Consent Instruction received by the Tabulation Agent and any Voting Forms received by the Scrutineer may generally not be revoked by Holders after the beginning of the Voting Period (unless a Countermotion that is not supported by the Issuer is being filed). A revocation of a cast Vote after receipt shall only be considered if there is good cause prior to the beginning of the Voting Period.

If the Requisite Quorum is not reached at the Voting, any Voting Instruction and Consent Instruction received by the Tabulation Agent shall remain effective unless revoked by the Holder.

TAX CONSEQUENCES

In view of the number of different jurisdictions where tax laws may apply to a Holder, this Consent Solicitation Memorandum does not discuss the tax consequences for Holders arising from the Consent Solicitation or the Amendment. Holders are urged to consult their own professional advisers regarding the possible tax consequences of these transactions under the laws of the jurisdictions that apply to them, as well as the possible tax consequences of holding the Notes after the effectiveness of the Amendment.

Holders are liable for their own taxes and have no recourse to the Issuer, the Solicitation Agent or the Tabulation Agent with respect to any taxes arising in connection with the Consent Solicitation.

ADDITIONAL DOCUMENTS AVAILABLE

The following documents will be available from the date of this Consent Solicitation Memorandum until the expiration of the Voting Period on the website of the Issuer under <https://investor-relations.db.com/creditors/creditor-information/news-corner>:

- the press release announcing the Consent Solicitation;
- this Consent Solicitation Memorandum;
- the Standard Voting Form;
- the form of proxy / Stimmrechtsvollmacht; and
- the Terms and Conditions.

Requests for additional copies of this Consent Solicitation Memorandum and other relevant documents may be directed to the Tabulation Agent at its contact details set forth on the back page of this Consent Solicitation Memorandum.

ANNEX 1
– STANDARD VOTING FORM (ENGLISH LANGUAGE) –

[Only to be issued for direct voting to the Scrutineer]

To:

Karin Arnold, notary public

Schlüterstraße 45

10707 Berlin

Germany

Fax: +49 30 214802268

Email: db-2018-2025@arnold-anwaelte.de

[insert date]

Reference is made to the Consent Solicitation Memorandum dated 1 December 2022 by Deutsche Bank Aktiengesellschaft regarding the USD 528,400,000 Floating Rate Notes of 2018/2025 (of which USD 232,200,000 are currently outstanding) (the “**Consent Solicitation Memorandum**”) and the Vote Without Meeting (*Abstimmung ohne Versammlung*) to be held from 00:00 a.m. (Frankfurt time) on 20 December 2022 until 24:00 (Frankfurt time) (end of the day) on 22 December 2022.

VOTING FORM (ISIN XS1788992870)

Terms defined in the Consent Solicitation Memorandum have the same meaning when used in this Voting Form unless given a different meaning in this Voting Form.

1. Important legal information:

The completed Voting Form together with the Special Proof and Blocking Confirmation must be received by the Scrutineer within the Voting Period commencing at 00:00 a.m. (Frankfurt time) on 20 December 2022 and ending at 24:00 (Frankfurt time) (end of the day) on 22 December 2022 in Text Form (e.g. mail, fax, email) at the address of the Scrutineer set out above.

Votes which are received by the Scrutineer prior to or after the Voting Period will be disregarded and will be of no effect.

This Voting Form will be updated in the event that one or more Countermotions and/or Requests for Additional Resolution Items are made; an updated form will be available on <https://investor-relations.db.com/creditors/creditor-information/news-corner>.

2. Holder Details:

(a) Name / Company name:

(b) Address:

(c) Nominal value of the Notes (ISIN XS1788992870) held by the Holder:

3. Vote

Holders must check one of the boxes relating to the proposed amendment.

By checking one of the boxes, I/we vote in relation to my/our Notes on the proposed Amendment as described in the Consent Solicitation Memorandum as follows:

Yes

No

Abstention

Signature

Name and title of the signatory

Date

ANNEX 2
– FORM OF PROXY / MUSTER STIMMRECHTSVOLLMACHT –

POWER OF ATTORNEY

[To be submitted only in case of Voting directly to the Scrutineer Karin Arnold]

To:

Notarin Karin Arnold
Schlüterstraße 45
10707 Berlin
Germany

Reference is made to the Consent Solicitation Memorandum dated 1 December 2022 by Deutsche Bank Aktiengesellschaft regarding the USD 528,400,000 Floating Rate Notes of 2018/2025 (of which USD 232,200,000 are currently outstanding) (the “**Consent Solicitation Memorandum**”) and the Vote Without Meeting (*Abstimmung ohne Versammlung*) to be held from 00:00 a.m. (Frankfurt time) on 20 December 2022 until 24:00 (Frankfurt time) (end of the day) on 22 December 2022.

Terms defined in the Consent Solicitation Memorandum have the same meaning when used in this power of attorney unless given a different meaning herein.

POWER OF ATTORNEY

Issued by

Name:

Address:

As holder of Notes (ISIN XS1788992870).

STIMMRECHTSVOLLMACHT

[Nur bei direkter Stimmabgabe über die Abstimmungsleiterin Karin Arnold bei dieser vorzulegen]

An:

Notarin Karin Arnold
Schlüterstraße 45
10707 Berlin
Deutschland

Es wird auf die Aufforderung zur Stimmabgabe vom 1. Dezember 2022 der Deutsche Bank Aktiengesellschaft bezogen auf die USD 528.400.000 variabel verzinsliche Inhaberschuldverschreibungen von 2018/2025 (von denen derzeit USD 232.200.000 ausstehen) (die „**Aufforderung zur Stimmabgabe**“) sowie auf die Abstimmung ohne Versammlung, die von 00:00 Uhr (Frankfurter Zeit) am 20. Dezember 2022 bis 24:00 Uhr (Frankfurter Zeit) am 22. Dezember 2022 stattfinden wird, Bezug genommen.

Die in der Aufforderung zur Stimmabgabe definierten Begriffe haben dieselbe Bedeutung, wenn sie in diesem Formular zur Stimmabgabe verwendet werden, es sei denn, ihnen wird in diesem Formular zur Stimmabgabe eine andere Bedeutung beigemessen.

VOLLMACHT

erteilt durch

Name:

Anschrift:

Als Gläubiger von Schuldverschreibungen (ISIN XS1788992870).

I/We authorise

Ich/Wir ermächtige(n) hiermit

.....

.....

with address / seat at

mit folgendem Wohnsitz / Geschäftssitz

.....

.....

As representative

als Stimmrechtsvertreter

to represent me/us in the voting without meeting with the right to delegate the power of attorney and to exercise my/our voting rights at the voting without meeting.

mit der Befugnis, mich/uns bei der Abstimmung ohne Versammlung zu vertreten, mit dem Recht, Untervollmacht zu erteilen und meine/unsere Stimmrechte auf der Abstimmung ohne Versammlung auszuüben.

The representative is released from the restrictions of Section 181 of the BGB.

Der Stimmrechtsvertreter ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

In case of doubt this power of attorney shall be interpreted extensively.

Im Zweifelsfall ist diese Vollmacht im weitest möglichen Umfang auszulegen.

This power of attorney is governed and construed in accordance with the laws of the Federal Republic of Germany.

Diese Vollmacht unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland und ist entsprechend auszulegen

.....

.....

Signature

Unterschrift

.....

.....

Name and title of the signatory

Name und Titel des Unterzeichnenden

.....

.....

Date

Datum

THE ISSUER

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taunusanlage 12
60325 Frankfurt
Germany

SOLICITATION AGENT

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Mainzer Landstraße 11-17
60329 Frankfurt am Main
Germany

Telephone: +44 207 545 8011
Attention: Liability Management Team

TABULATION AGENT

Kroll Issuer Services Limited
The Shard
32 London Bridge Street
London SE1 9SG
United Kingdom

Telephone: +44 207 704 0880
Attention: Paul Kamminga / Jacek Kusion
Email: db@is.kroll.com
Website: <https://deals.is.kroll.com/db>

SCRUTINEER

Notarin Karin Arnold
Schlüterstraße 45
10707 Berlin
Germany

Fax: +49 30 214802268
Email: db-2018-2025@arnold-anwaelte.de

LEGAL ADVISERS TO THE ISSUER

Linklaters LLP
Taunusanlage 8
60329 Frankfurt am Main
Germany